

Preussische Allgemeine



Nr. 20 · 21. Mai 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Der schwedische Weg

Erfahrungen aus einem Land, das während der Corona-Pandemie auf harte Lockdown-Maßnahmen und Einschränkungen bürgerlicher Grundrechte verzichtet **Seite 3**



Gegenwart Die EKD auf dem Weg zur Aktivistenorganisation **Seite 4**



Geschichte Ein kritischer Blick auf die „Kirche im Sozialismus“ **Seite 11**

AUFGEFALLEN

Mahnung an Impfmuffel

Michael Wolting droht seinen Mitarbeitern. Das ist per se unschön und hier von besonderer Bedeutung, da er dem Amtsgericht Leipzig als Präsident vorsteht. Anfang Mai verfasste er ein Schreiben, aus dem der Blog „Achgut.com“ ausführlich zitiert. Kollegen, „die noch zweifeln“, empfiehlt Wolting „dringend“ die Corona-Impfung.

Er möchte „vor der Illusion bewahren“, eine Entscheidung dagegen, „werde ganz unproblematisch hingenommen“. Eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ sei absehbar, die einen müssten immer „nur kurz den digitalen Impfnachweis“ vorzeigen, während die anderen „mühevoll und zeitraubend“ einen aktuellen Schnelltest bräuchten und Kontaktdaten angeben müssten. Der Präsident erklärt „ganz offen“: Ungeimpfte werden „auch bei uns zunächst keine Vorteile und dann vielleicht sogar Nachteile haben. Zwei oder mehr von ihnen werden dauerhaft nicht ohne Schutzmaske in einem Büro sitzen dürfen.“ Man könne es „möglichst nicht einrichten“ sie so einzusetzen, dass „Dritte durch sie oder sie durch Dritte nicht gefährdet werden“. Die Kraft zu einer Impfpflicht „wird der Staat vermutlich nicht aufbringen“. Daher, so Wolting, „werden wir“ bei den Richtern und Beamten „zunächst sehen müssen, wie weit wir mit der Geschäftsverteilung kommen“.

Klartext: Verweigerer werden beruflich kaltgestellt. Es solle „bitte niemand darauf vertrauen“, dass ein Abwarten von Langzeitfolgen der Impfungen „dauerhaft Akzeptanz finden wird“. Folgen für den Präsidenten hatte das Schreiben bislang nicht. **E.L.**

GESELLSCHAFT

Wenn der Judenhass von der falschen Seite kommt

Während zehntausende Palästinenser offen gegen Israel und jüdische Bürger hetzen, drückt sich die deutsche Politik um eine klare Benennung der Ursachen

VON HANS HECKEL

N ahezu sämtlichen Reaktionen deutscher Medien und Politiker auf die offen judenfeindlichen Demonstrationen und Gewalttaten, welche die Republik derzeit erschüttern, ist gemein, dass sie die Urheber des aggressiven Antisemitismus kaum je namentlich nennen. Verurteilt wird „der Antisemitismus“ allgemein, der angeblich „keinen Platz“ bei uns habe, derweil er tatsächlich gerade Plätze und Straßen des Landes lautstark in Besitz nimmt.

Bei den Aufmärschen, bei denen Parolen wie „Palestine will be free, from the River to the Sea!“ gebrüllt werden, sind auch Fahnen der Linkspartei zu sehen. Mit dem Fluss („River“) ist der Jordan gemeint, mit dem Meer („Sea“) das Mittelmeer. Die Parole ist also nicht anderes als die Forderung, Israel von der Landkarte zu tilgen, den jüdischen Staat zu vernichten. Journalisten werden während der Aufmärsche als „Sch...Juden“ beschimpft, eine israelische Reporterin angegriffen, sogar Synagogen attackiert.

Missbrauch für politische Kämpfe

Dass der radikal-islamische Ursprung dieser Welle des aggressiven Antisemitismus in Deutschland so schamhaft in den Hintergrund gedrängt wird, hat einen ebenso einfachen wie abstoßenden Grund: Ist der

Antisemitismus nicht deutsch und weiß, lässt er sich nicht als Waffe im innerdeutschen politischen Kampf verwenden. Um ihn hier nutzen zu können, wird er auch völlig Unschuldigen unterstellt wie erst jüngst dem CDU-Bundestagskandidaten und Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen. Diese Art von vorgeblichem „Kampf gegen Antisemitismus“ entlarvt sich hier als zynischer „Missbrauch der Geschichte zu aktuellen Zwecken“, den der Schriftsteller Martin Walser in seiner historischen Rede in der Frankfurter Paulskirche 1998 angeprangert hat.

Dass man die Urheber dieses radikal-islamischen Antisemitismus meist unerwähnt lässt, hat auch damit zu tun, dass man nicht gern erörtern will, wie und weshalb viele jener fanatischen Antisemiten in unser Land gelangt sind: durch das jahrzehntelange Offenhalten der Grenzen und eine ungesteuerte Zuwanderung aus dem muslimischen Raum. Diesen zwingenden Zusammenhang kann man scheinmoralisch überbrücken oder verschweigen – übersehen kann ihn in Wahrheit niemand mehr.

Den deutschen Juden wie dem Staat Israel gegenüber bietet diese deutsche Szenerie ein niederschmetterndes Bild – insofern sie den offiziellen Beteuerungen der „besonderen historischen Verantwortung für die Juden und Israel“ nicht schon zuvor mit gebotener Reserve begegnet sind, sondern den Versprechungen ge-

glaubt haben. Sie müssen erkennen, dass diese „Verantwortung“ bloß kleine Münze ist im innenpolitischen Spiel der Moralisierer. Dass die Beteuerungen nichts wert sind, wenn sie sich nicht nahtlos in innenpolitische Machtstrategien einfädeln lassen. Die Millionen Euro, die von deutschen Regierungen aus deutschen Steuertöpfen Jahr für Jahr an undurchsichtige Palästinenser-Organisationen überwiesen werden, sprechen eine deutlichere Sprache als alle jährlichen, weihetollen Reden zum 9. November.

Umgedrehter Rassismus

Nicht zuletzt spiegelt sich in mancher Reaktion auf den Nahost-Konflikt eine Art umgedrehter Rassismus, der hierzulande um sich gegriffen hat: Danach sind „Weiße“, hier von den Israelis repräsentiert, grundsätzlich die Unterdrückten, derweil Andersfarbige oder Angehörige nichteuropäischer Kulturkreise (hier: Moslems, Palästinenser) ausschließlich Opfer der „Weißen“ zu sein haben. Dass diese Sichtweise nichts anderes darstellt als wiederum Rassismus, ergibt sich schon aus der sachlichen Betrachtung der dumpfen Gut-Böse-Zuordnung, welche sich lediglich auf die Herkunft der Betroffenen bezieht – wie jeder Rassismus. Im konkreten Fall bringt sie zudem die mörderischste Version des Rassismus zum Blühen, welche die deutsche Geschichte erlebt hat – den Judenhass.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Berlin profitiert der Senat von seinem eigenen politischen Versagen **Seite 5**

Kultur

Was Nürnberg und Aachen zum 550. Geburtstag Albrechts Dürers planen **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Ein kleines Museum im ehemaligen Brückenwärterhaus in Königsberg **Seite 13**

Lebensstil

In England zeigt die Gartensaison kunstvoll verspielte Blüten **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Big Data Mit Software-Produkten wie „Gotham“ fördert das von der CIA unterstützte US-Unternehmen „Palantir“ die Überwachung der Bürger durch deren eigene Regierungen – und jene der Vereinigten Staaten

Auf dem Weg zur Totalüberwachung

„Hessen-Data“ und DAR sind in dieser zutiefst antidemokratischen Entwicklung Meilensteine

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gotham City ist eine fiktive, von Kriminellen terrorisierte Großstadt, die als Schauplatz der dystopischen US-Fernsehserie „Gotham“ dient. In Anspielung auf den dort ausgetragenen Kampf gegen das organisierte Verbrechen nannte das in Denver (Colorado) beheimatete Unternehmen Palantir Technologies eines seiner meistverkauften Software-Produkte „Gotham“. Zweck dieses Computerprogramms ist es, große Datenmengen aus ganz unterschiedlichen Quellen zusammenzuführen und gezielt zu analysieren. So könnte der Anwender von „Gotham“ beispielsweise soziale Netzwerke wie Facebook oder Kurznachrichtendienste wie Twitter durchforsten und das dort Gefundene mit den Angaben der Einwohnermelde- und Finanzämter, Führerscheinstellen und nationalen Waffenregister sowie auch Überwachungsvideos, mitgeschnittenen Telefonaten oder abgefangenen E-Mails und so weiter abgleichen. Er hätte also quasi die Möglichkeit, eine gigantische digitale Rasterfahndung durchzuführen.

„Gotham“ juristisch bedenklich

Deshalb zählen nicht zuletzt die US-Auslandsgeheimdienste CIA und NSA sowie die Bundespolizei FBI und das Heimatschutzministerium der USA (DHS) zu den Kunden von Palantir. Die Gründung dieser Firma erfolgte mit tatkräftiger Unterstützung des Risikokapitalgebers In-Q-Tel. Der wiederum wird aus dem CIA-Haushalt finanziert. Die Software-Entwickler bei Palantir sind also fest in die geheimdienstlichen Strukturen der Vereinigten Staaten eingebunden.

Trotzdem hatten zwei deutsche Bundesländer kein Problem damit, „Gotham“ für einen jeweils mehrstelligen Millionenbetrag zu erwerben und ihrer Polizei zur Verfügung zu stellen. Den Anfang machte Hessen, wo das Programm seit Ende 2017 unter dem Namen „Hessen-Data“ läuft. Im Oktober 2020 startete dann Nordrhein-Westfalen den Testbetrieb bei 31 Kreispolizeibehörden. Bei dieser Landespolizei verbirgt sich „Gotham“ hinter der Bezeichnung „System zur datenbankenübergreifenden Analyse und Recherche“ (DAR). In beiden Fällen



Seit verganginem Herbst ist der erst 2003 gegründete Software-Hersteller börsennotiert: Die New York Stock Exchange (NYSE) am Tage der Börseneinführung von „Palantir“

Foto: imago images/Levine-Roberts

soll die Software die Bekämpfung des Terrorismus sowie der Organisierten Kriminalität erleichtern und darüber hinaus Verbreiter von Kinderpornographie identifizieren. Dabei gab es angeblich schon erste bemerkenswerte Erfolge. Andererseits mehren sich Hinweise darauf, dass inzwischen auch bei deutlich weniger schweren Delikten mit „Gotham“ auf Täterjagd gegangen wird.

Juristisch ist der Einsatz von „Hessen-Data“ und DAR ausnehmend bedenklich. Immerhin hat sich das Bundesverfassungsgericht am 10. November 2020 gegen das sogenannte Data-Mining ausgesprochen, bei dem es zur permanenten „Generierung neuer Erkenntnisse“ aus dem Zusammenführen von verschiedenen Datensätzen kommt. Denn dies verletze das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gemäß Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes. Ausnahmen seien nur im Falle einer „hinreichend

konkretisierten Gefahr“ und bei durch „Tatsachen begründetem Verdacht“ statthaft. Darüber hinaus sehen Experten wie der Kriminologe Tobias Singelstein von der Ruhr-Universität Bochum in den massenhaften Datenauswertungen auch einen Verstoß gegen den Zweckbindungsgrundsatz, nach dem personenbezogene Daten grundsätzlich nur für den jeweiligen Zweck genutzt werden dürfen, für den sie erhoben wurden.

Proteste fielen verhalten aus

Trotz dieser Sachlage fielen die Proteste gegen die Einführung der Software eher verhalten aus. Letztlich kamen sie nur vom Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Roul Tiaden, und dessen Vorgängerin Helga Block, einigen Nichtregierungsorganisationen wie der Gesellschaft für Freiheitsrechte und der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen

und Polizisten sowie den Vereinen Digitalcourage und Cnetz.

Im Falle von „Hessen-Data“ liegt dies wohl nicht zuletzt daran, dass die Polizei in dem Bundesland durch die im Juli 2018 erfolgte Einführung des Paragraphen 25a in das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) ermächtigt wurde, allumfassende Datenanalysen durchzuführen, wenn dies der vorbeugenden Bekämpfung von 40 Straftaten vom Völkermord bis hin zur Steuerhinterziehung dient.

Das ändert aber nichts daran, dass die Verwendung der „Gotham“-Software des CIA-nahen Unternehmens Palantir oft für eine verfassungsrechtlich so nicht erlaubte polizeiliche Nutzung von Informationstechnologien steht. „Hessen-Data“ und DAR sind Meilensteine auf dem Wege zur Totalüberwachung der Bundesbürger und daher letztlich zutiefst bedenklich.

EUROPÄISCHE UNION

Auch Europol nutzt „Gotham“

Nach den Terroranschlägen vom 13. November 2015 in Paris mit 130 Toten, für die der Islamische Staat (IS) verantwortlich zeichnete, setzte die EU-Polizeibehörde Europol die Task Force Fraternité ein, um die Täter zu jagen. Ab 2016 nutzte der europäische Einsatzverband die Palantir-Software „Gotham“. Deren Kauf soll schon im Dezember 2012 vereinbart und über die niederländische Außenstelle der renommierten Unternehmensberatung Capgemini abgewickelt worden sein. Angeblich verpflichtete sich Europol damals zur Zahlung von 7,5 Millionen Euro für das Programmpaket.

Mittlerweile steht „Gotham“ bei der Behörde im Dauereinsatz und wird dort für die „operative Analyse“ benutzt. Die Ermittler stellen dabei, so die offizielle Verlautbarung von Europol, Beziehungen zwischen Personen, Objekten und Taten her. Dabei verknüpfen sie „strukturierte Daten“ wie Kontaktlisten von Schwermisdäntlichen und Terroristen mit „unstrukturierten Daten“ wie Fotos.

Inwieweit diese Massendatenauswertung mit europäischem Recht konform geht, lässt sich nur schwer beurteilen. Auf eine entsprechende Anfrage der deutschen EU-Abgeordneten Cornelia Ernst (Linkspartei) teilte die Europäische Kommission Mitte 2020 mit, die Datenverarbeitung erfolge „nur durch ordnungsgemäß ermächtigte Europol-Bedienstete in einer getrennten und streng geschützten Betriebsumgebung“. Vermutlich ist damit das Anti-Terror-Zentrum ECTC der Europol in Den Haag gemeint.

Aber selbst wenn dem so ist, birgt der Einsatz von „Gotham“ allerlei Risiken. Wer garantiert beispielsweise den rechtsstaatlichen Umgang mit den Analyseergebnissen, wenn Europol diese an Staaten außerhalb der EU weiterreicht, was unbestrittenweise durchaus üblich ist? Und besteht ein ausreichender Schutz vor unerwünschten Informationsabflüssen in die USA? Immerhin müssen Palantir-Mitarbeiter periodisch Eingriffe in das System zum Zwecke der Programmaktualisierung vornehmen. W.K.

PALANTIR

Der rasante Aufstieg der „sehenden Steine“

Der Wert des 2003 gegründeten Unternehmens soll bei der Börseneinführung 2020 26 Milliarden US-Dollar betragen haben

Die Firma Palantir Technologies, welche die Analyse- und Überwachungssoftware „Gotham“ vertreibt, wurde 2003 von Peter Thiel, Alex Karp, John Lonsdale, Stephen Cohen und Nathan Gettings aus der Taufe gehoben. Mit zwei Millionen US-Dollar sponsorte der US-Auslandsgeheimdienst CIA den Unternehmensstart. Bei der Namensgebung orientierten sich der Deutsch-Amerikaner Thiel und dessen Mitsstreiter an der Bezeichnung für die „sehenden Steine“ in John R. Tolkiens populärer Fantasy-Saga „Herr der Ringe“.

Vier der fünf Gründer von Palantir kamen vom Online-Bezahldienst PayPal. Während ihrer Zeit dort sollen sie auf die Idee gekommen sein, die von PayPal zum

Aufspüren von Betrügern genutzten Algorithmen zur Bekämpfung von Terroristen und Schwermisdäntlichen zu nutzen. Inwieweit diese Legende stimmt, ist unbekannt.

Zu Palantirs Kundenstamm gehörten von Anfang an diverse Behörden und Geheimdienste sowie sämtliche Waffengattungen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten. Dazu kamen später noch große Unternehmen der Finanz- und Pharmabranche sowie Airbus und Ferrari. 2010 machte Palantir von sich reden, als es mit Hilfe der hauseigenen Software gelang, die beiden chinesischen Cyber-Spionagenetze GhostNet und Shadow Network zu enttarnen, die Angriffe auf 1295 Computer in 103 Ländern verübt hatten.

2014 belief sich das jährliche Auftragsvolumen von Palantir bereits auf eine Milliarde Dollar und der Wert des Unternehmens wurde auf 15 Milliarden geschätzt. Am 30. September 2020 ging Palantir an die Börse. Da sollte der Firmenwert sogar 26 Milliarden Dollar betragen. Diese Wertsteigerung resultierte nicht zuletzt aus dem Umsatzplus von 49 Prozent im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019.

Woher dieser enorme Zuwachs rührt, ist unklar. Bekannt wurde nur, dass Palantir seine Software „Palantir Foundry“ zu Beginn der Corona-Pandemie verschiedenen europäischen Regierungen zur kostenlosen Nutzung in Gesund-

Mit zwei Millionen US-Dollar sponsorte die Central Intelligence Agency (CIA) den Unternehmensstart

heitsämtern und ähnlichen Einrichtungen anbot und Großbritannien wie Griechenland zugriffen.

Dabei birgt auch das Schwester-Programm von „Gotham“ jede Menge bedenkliches Überwachungspotential. Vor diesem Hintergrund ist es aus datenschutzrechtlicher Sicht zu begrüßen, dass die bundesdeutschen Behörden dankend ablehnten. Zwar wollte das hessische Innenministerium „Palantir Foundry“ zunächst für die Erstellung von Corona-Lagebildern nutzen, machte dann aber einen Rückzieher, als das brisante Thema der Kooperation zwischen Palantir und der CIA wieder aufs Tapet zu geraten drohte. W.K.

Erkenntnisse aus einem Sonderweg

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie verfolgt Schweden eine andere Strategie als die meisten Staaten: weitestgehend ohne Maskenpflicht, ohne Lockdown und ohne Überwachung der Bürger durch die Behörden. Die Aussagen über die Folgen dieses Weges sind widersprüchlich. Hier der Bericht eines vor Ort ansässigen Zeitgenossen

VON JÖRG WEISSBACH

Über den besonderen Umgang der Schweden mit der Corona-Pandemie ist schon oft und kontrovers berichtet worden. Doch wodurch unterscheidet sich dieser Weg von den Strategien anderer europäischer Staaten? Und zu welchen Ergebnissen führt er? Warum überhaupt verhalten sich die Schweden so gänzlich anders? Wer Antworten auf diese Fragen sucht, sollte nicht nur in die Gegenwart schauen, sondern auch in die Geschichte des Landes eintauchen.

Ein positives Verhältnis zum Staat

Vor fast 500 Jahren ist Schweden – begünstigt durch die Reformation – ein von Gustav I. Wasa geschaffener, geordneter und verwalteter Zentralstaat geworden. Seit dieser Zeit gibt es keinen administrativen Flickenteppich der Regionen oder Provinzen, auch wenn auf verschiedenen Ebenen eine demokratisch verankerte Selbstverwaltung implementiert ist. Dabei fällt den „Myndigheten“ (den Behörden) eine weitreichende Steuerungsfunktion zu, die wie im Fall der Gesundheitsbehörde „Folkhälsomyndigheten“ die Regierung beraten und Regierungsbeschlüsse veranlassen. Die Umsetzung der Regierungsentscheidungen liegt dann wiederum auf behördlicher Ebene.

Dieser Behördenapparat genießt bei den schwedischen Bürgern ein großes Vertrauen. Er unterliegt nicht den Eitelkeiten des Politikbetriebes, ist weniger kurzlebig in seinen Entscheidungen und frei vom Verdacht der eigenen Vorteilsnahme, da alle behördlichen Regelungen allgemein veröffentlicht und transparent sind.

Anders als in anderen Ländern vertrauen die Schweden also grundsätzlich ihrem Staat. Es fällt daher schwer, Misstrauen zu säen, das Potential für Proteste zu schaffen und diese zu organisieren. Verschwörungstheoretiker haben kaum eine Nische, in der sie ihre abgekapselte Weltanschauung kultivieren könnten. Das liegt auch daran, dass die Schweden historisch gesehen keine schlechten Erfahrungen mit ihrem Staat haben. Die letzten kriegerischen Scharmützel während der Union mit Norwegen liegen über 200 Jahre zurück. Totalitäre Systeme wie Nationalsozialismus oder Kommunismus haben den schwedischen Behördenstaat mit seiner verlässlichen Administration nicht überwinden können.

„Folkhemmet“ und Eigenverantwortung

Auch sonst ist die schwedische Gesellschaft eine merkwürdige Symbiose aus kollektiven Strukturen und einem hohen Maß an Individualismus. So ist die Gleichheit aller Bürger in Hinblick auf sozialen Standard, Bildung und Teilhabe an staatlichen Leistungen durch fast ein Jahrhundert „Folkhem“ traditionell verankert, verbunden mit einer flachen Hierarchie.

Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Möglichkeiten an eigenbestimmten Lebensformen – in den Städten mit der höchsten Zahl an Single-Haushalten in Europa, in ländlichen Gegenden durch eine geringe Einwohnerzahl. So ist Schweden zwar um 100.000 Quadratkilometer größer als Deutschland, hat aber nur ein Zehntel der Einwohner pro Quadratkilometer (nämlich 23, während Deutschland auf 234 kommt). Zudem wurden die Bauern durch eine Landreform Anfang des 19. Jahrhunderts gezwungen, dörfliche Siedlungen aufzulösen („Enskiftet“) und in der Mitte ihrer Ländereien zu wohnen, was den äußeren Abstand und die innere Distanz weiter vergrößerte.

In der Neuzeit hat die digitale Revolution diese Distanzierung beschleunigt und das so-



Geht konsequent einen eigenen Weg durch die Pandemie: Schweden zu Zeiten von Corona

Foto: Shutterstock

ziale Gefüge in Schweden weiter verändert. Fast alles kann ohne körperlichen Kontakt online erledigt, bargeldlos bezahlt und im Homeoffice erledigt werden.

Vor diesem Hintergrund sind die Pandemie-Regeln von Abstand, Hygiene und Maskenpflicht, die in fast allen Ländern eingeführt wurden, in Schweden mit einer ruhigen Reserviertheit beurteilt und je nach Risikoabwägung angewendet worden. Von einer kurzatmigen, hysterischen Hyperaktivität, die dem unaufgeregten schwedischen Wesen ohnehin fremd ist, wurde der Fokus schnell hin zu einer anwendbaren Strategie verschoben, die auf der langfristigen Toleranz und Unterstützung der Bevölkerung basiert.

Anfängliche Fehler

Dennoch sagte König Carl XVI. Gustav in seiner Weihnachtsansprache 2020 in der Rückschau auf den bisherigen Verlauf der Corona-Pandemie einen Satz, der ein breites Echo auslöste: „Ich denke, wir sind gescheitert“ („Jag anser att vi har misslyckats“). Er beklagte damit eine fehlerhafte Strategie, die in der ersten Corona-Welle viele Tote zur Folge hatte, und stellte sich in seinem Votum an die Seite der trauernden Angehörigen. In der Tat hatte die erste Welle die schwedische Gesellschaft und ihre Behörden trotz vieler Vorwarnungen unvorbereitet angetroffen. Folgende Schwachstellen kann man diagnostizieren:

Erstens herrschte ein großer Materialmangel, da viele Lager und Vorräte für den Katastrophenfall durch die MSB („Myndighet för samhällsskydd och beredskap“) in den letzten Jahren aufgelöst worden waren. Es fehlte an Schutzausrüstung auf allen Ebenen, so dass viele Mitarbeiter in der Pflege und in medizinischen Einrichtungen erkrankten.

Zweitens gab es eine große Fluktuation in den helfenden Berufen, auch mit un ausgebildetem Personal, so dass die Altenheime, Pflegeeinrichtungen und auch die Versorgung zuhause durch den Pflegedienst („Hemtjänst“) das Infektionsgeschehen weiter in die gefährdeten Personengruppen hinein-

schleusten. Drittens wurden die Rückkehrer aus den alpinen Wintersportgebieten unzureichend auf das Virus getestet und isoliert.

Viertens gab und gibt es eine große Anzahl Migranten, die in den Vorstädten der Ballungsräume in beengten Wohnsituationen im Verband der Großfamilie leben. Dort wurden Warnhinweise erst viel später in anderen Sprachen plakatiert und veröffentlicht.

In diesen Segmenten der Krank- und Pflegeeinrichtungen, der gefährdeten Senioren in ihrer häuslichen Umgebung und der eingewanderten Großfamilien in den Ballungsräumen, waren denn auch die höchsten Todesraten zu beklagen.

Inzwischen haben sich die schwedischen Zahlen der Verstorbenen trotz Sonderwegs an das westeuropäische Niveau angeglichen – weitestgehend ohne Maskenpflicht (im „Kollektivtraffik“, dem städtischen Nahverkehr, gibt es nun zumindest theoretisch eine), ohne Schließung des öffentlichen Lebens und ohne allgegenwärtige Sanktionen. Allerdings wird im öffentlichen Raum nach wie vor überall zur Wahrung des Mindestabstandes und zur Handhygiene angehalten. Noch sind die Inzidenzzahlen im Vergleich zu den Nachbarländern sehr viel höher, doch die Anzahl der schwer Erkrankten und die Belastungen in den Krankenhäusern sind etwa auf einer Linie mit dem restlichen Europa.

Leben ohne Lockdown

Andererseits gab es dafür in Schweden niemals einen strengen Lockdown, kein „Anfahren“ und „Abbremsen“, keine Obergrenzen unterfüttert mit Zahlen und Tabellen, keine gefühlte Überwachung durch den Staat, sondern das Angebot und die Bitte um Kooperation. „Rekommendationer“ – so heißt es im Behördenjargon, also Empfehlungen. Diese haben aber gleichwohl in den Ohren und im Bewusstsein der Menschen verbindlichen Charakter. Es gibt kaum jemanden, der sich darüber hinwegsetzt.

Der Gewinn dieses Weges ist ein doppelter: Die Behörden versuchen, die Menschen

in den gemeinsam eingeschlagenen Weg einzubinden und sie in ihrer Eigenverantwortung anzusprechen. Man muss sagen, dass dies weitgehend gelungen ist und bei den Menschen kaum Widerstand provoziert hat. Das dialogorientierte Element hat den Vorrang vor einem fremdgesetzten kontrollierenden Rahmen.

Langfristigkeit vor kurzfristiger Hektik

Zum anderen hatte diese Strategie zum Ziel, langfristig wirksam zu sein und die anderen gefährdeten Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft zu schützen. Das öffentliche Leben blieb weitgehend geöffnet – ob Friseur, Einzelhandel oder Restaurant – und bietet weiterhin eine Einnahmequelle zum Lebenserwerb für den Betreiber und ein Stück gefühlter Normalität für die Besucher, Kunden und Gäste. Dafür blieben die psychologischen Belastungen und materiellen Verwerfungen, falls überhaupt messbar, in Schweden deutlich geringer als andernorts. Insgesamt erscheint das öffentliche Leben als geregelt und nicht als dauerhafter Ausnahmezustand.

Eingriffe in die Grundrechte gibt es auch hier, etwa durch normierte Gruppengrößen in Kultur und Sport oder bei der Religionsausübung. Doch liegt der Fokus hierbei nicht auf der Optimierung des Verhinderns, sondern auf Lösungen, die einen Weiterbetrieb ermöglichen. In der schulischen Bildung zum Beispiel streben die Vorgaben, wann immer möglich, eine weitgehende Beibehaltung der Öffnung an. Flankiert von der Möglichkeit, den Kindern und Jugendlichen einen sicheren Rahmen sowie auch Schutz vor einer Überlastung der häuslichen Situation zu gewährleisten. Offensichtlich hatte das Offenhalten der Schulen und Kindergärten keinen merklichen Einfluss auf die Corona-Zahlen.

Der Schutz vor einer einzelnen Krankheit wurde in Schweden also nicht absolut gesetzt, sondern in Relation zu anderen notwendigen Werten gestellt. So sollte ein Auseinandertriften der Gesellschaft und eine unnötige Vereinsamung ihrer Mitglieder verhindert werden. Der oft zu hörende Vorwurf, quasi um jeden Preis in erster Linie eine Herdenimmunität angestrebt zu haben, lässt sich nicht belegen.

Versuch einer Bewertung

Der schwedische Sonderweg in der Pandemie ist der Versuch, aufgrund wissenschaftlicher Bewertungen der Sachverständigen gemeinsam mit der Bevölkerung einen verbindlichen und langfristigen Weg durch die Krise zu finden. Für die endgültige Bewertung bedarf es einer gründlichen Analyse und einer differenzierten Betrachtung.

Sicher kann man jedoch schon jetzt sagen, dass es nicht nur den einen Königsweg durch die Pandemie gibt, sondern dass es sich in Schweden wie in anderen Ländern immer um ein Abwägen von Schutzmaßnahmen, Gütern und Entscheidungsprozessen handelt, die die körperliche und psychische Gesundheit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die wirtschaftlichen und beruflichen Folgen betreffen.

Eines lässt sich jedoch festhalten: Unabhängig von den Corona-Zahlen ist es den Schweden in der Pandemie gelungen, gesellschaftliche Verwerfungen, wie es sie in Deutschland als Begleiterscheinung der zahlreichen Lockdowns gibt, zu vermeiden. Proteste wie die Zehntausende zählenden Demonstrationen der „Querdenker“-Bewegung gibt es hier nicht. Dafür ein umso größeres Vertrauen in das Handeln des Staates.

● Jörg Weißbach ist Pastor an der Deutschen St. Gertruds-Gemeinde in Stockholm, der ältesten deutschen Auslandsgemeinde. svenskakyrkan.se/deutschegemeinde

Unabhängig von den Corona-Zahlen ist es den Schweden in der Pandemie gelungen, gesellschaftliche Verwerfungen, wie es sie in Deutschland als Begleiterscheinung der zahlreichen Lockdowns gibt, zu vermeiden

● MELDUNGEN

So was kommt von so was

Paris – In Deutschland sind weniger als die Hälfte aller 15-Jährigen in der Lage, in Texten Fakten von Meinungen zu unterscheiden. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 4. Mai veröffentlichte Sonderauswertung ihrer Schulleistungstudie PISA zum Thema Lesekompetenz. Dazu passt, dass ebenfalls weniger als die Hälfte der in die Studie einbezogenen Schüler angab, im Unterricht sei versucht worden, ihnen die Fähigkeit zu vermitteln, subjektiv gefärbte oder klar voreingenommene Aussagen zu erkennen. Sehr viel bessere Ergebnisse erzielten im Gegensatz dazu die Probanden in den USA, Großbritannien, den Niederlanden und der Türkei. W.K.

Erdil aus CDU ausgetreten

Berlin – Ein Facebook-Eintrag der türkischstämmige CDU-Politikerin Ayten Erdil zum Nahostkonflikt hat zu einer Distanzierung durch den Landesvorstand der Berliner CDU geführt. In ihrem Eintrag hatte Erdil unter anderem geschrieben, sie erlebe „jedes Jahr zur Fastenzeit das Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Israel“. Zudem erklärte sie, es gebe „keine Rechtfertigung für diesen Terror“. Der CDU-Landesverband reagierte darauf umgehend und teilte mit: „Ein Posting eines Landesvorstandsmitglieds zu diesen Angriffen auf Jerusalem gibt nicht die Meinung der CDU Berlin wieder.“ Zudem informierte die Berliner CDU darüber, dass Erdil ihren Sitz im Landesvorstand mit sofortiger Wirkung niederlegt habe. Erdil war bis dahin im CDU-Landesvorstand als Beisitzerin aktiv gewesen. Laut einem Sprecher der Partei hat Erdil inzwischen auch ihren Austritt aus der CDU erklärt. N.H.

Am liebsten mit dem Auto

Berlin – Das Auto bleibt das beliebteste Fortbewegungsmittel der Deutschen. Es hat während der Pandemie sogar noch an Popularität zugelegt, wie das Meinungsforschungsinstitut Yougov herausgefunden hat. Laut der Studie, die Yougov im Auftrag der Versicherungsgesellschaft HUK Coburg durchgeführt hat, bewegen sich 73 Prozent der Befragten am liebsten im Automobil fort. Auf Platz 2 rangieren mit nur noch 38 Prozent die eigenen Füße. Es folgen mit 29 Prozent das Fahrrad, 15 Prozent der Zug, 11 Prozent Straßen-, S- und U-Bahnen sowie schließlich mit 10 Prozent der Zug. Als Gründe für die Beliebtheit des Autos nennen die Befragten niedrige Kosten, Schnelligkeit, Flexibilität und Sicherheit. Die Bezahlbarkeit spielt für 46 Prozent eine weit größere Rolle als der „Klimaschutz“ (29 Prozent). Dies könnte noch zu Kontroversen führen: In der Politik wurden Stimmen laut, die nach Corona eine „neue Normalität“ anmahnen, in welcher dem „Klimaschutz“ eine größere Rolle zukommen und der Autoverkehr weiter eingeschränkt und verteuert werden solle. Dies trifft offenbar nicht auf die Zustimmung einer Mehrheit. H.H.



Neue Präses der EKD: Anna-Nicole Heinrich mit dem EKD-Ratsvorsitzenden Bedford-Strohm auf dem Ökumenischen Kirchentag in Frankfurt

Foto: epd

EVANGELISCHE KIRCHE

Aktivismus statt Glaubensverkündigung

Mit der Wahl ihrer neuen Präses setzen die Protestanten ihren Weg zur politisch ausgerichteten NGO fort

VON JOHANNES EISLEBEN

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) setzt ihren Weg zu einer politischen Aktivistenorganisation fort. Nach der Verkündung von „Zwölf Leitsätzen für eine aufgeschlossene Kirche“ im vergangenen Jahr, die von Kritikern eher als Programm einer NGO denn einer Hüterin des Glaubens interpretiert wurde, wurde vor wenigen Tagen die 25-jährige Studentin Anna-Nicole Heinrich zum neuen Präses der EKD-Synode gewählt.

Sie hat damit das Amt inne, das nach dem Krieg zuerst von Gustav Heinemann bekleidet wurde. Der Präses leitet die Synode der EKD. Diese ist das gesetzgebende Organ der organisierten Protestanten und wählt den Rat, das exekutive Leitungsgremium der EKD. Der Präses ist auch Mitglied des Rates, der vom Ratsvorsitzenden, derzeit Heinrich Bedford-Strohm, geleitet wird. Seit 2003 war der Präses der Synode immer eine Politikerin, von SPD, Grünen oder zuletzt der FDP. Heinrich ist unverheiratet, kinder- und parteilos, sie hat einen Bachelor in Philosophie und ist 25 Jahre alt. Derzeit studiert sie den Masterstudiengang „Digital Humanities“.

Wofür steht Heinrich? Ihre öffentlichen Äußerungen nach der Wahl geben nicht viel her. Ihre theologische Position kann sie „nicht benennen“, sie möchte sich in der Kirche weiterhin für Digitalisierung einsetzen, nachdem sie andernorts bereits solche Projekte mitorganisiert hatte. Mit welchen Inhalten? Schwer zu sagen, denn Texte der Digitalaktivistin sind schwer zu finden, ihre Twitter- und Facebook-Accounts sind weitgehend inhaltsleer. Insbesondere finden sich keine theologischen oder politischen Inhalte, ihr Profil ist vielmehr das einer eifrigen Organisatorin im ehrenamtlichen Kirchenbereich, die mit dem Emoji-durchsetzten Jargon der Netzjugendsprache operiert.

Einen Hinweis gibt allerdings die Forschungsausrichtung von Professor Ute Leimgruber, für die Heinrich als „Hiwi“ arbeitet: Sie arbeitet an Themen wie Diskriminierungs- und Exklusivierungsdynamiken wie Rassismus und Sexismus, Rezeption postkolonialer Theorien der Theologie sowie theologisch-feministische Forschung unter Berücksichtigung von Intersektionalitätsansätzen. Leimgruber ist eine Vertreterin des autodestruktiven, selbstnegierenden Denkens, das sich in den letzten Jahrzehnten von französi-

schen und US-amerikanischen Dekonstruktivisten und Identitätstheoretikern wie Derrida und Butler ausgehend in die Geisteswissenschaften hineingefressen hat. Das Ziel ist die Überwindung der Kultur des Abendlandes, die zivilisatorische Errungenschaften wie die Menschenrechte, die doppelte Buchführung und die Infinitesimalrechnung hervorgebracht hat, und ihr Ersatz durch einen sozialistisch-pseudohumanitären Weltstaat.

Heinrich wird kaum bei Leimgruber arbeiten, ohne deren Forschungsinhalte zumindest nicht abzulehnen. Sie ist eine Aktivistin aus dem Milieu der Zivilisationsnegierer, aber mit den allerbesten moralischen Absichten. Es ist bezeichnend, dass die Synode solch eine Frau gewählt hat.

Die Hauptaufgaben der Kirche sind jedoch Bekenntnis und Verkündigung einerseits sowie Seelsorge und Diakonie andererseits. Dabei muss der dreieinige Gott, der Mensch geworden ist, um uns zu erlösen und Gnade zu schenken, stets im Mittelpunkt des kirchlichen Handelns stehen. Die Kirche ist zuständig dafür, den Gläubigen dabei zu unterstützen, sein individuelles Verhältnis zu Gott zu finden und im aktiven Glauben zu leben. Aktiver

Glaube ist der Versuch der Nachfolge Christi. Dem muss die Kirche dienen.

Doch die Leitung der evangelischen Kirche setzt hauptsächlich auf politischen Aktivismus, wie ihre Leitsätze belegen. Diese skizzieren im Wesentlichen den Aufbau und die Ziele einer Aktivistenorganisation. Wie der Theologe Günter Thomas gezeigt hat, vertreten die Leitsätze: (1) die Vorstellung von der Kirche als einer politisch-moralischen „NGO-Bewegungskirche“, sie befürworten (2) ein Engagement ohne Kirchenmitgliedschaft, können (3) die Frage nicht beantworten, wie und warum Menschen zu Christen werden, schweigen (4) im Wesentlichen zur Gottesfrage, können (5) kein überzeugendes Verständnis der Rolle von Laien in der Kirche entwickeln, bieten (6) keine sinnvolle Beschreibung der Rolle der Kleriker in der Kirche und sind (7) nicht in der Lage zu definieren, was das unverwechselbare Kernprodukt der Kirche sein soll.

Es wird interessant zu sehen, wie sich Heinrich hier inhaltlich positioniert. Am Ökumenischen Kirchentag, der am vergangenen Wochenende in Frankfurt stattfand, hat sie an einigen Veranstaltungen als Besucher, aber nicht in ihrer Funktion als Präses teilgenommen.

ASYLPOLITIK

Erneute Pleite für Seehofer

Gericht rügt Rücknahmeabkommen des Bundesinnenministers – Abgeschobene Asylsucher sollen zurück

Das bayerische Verwaltungsgericht München hat in einem Eilbeschluss das Rücknahmeabkommen moniert, das Bundesinnenminister Horst Seehofer 2018 mit Griechenland abgeschlossen hat. Laut dem Beschluss vom 4. Mai muss die Bundesrepublik umgehend einen Syrer zurückholen, der vergangenes Jahr nach Griechenland abgeschoben worden war.

Grundlage des Vorgehens waren Vereinbarungen, die der Bundesinnenminister mit Spanien und Griechenland getroffen hat. Die sogenannten Seehofer-Deals sehen vor, dass beide Länder „Geflüchtete“ binnen 48 Stunden zurücknehmen, wenn diese dort zuvor bereits einen Asyl-

antrag gestellt haben. Im konkreten Fall war der Immigrant im August 2020 ohne Papiere durch die Bundespolizei an der deutsch-österreichischen Grenze in einem Zug aufgegriffen worden.

Gegenüber den Bundespolizisten erklärte der Syrer, er wolle in Deutschland einen Asylantrag stellen. Zuvor war ihm ein solcher Antrag in Griechenland abgelehnt worden. Statt der sofortigen Rückführung des Mannes nach Griechenland hätte nach Ansicht des Verwaltungsgerichts in Deutschland ein „Dublin-Verfahren“ durchgeführt werden müssen. Die Mitgliedsstaaten müssen demnach jeden Asylantrag prüfen und gegebenenfalls

weiterleiten. Mit dem Eilbeschluss wachsen die europarechtlichen Zweifel, ob die Rückführungsvereinbarungen, die Seehofer mit Spanien und Griechenland getroffen hat, zu halten sind. Bereits im August 2019 hatte das Verwaltungsgericht München in einem ähnlichen Fall entschieden, dass ein nach Griechenland abgeschobener Afghane nach Deutschland zurückgeholt werden muss.

Wieder auf dem Schreibtisch hat Seehofer auch das Thema Immigration über das Mittelmeer. Mit Beginn des frühlingshaften Wetters ist die Zahl von Asylsuchern, die von Nordafrika über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien gelan-

gen, sprunghaft gestiegen. So sollen seit Jahresbeginn gut 10.700 Menschen über das Mittelmeer nach Italien gekommen sein. Zum Vergleich: Im Vor-Corona-Jahr 2019 hatten Italiens Behörden im gleichen Zeitraum nur 842 Einreisen registriert. Italiens Innenministerin Lucia Lamorgese hat inzwischen bei Seehofer und seinem französischen Amtskollegen Gérald Darmanin angemahnt, abgegebene Solidaritätsversprechen einzuhalten. Beide Innenminister hatten sich im August 2019 gegenüber Italien und Malta bereit erklärt, freiwillig Asylsuchende zu übernehmen, die über die Mittelmeerroute gekommen sind. Norman Hanert

WOHNUNGSMANGEL

Senat punktet mit eigenem Versagen

Bizarr: Rot-Rot-Grün profitiert in Umfragen von Folgen des gescheiterten Berliner Mietendeckels

VON NORMAN HANERT

Die Berliner Wähler werden am 26. September vermutlich nicht nur über den neuen Bundestag und ein neues Abgeordnetenhaus abstimmen, sondern sehr wahrscheinlich auch über die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Wie die Landeswahlleitung im April mitteilte, sind bei der Unterschriften-sammlung für einen entsprechenden Volksentscheid bereits zur Halbzeit der viermonatigen Frist 130.000 Unterschriften zusammengekommen.

Bis zum 25. Juni muss das Enteignungsbündnis insgesamt 175.000 gültige Unterstützerunterschriften vorweisen. Angesichts der schwierigen Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt gehen Beobachter davon aus, dass sich genug Wahlberechtigte der Forderung nach einem Volksentscheid im Herbst anschließen werden. Schon jetzt ist absehbar, dass das Thema Wohnen am 26. September eines der wahlentscheidenden Punkte sein wird. Gemessen an ihren Ankündigungen zu Beginn der Wahlperiode hat die rot-rot-grüne Koalition in der Wohnungsbaupolitik ihre Versprechen nicht halten können.

Ein Kernziel von R2G war es, bis zum Ende der Wahlperiode 30.000 landeseigene Wohnungen neu zu bauen. Dieses Ziel wird bis zum Jahresende um mehrere tausend Wohnungen verfehlt. Zudem hatten die drei Parteien 2016 versprochen, Bestandsmieter vor steigenden Mieten zu schützen. Das entsprechende Projekt, der Berliner Mietendeckel, wurde jedoch im April vom Bundesverfassungsgericht als grundgesetzwidrig eingestuft und gestoppt.

Deutlich mehr Umwandlungen

Doch schon die knapp 14 Monate, in denen der Mietendeckel in Berlin angewendet wurde, haben starke Folgen für die Mieter: Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hat sich binnen eines Jahres die Zahl der annoncierten Mietwohnungen in der Hauptstadt halbiert.

Rasant in die Höhe geklettert sei dafür die Zahl der Mietwohnungen, die in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden. Im Jahr 2018 lag die Zahl solcher Um-



Abstimmung am 26. September: Enteigner-Demonstration in Berlin

Foto: imago images/IPON

wandlungen bei 12.689, vergangenes Jahr steigerte sich deren Menge auf 18.800. Durch Auslaufen der Sozialbindung gingen vergangenes Jahr zudem die Zahl günstiger Sozialwohnungen um 21.000 zurück.

Plus acht Prozent für die Grünen

Die Daten machen deutlich, in welchen Dimensionen der Neubau von preisgünstigen Wohnungen in Berlin stattfinden müsste. Selbst Doppelverdiener-Familien müssen an der Spree immer öfter Sorge haben, auf dem Wohnungsmarkt mithalten zu können. Anfang Mai wurde eine Untersuchung des Marktforschungsinstituts empirica bekannt, der zufolge die meisten neugebauten Wohnungen für viele Berliner nicht mehr bezahlbar sind: Laut der Studie wurden fast zwei Drittel der Neubauwohnungen im vergangenen Jahr für eine Kaltmiete von 14 Euro pro Quadratmeter und darüber angeboten. 46 Prozent kosteten sogar ab 16 Euro pro Quadratmeter.

Paradoxerweise wirkt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt bislang nur wenig auf die Zustimmungswerte der Parteien aus, die in den vergangenen Jahren in der Hauptstadt die Regierungsverantwortung innehatten: Berlins Grüne können sich sogar über ein Plus mehr als von acht Prozentpunkten freuen. SPD und Linkspartei liegen in Umfragen nur moderat unter den erzielten Wahlergebnissen bei der Abgeordnetenhauswahl 2016.

Aus Planwirtschaft nichts gelernt?

Die Linkspartei bringt sogar das Kunststück fertig, während der gesamten Wahlperiode für das Baurecht zuständig gewesen zu sein, und nun die desolante Lage als mobilisierendes Wahlkampfthema zu nutzen: Unter dem Motto „Berlin hat Eigenbedarf“ unterstützt die Partei mit Unterschriftensammlungen im gesamten Stadtgebiet die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“.

Bringt das Bündnis bis zum 25. Juni die notwendige Unterschriftenzahl zu-

sammen, stimmen die Berliner Wähler am 26. September über die Frage ab, ob der Senat einen Gesetzentwurf zur „Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen“ erarbeiten soll. Anfang Mai hat die Initiative öffentlich gemacht, was aus ihrer Sicht in dem „Vergesellschaftungsgesetz“ stehen soll: Gut dreißig Jahre nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Planwirtschaft im Ostteil der Stadt, die dort stetigen Wohnungsmangel zur Folge hatte, sieht der Entwurf des Bündnisses vor, in Berlin die „Privatnützigkeit des Eigentums“ zu beenden.

Erstaunlich viele Berliner scheinen überdies vergessen zu haben, dass es die erste rot-rote Koalition unter Klaus Wowereit war, die dafür gesorgt hat, dass die Deutsche Wohnen überhaupt so eine Bedeutung für den Berliner Wohnungsmarkt bekommen konnte. Im Jahr 2004 veräußerte die damalige SPD-PDS-Landesregierung zehntausende städtische Wohnungen an private Investoren.

KOLUMNE

Planschbecken statt Autobahn

VON THEO MAASS

Im Wahlkampf zur Berliner Abgeordnetenhauswahl im September wollen sich Grüne und Linkspartei mit Autofahrer-feindlichen Phantasien überbieten. Während „Indianerhäuptling“ Bettina Jarasch von den Grünen auf ihrem Parteitag von einem Rückbau des Bauabschnitts 16 der Stadtautobahn A 100 phantasierte, kommt nun von der Linkspartei-Politikerin Katalin Gennburg (Berlin-Treptow) der Vorschlag, die fast fertige Autobahn als Basis für den Wohnungsbau zu nutzen: „Auf den Fundamenten des 16. Bauabschnitts ließe sich eine große Zahl an Wohnungen bauen ... und ... ein Schwimmbad wäre sicherlich auch eine Möglichkeit.“

Wenn Gennburg etwas für die Schwimmbad-Infrastruktur der Hauptstadt machen will, gäbe es ein reiches Betätigungsfeld. In den vergangenen 20 Jahren ist in der Stadt fast jedes Jahr ein Schwimmbad geschlossen worden. Die Linkspartei hat die meiste Zeit mitregiert. Ganz einfach: Die geschlossenen Bäder sanieren, und „Plansch für alle“ ist wieder machbar.

Gennburg schwebt gegen die Fertigstellung der Autobahn auch eine andere Art der Behinderung vor. „Die Baustellenanordnungen und Verkehrsregelungen, die mit dem 16. Bauabschnitt zusammenhängen, werden von der Abteilung Verkehrsmanagement in der Senatsverwaltung getroffen, und die hat bei der Priorisierung der Verkehrswende schon genug zu tun. Ihre Kapazitäten würden viel dringender bei der Anordnung neuer Pop-up-Radwege gebraucht.“ Jeder Treptower (Teil des Bundestags-Wahlkreises von Gregor Gysi) weiß nun ganz genau, was er bekommt, wenn er der Linkspartei die Stimme gibt. Zu SED-Zeiten wollte möglichst jeder Ost-Berliner ein eigenes Auto, heute will Frau Gennburg dessen Benutzung verhindern.

MELDUNG

Teurer Verfall am Bogensee

Berlin – Birgit Möhring, die Chefin der landeseigenen Berliner Immobilienmanagement GmbH, hat im Fall des ehemaligen Landsitzes von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels am Bogensee einen Abriss der Immobilie ins Gespräch gebracht. „Man muss sich überlegen, ob man mit Berliner Steuergeldern dauerhaft Leerstand finanzieren will“, so die Leiterin der Liegenschaftsverwaltung des Landes Berlin. Der ehemalige Goebbels-Landsitz befindet sich 40 Kilometer nördlich Berlins. Die meisten Gebäude auf dem Areal am Bogensee stehen seit 1999 leer. Ein Kaufinteressent ist derzeit nicht in Sicht. Bereits 1996 wurde das Gelände auf der westlichen Seite des Sees unter Denkmalschutz gestellt. Neben der Goebbels-Villa mit etwa 30 Räumen befindet sich in der Nähe auch die ehemalige FDJ-Jugendhochschule, die in den 1950er Jahren gebaut wurde. Die Bewirtschaftung des Geländes kostet das Land Berlin als Eigentümer der geschichtsträchtigen Immobilie 230.000 Euro im Jahr. N.H.

GEHEIMDIENST

Immer neue „Verdachtsfälle“

Berlins Verfassungsschutz hat jetzt auch Querdenker im Visier – Auffällige Lücken zu Linksextremisten

Berlins Verfassungsschutz hat in seinem Jahresbericht 2020 erstmalig ein Sonderthema „Verschwörungserzählungen“ aufgenommen. Nach Ansicht der Behörde haben sich Verschwörungstheorien im Corona-Jahr 2020 zu einer neuen Gefahr entwickelt. „Besorgniserregend“ sei, dass sich „immer mehr Menschen“ außerhalb extremistischer Kreise für Verschwörungserzählungen empfänglich zeigten, so die Geheimdienstler.

Bereits im April war öffentlich geworden, dass die dem Innensenator unterstehende Behörde Teile der Querdenker-Bewegung als Verdachtsfall eingestuft hat. Im Abgeordnetenhaus begründete Innensenator Andreas Geisel (SPD) die Entscheidung mit dem Argument, den Gruppierungen gehe es nicht um Kritik an den Corona-Maßnahmen des Staates, sondern um eine Destabilisierung des Staates und der Demokratie.

Anfang Mai berichtet die „Berliner Morgenpost“ zudem, dass der Landesverfassungsschutz nun auch den Landesverband der AfD als Verdachtsfall einer extremistischen Bestrebung ansieht. Allerdings deutet der Umgang mit Gruppierungen der Linkspartei darauf hin, dass solche Fragen keineswegs immer nach rein objektiven Kriterien entschieden werden: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat beispielsweise seit Jahren Strukturen der Linkspartei wie die Sozialistische Linke, die Antikapitalistische Linke, die Kommunistische Plattform und die Gruppe „Marx21“ im Visier. Im Kapitel „Linksextremismus“ des Jahresberichts 2020 des Berliner Verfassungsschutzes tauchen die Namen dieser Zusammenschlüsse dagegen nicht auf.

Die Eröffnung von neuen Verdachtsfällen wie den Querdenkern und dem Berliner Landesverband der AfD birgt laut

Kritikern nicht nur die Gefahr, dass sie sich negativ auf die offene Diskussion in der Demokratie und den Wettbewerb unter den Parteien auswirkt. Berlins Verfassungsschutz hat lediglich 265 Mitarbeiter, aber viele Aufgaben. Er musste vergangenes Jahr beispielsweise auch fast 10.000 Sicherheitsanfragen im Zusammenhang mit Einbürgerungsanträgen bearbeiten.

Hohe Gefahr von Dschihadisten

Hinzu kommen weitere umfangreiche Problemfelder: Wie der Jahresbericht zeigt, bildet Berlin weiterhin einen bundesweiten Schwerpunkt der linksextremen Szene. Diese zählt hier rund 3600 Angehörige. Dazu ist die Stadt auch ein Sammelpunkt von ausländischen Extremisten, etwa der kurdischen PKK oder der türkischen „Grauen Wölfe“. Darüber hinaus stellen mehr als 2000 radikale Moslems und Salafisten im Stadtgebiet

zum Teil ein extrem hohes Sicherheitsrisiko dar. Laut Jahresbericht besteht für Deutschland und Berlin „weiterhin eine anhaltend hohe Gefahr dschihadistisch motivierter Gewalttaten. Es muss insofern jederzeit damit gerechnet werden, dass es zu einem Anschlag kommen kann“, heißt es im Jahresbericht.

Durch die Hauptstadtfunktion ist Berlin zudem ein Tummelplatz für ausländische Geheimdienste. Bemerkenswert ist, dass der Berliner Verfassungsschutz im Kapitel „Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz“ ausdrücklich die Aktivitäten türkischer Nachrichtendienste erwähnt. Zum Geheimdienst „Millî İstihbarat Teşkilatı“ schreibt der Geheimdienst, dessen operative Arbeit „erfolgt in Berlin nicht allein durch die Türkische Botschaft und andere Vertretungen, sondern auch durch AKP-nahe Organisationen bzw. Vorfeldorganisationen“. N.H.

● MELDUNGEN

Auslieferung
gefordert

Rom – Rund sechs Jahrzehnte nach Beginn des militanten Befreiungskampfes der Südtiroler, mit dem die Loslösung von Rom erreicht werden sollte, hat die rechtsnationale Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) die Regierung von Mario Draghi mit eindringlichen Worten aufgefordert, sich um die Auslieferung der nach Österreich geflüchteten Südtiroler Aktivisten von damals zu bemühen. Dabei geht es zumeist um Personen im Alter von über 80 Jahren, die 1998 vom seinerzeit amtierenden italienischen Staatspräsidenten Oscar Luigi Scalfaro Amnestie erhalten hatten. Darüber hinaus hatte sich 2015 auch der Südtiroler Landtag für eine Begnadigung aller in Österreich Asyl genießenden Widerständler ausgesprochen, weil viele der früheren Anklagen gegen diese ganz offensichtlich unter juristisch höchst zweifelhaften Umständen zustande gekommen waren. So berichteten Zeitzeugen unter anderem von Folter an verhafteten Personen. W.K.

Missbrauch als
B-Waffe

Sydney – Chinesische Wissenschaftler und Militärs haben laut „The Australian“ bereits 2015 darüber nachgedacht, das zwölf Jahre zuvor entdeckte Virus SARS-CoV-1 als biologische Waffe (B-Waffe) zu benutzen. Die in Sydney erscheinende Tageszeitung stützt sich dabei auf einen vertraulichen Bericht des US-Außenministeriums mit dem Titel „Der unnatürliche Ursprung von SARS“, der auch in die Hände des Vorsitzenden des britischen Auswärtigen Ausschusses, Tom Tugendhat, und des Leiters des australischen Parlamentskomitees für Geheimdienste und Sicherheit, James Paterson, gelangt ist. Als Beteiligte auf chinesischer Seite, die entsprechende Memoranden eingereicht haben sollen, nennt „The Australian“ auch den stellvertretenden Direktor des Büros für Epidemie-Prävention, Li Feng, und zehn Angehörige der Medizinischen Akademie der Luftwaffe in Xian, die damals in geheime Forschungsprojekte involviert waren. W.K.

Katastrophe
simuliert

Wien – Die International Academy of Astronautics (IAA) veranstaltet alle zwei Jahre eine Planetary Defense Conference, auf der stets auch das hypothetische Szenario eines drohenden Asteroiden-Einschlags auf der Erde durchgespielt wird. Die neueste derartige Übung fand nun unter der Leitung des Büros der Vereinten Nationen für Weltraumfragen statt. Einbezogen waren unter anderem das Center for Near-Earth Object Studies (CNEOS) des Jet Propulsion Laboratory (JPL) der NASA, die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und die US-Koordinationsstelle für Katastrophenhilfe FEMA. Die Simulation basierte diesmal auf der Annahme, dass der kosmische Eindringling von 100 Metern Durchmesser auf den Böhmerwald zurast. Das Planspiel bewies wieder einmal die Unmöglichkeit, den Impakt mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Somit hätte es in der Realität unzählige Tote gegeben. W.K.

FRANKREICH

Aufstand der Generäle

Militärs schüren Umsturzgerüchte – Unzufriedenheit mit Macrons Corona- und Islamisten-Politik

VON PETER ENTINGER

In Frankreich gerät das politische System zusehends aus den Fugen. Drohen Unruhen oder gar ein Militärputsch? Diesen Eindruck erwecken zwei Brandbriefe französischer Armeeangehöriger, die ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl für Wirbel sorgen.

Die französische Armeespitze hat sich zwar klar distanziert und die „Putschphantasien“ verurteilt. Nie war die Chance von Marine Le Pen jedoch so groß wie jetzt, erste Präsidentin Frankreichs zu werden. Fast alle Meinungsforscher sehen die rechtskonservative Politikerin im Aufwind. Den Ideen ihrer Partei Rassemblement National (RN/früher: Front National) stimmen 29 Prozent der Befragten zu. Nur noch knapp die Hälfte der Befragten (49 Prozent) ist davon überzeugt, dass die Partei eine Gefahr für die Demokratie in Frankreich darstelle.

Im Gegenzug teilen 42 Prozent die Meinung, dass das RN keine Gefahr für die Demokratie sei – das ist der höchste Wert bei dieser Frage seit 2014.

Während Le Pen im Mai 2017 in der Stichwahl dem amtierenden Präsidenten Emmanuel Macron noch deutlich unterlag, muss der Amtsinhaber 2022 ein Kopf-an-Kopf-Rennen fürchten. Viele Wähler scheinen nicht mehr bereit zu sein, Macron zu wählen, nur um die Rechtspopulistin zu verhindern.

Vor einigen Wochen schlug ein Schreiben früherer Armee-Generäle heftige Wellen. „Die Gewalt steigt von Tag zu Tag“, warnen die Autoren und verweisen auf islamistische Anschläge und Gewalt in Frankreichs Vorstädten. Es sei keine Zeit mehr zu zögern, sonst werde „der Bürgerkrieg dem wachsenden Chaos ein Ende bereiten“ und die Zahl der „Toten in die Tausende gehen“. Selbst von einer möglichen Intervention der Armee ist die Rede. Nun kursiert ein zweiter Text. Diesmal anonym, dafür aber angeblich von zahlreichen aktiven Militärs getragen.

Präsident Macron wurde schon im ersten Schreiben vor „Zugeständnissen“ an Islamisten gewarnt. Diese hätten nur „Verachtung oder sogar Hass“ für Frankreich übrig. Le Pen rief kürzlich die Mili-

tärs auf, sie bei der Wahl gegen Macron in einem Jahr zu unterstützen, was ebenfalls für Empörung sorgte. Macron hatte kurz nach seinem Amtsantritt im Sommer 2017 heftige Proteste ausgelöst, als er Sparmaßnahmen für die Armee ankündigte und der angesehene Generalstabschef Pierre de Villiers daraufhin zurücktrat.

Seitdem hat de Villiers wiederholt vor massivem Unmut in der Bevölkerung gewarnt, der sich „geballt entladen könnte“, zuletzt wegen der Corona-Maßnahmen. Auch als möglicher Präsidentschaftskandidat gegen Macron wurde de Villiers, jüngerer Bruder des früheren rechtskonservativen Präsidentschaftskandidaten Philippe de Villiers, schon gehandelt.

Republikanische Front gegen Le Pen

Die Zustände in Frankreich erinnern ein wenig an jene in Italien, wo die einstigen traditionellen Volksparteien skandalbedingt in der Versenkung verschwunden sind. 2017 gelang es weder dem Kandidaten der Sozialistischen Partei (PS) noch dem der rechtsbürgerlichen Les Républicains (LR), sich für die entscheidende

Stichwahlrunde der Präsidentschaftswahlen zu qualifizieren. Der frühere Sozialist Macron hatte damals als unabhängiger Bewerber kandidiert und die Bewegung „La République en Marche“ gegründet. En Marche wurde im April 2016 in Macrons Geburtsort und Heimatstadt Amiens in Nordfrankreich gegründet. Er selbst bezeichnete die Partei bei der Gründung als eine progressive soziale Bewegung, die er begonnen habe, um die seiner Ansicht nach „als steril empfundenen Spaltungen zwischen den Parteien“ zu überwinden.

Zunächst ging dieses Kalkül auf. Bei dem Parlamentswahlen 2017 erhielt sie 308 von 577 Sitzen. Doch schon bei der Europawahl lag En Marche hinter Le Pens Partei. Seitdem haben zahlreiche Funktionäre und Abgeordnete die Partei verlassen. „Nach dem Abschied von den Volksparteien richtet sich Frankreich dauerhaft in einer Periode parteipolitischer Instabilität ein“, schrieb die „FAZ“ kürzlich.

Im Süden des Landes, wo Le Pens RN besonders stark ist, gelang seit Jahren nur mit einer „republikanischen Front“, Wahlsiege des RN zu verhindern. Nun ist ausgerechnet der frühere Süd-Spitzenkandidat der Républicains ins Lager von Le Pen übergelaufen. Die Zersplitterung des bürgerlichen Lagers spielt derzeit sowohl Macron als auch Le Pen in die Karten. Der ehemalige Chef-Unterhändler der EU in den Brexit-Verhandlungen, Michel Barnier, könnte als Kandidat aus dem konservativen Lager ins Rennen um das Präsidentenamt einsteigen.

Der konservative Ex-Minister Xavier Bertrand, der die Républicains vor vier Jahren im Streit verließ, will ebenfalls kandidieren. Gleichzeitig wirbt Macron unverhohlen um Wechselwillige aus dem bürgerlichen Lager. Sein Ziel ist es, die traditionelle Mitte zu schwächen, um abermals als Kandidat der „demokratischen Sammlung“ gegen Le Pen zu siegen. Denn daran, dass die RN-Chefin zumindest in der ersten Runde der Wahlen die Nase vorne haben wird, zweifelt kaum noch jemand. „Macron weiß genau, dass er von vielen abgelehnt wird. Seine einzige Chance auf Wiederwahl ist es, wieder Marine Le Pen gegenüberzustehen“, sagte Bertrand. Deshalb wirke Macron darauf hin, dass sich die bürgerliche Rechte weiter zerlege: „Es ist eiskalte Berechnung.“



Dicke Luft beim Militär: Macron 2017 beim Truppenbesuch mit dem kurz darauf zurückgetretenen General Pierre de Villiers Foto: pa

DÄNEMARK

Asylverfahren werden nach Ruanda ausgelagert

Afrikaner, die Schutz in dem skandinavischen Land verlangen, müssen zunächst nach Afrika zurück

Das sogenannte Outsourcing von Asylverfahren, das bislang nur von Australien praktiziert wird, soll nun auch in Dänemark unter einer sozialdemokratischen Regierung eingeführt werden. Ein Immigrant, der nach der Überquerung des Mittelmeers irgendwann in Dänemark landet und einen Asylantrag stellt, soll zuerst wieder per Flugzeug zurückbefördert werden nach Afrika. Und zwar in ein Land, das viele wohl vorher kaum gekannt haben: Ruanda. In Dänemark wird ein Asylsucher dann nur noch registriert, aber das gesamte Asylverfahren soll in Afrika durchgeführt werden. Erst bei erfolgreichem Durchlaufen des Verfahrens folgt die Aufnahme in Dänemark, bei Ablehnung die Abschiebung aus Ruanda.

Australien hatte das Outsourcing solcher Verfahren schon vor fast zehn Jahren, ebenfalls unter einer Labour-Regierung, eingeführt. Dort müssen illegal ein-

reisende Bootsflüchtlinge ihr Asylverfahren von Neu Guinea oder Nauru aus betreiben, was die Bewerberzahlen stark nach unten gedrückt hat und den Zustrom fast zum Erliegen brachte. Auch Dänemark hatte sich um Vereinbarungen mit mehreren Ländern, darunter Tunesien und Äthiopien bemüht, aber erst mit der Regierung von Ruanda wurde man handelseinig. Die Verhandlungen zogen sich über Monate hin. Zwei dänische Minister waren Ende April in Ruandas Hauptstadt Kigali, jetzt wurde die Vereinbarung auf Twitter veröffentlicht.

Der dänische Einwanderungsminister Mattias Tesfaye, selbst Sohn eines Flüchtlings aus Äthiopien, erklärte, das neue Asylsystem werde „humaner und fairer“ sein, weil es den Strom der Menschen auf den gefährlichen illegalen Migrationsrouten, wo viele ihr Leben verlieren, reduzieren werde. Auch das illegale Geschäft

der Schleuser werde dadurch vermässelt. Weil es mit der Integration seiner Immigranten nicht mehr fertig wird, Ausländerkriminalität und muslimische Subkulturen wachsen, verfolgt die sozialdemokratische Regierung seit einigen Jahren das Ziel einer Null-Immigration. Mit dem Outsourcing in Ruanda hofft man diesem Ziel ein Stück näher zu kommen.

In Dänemark fielen die Reaktionen gemischt aus. Menschenrechtsgruppen äußerten sich konsterniert. Der Europa-Direktor von Amnesty International, Nils Muižnieks, warnte, in Dänemark ankommende Asylsucher zur Bearbeitung ihrer Anträge nach Ruanda zu überstellen, dies wäre nicht nur unverantwortlich, sondern möglicherweise auch rechtswidrig. Aber ein großer Teil der Bevölkerung ist damit einverstanden. In Skandinavien war die Asylwelle 2015 für einige Zeit ein echtes Trauma. Im schwedischen Malmö, eigent-

lich ein Vorort der dänischen Hauptstadt Kopenhagen, herrschen seitdem bürgerkriegsähnliche Zustände, muslimische Jugendbanden haben ganze Stadtviertel unter ihrer Kontrolle, fast wöchentlich werden Menschen auf offener Straße erschossen. Ruanda dagegen ist, seit es den Völkermord von 1994 hinter sich und bewältigt hat, ein Muster an Sicherheit und Demokratie nicht nur für Afrika.

Dänemark ist auch das erste Land in Europa, das den Status seiner syrischen Asylsucher widerrufen hat, weil es der Meinung war, dass in Syrien in einigen Regionen wieder Sicherheit herrscht und sie dorthin zurückkehren könnten. 2020 erhielt Dänemark 1515 Asylanträge, die niedrigste Zahl seit 20 Jahren. 601 Menschen bekamen eine Aufenthaltserlaubnis. Fast 400 Syrern droht die Abschiebung nach Syrien, wenn ihnen der Schutzstatus endgültig entzogen wird. Bodo Bost

VON WOLFGANG KAUFMANN

Angriffe von Cyberkriminellen auf sensible Infrastrukturen wie Kraft- und Wasserwerke, Verkehrsanlagen, Versorgungsunternehmen sowie medizinische Einrichtungen gelten als Horrorszenerario, können sie doch massive wirtschaftliche Schäden verursachen und auch Menschenleben gefährden. Zwar sind die eigentlichen Steuerungssysteme der Anlagen in der Regel von den übrigen IT-Netzen getrennt, doch leidet die Betriebssicherheit zumeist selbst darunter, wenn Hacker auch nur die Kontrolle über periphere Computer erlangen, auf denen sich wichtige Firmendaten befinden. In solchen Fällen muss vorsichtshalber alles heruntergefahren werden.

Diese Erfahrung machte nun auch die Colonial Pipeline Company. Das Unternehmen ist der größte Pipeline-Betreiber in den USA. Seine Rohrleitungen führen über 8850 Kilometer von Houston (Texas) nach New York und decken 45 Prozent des Kraftstoffbedarfs entlang der US-Ostküste. Hierzu fließen täglich an die 500 Millionen Liter Benzin, Diesel und Kerosin durch das Colonial-Netz. Dieses musste zwischen dem 7. und 12. Mai aufgrund eines Hackerangriffs komplett außer Betrieb genommen werden.

Dramatische Folgen an der Ostküste

Die Folgen waren dramatisch. Zahlreiche Tankstellen im Osten der USA blieben geschlossen, an anderen bildeten sich lange Schlangen, und es kam zu wilden Hamsterkäufen. Die Kraftstoffpreise schossen auf den höchsten Stand seit sieben Jahren, und in rund einem Dutzend US-Bundesstaaten wurde sogar der Notstand ausgerufen. Um zumindest die wichtigsten Kunden wie das Militär zu beliefern, entsandte die Regierung zahllose Tankwagen.

Verantwortlich für die Attacke ist die Hacker-Gruppe Darkside, die seit vergangener August agiert. Dabei kommt es zu zweierlei Form von Erpressung. Zum einen setzt die Gruppe ihre selbst entwickelte Schadsoftware ein, um die Daten auf den Computersystemen der Opfer zu verschlüsseln, um danach die angegriffenen Unternehmen ultimativ aufzufordern, für die Entschlüsselung zu zahlen. Zum anderen stiehlt Darkside sensible Daten wie Geschäftsinterna, für deren Nichtveröffentlichung die betroffenen Opfer ebenfalls zahlen sollen. Eine derartige doppelte Erpressung versuchten die Hacker auch im Falle der Colonial Pipeline Company. Insgesamt griffen sie knapp 100 Gigabyte an vertraulichem Datenmaterial ab.



In der Not musste auf Tankwagen zurückgegriffen werden: Colonial Pipeline Company

Foto: imago images/ZUMA Wire

COMPUTERKRIMINALITÄT

Ein Albtraum für die Infrastruktur wurde wahr

Für die Attacke auf einen US-Pipeline-Betreiber zeichnet die im russischen Sprachraum vermutete Erpresserorganisation „Darkside“ verantwortlich

Die Mitglieder von Darkside werden im russischsprachigen Raum vermutet. Denn die verwendete Erpressungssoftware prüft, ob sich das zu infizierende Computersystem auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion befindet und bleibt in solchen Fällen passiv.

Allerdings scheint Darkside nicht im Auftrag russischer Geheimdienste tätig zu werden. Dafür spricht zumindest die folgende Stellungnahme der Gruppe vom vorletzten Montag: „Unser Ziel ist es, Geld zu machen und nicht Probleme für die Gesellschaft.“ Erklärtermaßen verzichtet Darkside darauf, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Nichtregierungsorganisationen oder zivile staatliche Behörden anzugreifen.

„Bundeslagebild Cybercrime“

Und auch in anderer Hinsicht geben sich die Cyber-Kriminellen geradezu sozial. Die Lösegelder für die Freigabe der Daten

sollen zwei Millionen US-Dollar nicht übersteigen und die Leistungsfähigkeit der betroffenen Firmen berücksichtigen. Entsprechend hoch dürfte die Forderung an die Colonial Pipeline Company gewesen sein. Ob das Unternehmen, das Hilfe von dem führenden IT-Sicherheitsdienstleister FireEye erhalten hat, sich hat erpressen lassen, ist unbekannt.

Sollte das der Fall gewesen sein, dann könnte ein Teil der Beute als Spende weitergeleitet werden oder weitergeleitet worden sein, denn Darkside versuchte bereits mehrere Male, gemeinnützigen Organisationen jeweils um die 100.000 Dollar zuzukommen zu lassen. Bislang lehnten die ins Auge gefassten Empfänger aber immer ab.

Wenn es also auch eher unwahrscheinlich ist, dass die Hacker die Treibstoffversorgung der USA im Auftrag Moskaus sabotierten, so ändert das indes nichts an der wachsenden Gefahr, die von

Darkside und ähnlichen Gruppierungen ausgeht. Wie das Bonner Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) am vorletzten Montag mitteilte, seien Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen aller Art mehr denn je „ein ernst zu nehmendes realistisches Szenario auch in Deutschland“. Diese Einschätzung teilt das Bundeskriminalamt in seinem „Bundeslagebild Cybercrime“.

Allerdings gibt der BSI-Präsident Arne Schönbohm zumindest Entwarnung, was die Mineralöl-Industrie hierzulande betrifft. Diese habe der Cyber-Sicherheit schon immer sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet. Und tatsächlich dürften die potentiellen Opfer von erfolgreichen Hacker-Angriffen wohl eher in den Bereichen des Landes zu finden sein, in denen ein Mangel an zeitgemäßen Softwarelösungen und qualifizierten IT-Fachleuten herrscht wie beispielsweise im Gesundheitswesen oder im öffentlichen Dienst.

DEKARBONISIERUNG

Berechtigte Sorgen um die Volkswirtschaft

Acht Zehntel der privatwirtschaftlichen Entscheider fürchten höhere Kosten bei einer Kanzlerin Baerbock

Eine im Auftrag der „Wirtschaftswoche“ durchgeführte Umfrage des Berliner Start-up-Unternehmens Civey, das Online-Umfragen für Meinungs- und Marktforschung durchführt, unter Führungskräften der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes hat ergeben, dass 26,5 Prozent der Befragten Annalena Baerbock als Kanzlerin wählen würden. Die Grünen-Politikerin lag damit deutlich vor Christian Lindner (FDP), Armin Laschet (CDU) und Olaf Scholz (SPD).

Civey ermittelte ebenfalls, dass mehr als zwei Drittel der privatwirtschaftlichen Entscheider in Deutschland von einer negativen Entwicklung für die Wirtschaft ausgehen, sollte Baerbock Bundeskanzlerin werden. Fast 80 Prozent der befragten leitenden Angestellten und Unternehmer fürchten höhere

Kosten im Bereich des sogenannten Klimaschutzes.

Mit besonders starken Folgen muss die Automobilbranche rechnen. Im Entwurf des Grünen-Wahlprogramms steht die Forderung, bereits ab 2030 keine Neufahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen. Noch auf der Grundlage der alten „Klimaschutzziele“ der Bundesregierung hat das Münchner Ifo-Institut im Auftrag des Verbands der Automobilindustrie berechnet, welche wirtschaftlichen Folgen das Ende des Verbrennungsmotors für Deutschland hätte.

Nach Ifo-Angaben hängen hierzulande rund 613.000 Arbeitsplätze am Bau von Benzin- und Dieselaautos. Davon könnten mit dem Hochlauf der Elektromobilität laut dem Institut bereits im Jahr 2025 „zwischen 29 Prozent und 36 Prozent zur

Disposition“ stehen. Dies würde bis zu 221.000 Beschäftigte betreffen. Zudem fiel in großem Umfang Wertschöpfung weg, insbesondere bei den vielen mittelständischen Zulieferbetrieben. Das Ifo-Institut beziffert den Produktionswert aller direkt vom Verbrenner abhängigen Produkte für das Jahr 2019 immerhin mit 149 Milliarden Euro.

Drastische Auswirkungen einer Regierungsbeteiligung der Grünen muss auch die Luftfahrtbranche fürchten. Beobachter der diesjährigen Hauptversammlung der Lufthansa hatten bereits den Eindruck, dass eine mögliche Regierungsbeteiligung der Grünen insgeheim einen Hauptpunkt der Aktionärsversammlung darstellt.

Ein Kommentator sprach vom Bemühen des Konzerns, die Grünen vorausei-

lend zu besänftigen. In der Tat betonte Lufthansa-Chef Carsten Spohr während des virtuellen Aktionärstreffens ganz besonders die Bedeutung des Umweltschutzes für das künftige Geschäft. „Nicht, weil wir müssen. Nicht, weil andere es wollen oder fordern“, so der Lufthansa-Chef.

Trotz solcher Bekenntnisse könnte es gerade die Lufthansa sein, die eine Regierungsbeteiligung der Grünen besonders schnell und besonders hart zu spüren bekommen. Die Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock kündigte vor Kurzem für den Fall einer Regierungsübernahme ein „Klimaschutzsfortprogramm“ an. Unter anderem will Baerbock Kurzstrecken- und Billigflüge verbieten und generell die Preise im Luftverkehr anheben.

Norman Hanert

● MELDUNGEN

Amazon zahlte keine Steuern

Luxemburg – Die britische Tageszeitung „The Guardian“ hat unter Berufung auf Unterlagen aus dem luxemburgischen Transparenzregister berichtet, dass Amazon an seinem europäischen Hauptsitz in Luxemburg keinerlei Unternehmenssteuern für 2020 gezahlt habe. Der Online-Händler steigerte zwar seinen Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 37,5 Prozent auf 44 Milliarden Euro, doch erhielt er eine Steuergutschrift in Höhe von 56 Millionen Euro, weil die Zentrale in Luxemburg, von der aus die Geschäfte in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Schweden, den Niederlanden und Großbritannien abgewickelt werden, für 2020 ungeachtet der Rekordumsätze infolge der Corona-Pandemie Verluste von 1,2 Milliarden Euro auswies. So dürfte es in den nächsten Jahren weitergehen, weil das Unternehmen noch Verlustvorträge aus der Zeit vor 2020 im Umfang von 2,7 Milliarden Euro geltend machen kann.

W.K.

Neuer Anlauf Chinas

Peking – Die chinesische Führung unternimmt einen neuen Anlauf, die Ausfuhren von Seltenen Erden zu regulieren. Ein Plan des chinesischen Ministeriums für Industrie und Informationstechnologie sieht vor, die Verwaltung der gesamten Seltene-Erden-Industrie gesetzlich zu regeln und zu kontrollieren. Matthias Wachter, Rohstoffexperte beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), sagte zu dem Vorhaben, es herrsche Unsicherheit, ob die Volksrepublik Seltene Erden als Druckmittel gegenüber Unternehmen aus Europa einsetzen wolle. Das Reich der Mitte hatte bereits im Jahr 2010 Exportbeschränkungen für Seltene Erden eingeführt. Im Jahr 2015 hatte Peking diese Einschränkungen allerdings wieder aufgehoben. Chinas Regierung war damit einem Schiedsspruch der Welthandelsorganisation nachgekommen. Zudem hatten die Exportbeschränkungen dazu geführt, dass weltweit neue Förderprojekte angeschoben wurden. Als Folge sank der Weltmarktanteil Chinas bei den Seltenen Erden.

N.H.

Sommerhäuser abbestellt

Kopenhagen – Die dänische Ferienhaus-Branche lebt weitgehend von deutschen Touristen. Wegen der unsicheren Corona-Lage haben 88 Prozent der Deutschen ihr Sommerhaus wieder abbestellt. Zwar hat das Land seit dem 1. Mai seine Grenzen für Touristen wieder geöffnet. Voraussetzung ist aber der Nachweis einer doppelten Impfung. Bei der Rückkehr nach Deutschland droht möglicherweise eine Quarantäne. Lars Ravnholt von Købmand Hansens Feriudlejning: „88 Prozent haben entweder umgebucht oder ihre Reservierung storniert, und das bedeutet, dass die Monate Mai und Juni für uns verloren sind. Es geht um Arbeitsplätze, und unterm Strich stehen wir mit leeren Häusern da.“ Dänemark hat zwar die Grenzen geöffnet und seine Gastronomie auch. Aber die wirren deutschen Aktionen halten die Urlauber ab. F.B.

KOMMENTARE

Lob der Privatwirtschaft

HANS HECKEL

Von den Zinnen der hohen Moral ertönt mit zunehmender Lautstärke die Forderung, den Patentschutz für Corona-Impfstoffe aufzuheben. Nur so sei es armen Ländern möglich, schnell und günstig an das rettende Mittel zu kommen. Alles andere sei nämlich „kalter Kapitalismus“.

Was die Forderer verschweigen: Wir haben es ausschließlich dem freien unternehmerischen Geist von Leuten wie den Chefs von Biontech und der Investition gewinnorientierter Geldgeber zu verdanken, dass wir überhaupt schon Impfstoffe besitzen. Würde der Patentschutz aufgehoben, entfielen der wesentlichen Treiber privatwirtschaftlicher Initiative: die Gewinnaussicht.

Dann müssten künftig staatliche Stellen die Entwicklung dirigieren. Was dies bedeutet, kann man sich nach den jüngsten Erfahrungen ausmalen. Von der Maskenbeschaffung über die Impfstoffbestellung bis zur mangelhaften und unter einer lähmenden Bürokratie ächzenden Verteilung der Impfmittel hat der Staat versagt, wo immer er gefordert war. Und selbst 14 Monate nach Beginn der Pandemie in Deutschland sind die staatlichen Ämter nicht imstande, durchlaufend zuverlässige Zahlen zur Verfügung zu stellen. Sobald ein Feiertag in die Quere kommt, bleiben die Daten für längere Zeit verzerrt.

Man stelle sich vor, Politik und staatliche Bürokratie hätten auch die Impfstoffentwicklung in der Hand gehabt. Es wäre äußerst zweifelhaft, ob jetzt oder auch nur in absehbarer Zeit überhaupt ein Stoff zur Verfügung gestanden hätte. Daher ist die Forderung nach Aufhebung des Patentschutzes auch nur scheinbar human. In Wahrheit richten hier sozialistisch kontaminierte Ideologien ihre Geschütze gezielt auf die Privatwirtschaft, weil sie nicht ertragen können, wie viel besser diese funktioniert hat als staatliche Lenkung.

Man stelle sich vor, Politik und staatliche Bürokratie hätten auch die Impfstoffentwicklung in der Hand gehabt. Es wäre äußerst zweifelhaft, ob jetzt oder auch nur in absehbarer Zeit überhaupt ein Stoff zur Verfügung gestanden hätte. Daher ist die Forderung nach Aufhebung des Patentschutzes auch nur scheinbar human. In Wahrheit richten hier sozialistisch kontaminierte Ideologien ihre Geschütze gezielt auf die Privatwirtschaft, weil sie nicht ertragen können, wie viel besser diese funktioniert hat als staatliche Lenkung.

Bäcker oder Bäcker*in?

BURGHARD GIESELER

„Bring' noch fünf Brötchen mit, wenn du zum Bäcker gehst“, sagte meine Frau. Für einen kurzen Moment beschlich mich unterwegs der Gedanke: „Zum Bäcker? – was mache ich nur, wenn mich eine Frau bedient? Hätte meine Frau nicht wenigstens ‚zur Bäcker*in‘ oder ‚zum Backenden‘ sagen müssen?“

Wohl nicht. Denn das Geschlecht derjenigen Person, die mir die Brötchen verkaufen sollte, spielte für sie vermutlich gar keine Rolle. Sie verwendete das Wort „Bäcker“ als Gattungsbegriff, der zwar ein grammatikalisches Geschlecht hat, semantisch aber geschlechtsübergreifend ist. Das ist ja genau das, was einen Gattungsbegriff ausmacht. „Bäcker“ meint also alle Menschen, die professionell backen und ihre Produkte verkaufen – unabhängig von ihrem Geschlecht. Gattungsbegriffe sind sinnvoll und notwendig. Ohne sie wäre die Sprache sperrig und nicht alltagstauglich. Besonders heikel wird es, wenn in „gendered“ Texten Pronomina verwendet werden, weil diese mit ihrem (gendered) Bezugswort im Geschlecht

übereinstimmen müssen. Beispiel: Ein*e Bäcker*in, der bzw. die mir ihre bzw. seine Brötchen verkauft. Eine solche Sprache ist nicht mehr sprechbar. Deshalb werden die Menschen mehrheitlich auch weiterhin Gattungsbegriffe gebrauchen und an ihrer gewohnten Sprache festhalten, während sich Politik und Medien mit ihrer gespreizten Kunstsprache stetig vom Volk entfernen.

Indessen gehen die massiven Eingriffe in die Sprache weit über das Gendersprech hinaus, wenn systematisch Wörter durch andere Wörter ersetzt werden. Der Inhalt eines Wortes, das tabuisiert wird, soll – weil wir ja in Worten denken – nicht mehr gedacht werden können. Das Denken wird auf diese Weise kontrolliert und in die gewünschten Bahnen gelenkt. Es handelt sich mithin um den totalitären Anspruch einer Minderheit, die sich selbst auf einer moralisch höheren Bewusstseinsstufe wähnt, dem Volk zu diktieren, wie es zu denken hat. Angesichts einer solch arroganten Selbstermächtigung möchte man ihr zurufen: „How dare you!“

Ich jedenfalls werde meine Brötchen auch in Zukunft beim „Bäcker“ kaufen.



Von der Gesellschaft noch immer ignoriert: Kinder im Lockdown

Foto: Shutterstock

LEITARTIKEL

Ignorierte Generation

RENÉ NEHRING

Deutschland macht endlich wieder auf. Nachdem in den vergangenen Tagen die Corona-Inzidenzen unter den festgesetzten Grenzwerten geblieben sind, kehrt das öffentliche Leben langsam wieder zur Normalität zurück: Die nächtliche Ausgangssperre entfällt, Konzert- und Sportveranstaltungen sind zumindest im Freien wieder möglich, Museen und Ausstellungshäuser dürfen unter Auflagen wie Abstandsregeln und Tests öffnen. Auch die Gasthöfe dürfen – zumindest draußen und ebenfalls unter Auflagen – wieder Gäste empfangen.

Unerwartete Form der Triage

Nur von einer Gruppe hört man auffallend wenig: den Kindern. Obwohl die Kanzlerin vor Monaten verkündete, Schulen und Kindergärten als letztes schließen und als erstes wieder öffnen zu wollen, und obwohl nach dem aktuellen Wissensstand die Kinder kaum von COVID-19 betroffen sind und das Virus nicht häufiger verbreiten als Erwachsene, gibt es bislang kaum Öffnungen der Bildungs- und Erziehungseinrichtungen. Während

Busse, Züge und selbst die Ferienflieger inzwischen wieder gut gefüllt sind, gibt es für Schüler allenfalls erste Schritte zu mehr „Unterrichtsmodellen mit Präsenzzeiten“. Was jedoch nichts anderes bedeutet, als dass die Rückkehr zum Regelunterricht noch in weiter Ferne liegt.

Auf die Folgen der weitgehenden Ignoranz gegenüber dem stillen Leiden der Kinder wies vor wenigen Tagen der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) hin. Während seit Monaten Virologen, Intensivmediziner und Gesundheitspolitiker unermüdlich vor „Triagen“ – also der Auswahl, beziehungsweise Auslese der zu behandelnden Corona-Patienten – auf den Intensivstationen der Krankenhäuser warnen, ereignet sich in den Kinder- und Jugendpsychiatrien eine ganz andere Form der Triage: „Es gibt psychiatrische Erkrankungen in einem Ausmaß, wie wir es noch nie erlebt haben“, so ein Sprecher des BVKJ gegenüber der „Rheinischen Post“: „Die Kinder- und Jugendpsychiatrien sind voll (...): Wer nicht suizidgefährdet ist und ‚nur‘ eine Depression hat, wird gar nicht mehr aufgenommen.“

Wie weit die Ignoranz gegenüber dem Schicksal der Kinder inzwischen gediehen ist, zeigte ein paar Tage zuvor

Mecklenburg-Vorpommern. Dort sorgte eine neue Landesverordnung für Unruhe, derzufolge nur noch geimpfte Personen die Einreise in das Bundesland erlaubt sein sollte. Da es jedoch innerhalb der EU noch kein für Kinder und Jugendliche zugelassenes Vakzin gibt und diese somit gar nicht geimpft sein können, bedeutete die Verordnung ein faktisches Einreiseverbot für die junge Generation.

Auch wenn die Landesregierung die Verordnung inzwischen korrigiert hat und nunmehr geregelt ist, dass Eltern (unter bestimmten Bedingungen) auch ihre nicht geimpften Kinder mit in das Land bringen dürfen, zeigt das Beispiel doch, mit welcher Ignoranz an vielen Stellen die entscheidenden Instanzen gegenüber den Kindern agieren.

Wo bleiben die Rechte der Kinder?

Das alles wohl gemerkt zu einer Zeit, in der die Bundestagsparteien über die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz debattieren (siehe PAZ 19/2021). Doch während sie bei Aufruf des entsprechenden Tagesordnungspunktes mit großem Pathos über das Wohl der Kinder streiten, verschließen sie vor dem alltäglichen stillen Leid der Kleinen die Augen.

NACHRUF

„Urgestein“ der „Bonner Republik“

Dass ein Spitzenbeamter, zudem noch ein gelernter Diplomat, die gebotene Zurückhaltung aufgibt und dem Staatsoberhaupt öffentlich widerspricht, dürfte äußerst selten geschehen. Karl-Günther von Hase hat es getan, im Jahr 1969. Er war Staatssekretär im Verteidigungsministerium und bezog Stellung gegen den gerade zum Bundespräsidenten gewählten Gustav Heinemann (SPD), der in einer Rede die Bundeswehr herabgewürdigt hatte. Diese wurde durch Hase in Schutz genommen, er hatte sich darüber hinaus aber wohl auch als ehemaliger Berufsoffizier, der im Zweiten Weltkrieg im Einsatz war, angesprochen gefühlt.

Geboren am 15. Dezember 1917 im niederschlesischen Wangern, war er in Berlin aufgewachsen. Nach der Rückkehr aus fast fünfjähriger sowjetischer Gefangenschaft und entsprechender Ausbildung trat Hase in den Dienst des Auswärtigen Amtes. Er

wirkte als Gesandtschaftsrat in Kanada und in der Zentrale am Rhein. 1962 wurde er Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, verbunden mit der Ernennung zum Staatssekretär. Damit war Hase der letzte Regierungssprecher Adenauers. Unter Erhard und zunächst auch unter Kiesinger verblieb er in dieser

Position, bis er 1967 zum Intendanten der Deutschen Welle gewählt wurde. Dies sollte ein kurzes Intermezzo bleiben, er wechselte bald auf die Hardthöhe. Zu seinen „diplomatischen Wurzeln“ kehrte er noch einmal zurück, als er von 1970 bis 1977 die Bundesrepublik in London als Botschafter vertrat. Intendant wurde er dann auch noch einmal. Zum Abschluss seiner äußerst erfolgreichen beruflichen Laufbahn stand er bis 1982 dem ZDF vor. Hier galt er nach übereinstimmendem Urteil als ausgehend und vorausschauend, letzteres auch im Hinblick auf das entstehende, sich in Deutschland nach seiner Amtszeit etablierende duale Rundfunksystem.

Erst im Ruhestand erfolgte die Bindung an eine Partei, 1989 trat er der CDU bei. Karl-Günther Hase ist am 9. Mai 2021 im 104. Lebensjahr gestorben. Zweifelsfrei zählt er zum „Urgestein“ der „Bonner Republik“.

Erik Lommatzsch



Spitzenbeamter und Rundfunkintendant mit Ecken und Kanten: Karl-Günther von Hase

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimitarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Nie aus der Mode gekommen

An Albrecht Dürer, der vor 550 Jahren geboren wurde, kommt keiner vorbei – Nürnberg und Aachen planen ihm zu Ehren Großes

VON VEIT-MARIO THIEDE

Das Germanische Nationalmuseum Nürnberg fragt: „550 Jahre Dürer. Ist schon alles gesagt?“ Offenbar nicht, denn es kündigt einen digitalen Gesprächs-Marathon über den Renaissancemaler Albrecht Dürer an. Die Redeschlacht findet am Geburtstag des Künstlers statt, der sich am 21. Mai zum 550. Mal jährt.

Auch fern seines Geburts- und Sterberortes Nürnberg wird Deutschlands berühmtester Künstler geehrt. Das Aachener Suermondt-Ludwig-Museum präsentiert ab Juli die Ausstellung „Dürer war hier“. Ihrem wissenschaftlichen Beirat gehört Thomas Schauerte an, der vergangenes Jahr eine lesenswerte Dürer-Biografie veröffentlicht hat.

Schauerte führt in Dürers Werk ein, zeichnet dessen Leben nach und macht auf das intellektuelle Umfeld des Künstlers aufmerksam. Für sein Schaffen elementare Anregungen verdankte er dem freundschaftlichen Kontakt zu zwei bedeutenden Humanisten: Konrad Celtis und Willibald Pirckheimer.

Was aber ist „Humanismus“ und warum ist er für Dürers Biographie so wichtig? Schauerte charakterisiert ihn als umfassende, an den großen Autoren und Denkern der Antike orientierte Bildungs- und Lebensreform. Sie sollte den Menschen in die Lage versetzen, seine Persönlichkeit frei zu entfalten. Schauerte folgert: „Die emanzipatorischen Aspekte des Humanismus schlugen sich natürlich auch im intellektualisierten Bild des Künstlers als eines selbstbewussten Schöpfers unverwechselbarer Werke nieder.“ Paradebeispiel sei Dürers „Selbstbildnis im Pelzrock“ (1500) aus Münchens Alter Pinakothek. Deren Dürer-Sammlung ist die bedeutendste der Welt.

Dürer wusste nicht nur mit Pinsel, Stift und Zeichenfeder virtuos umzuge-

hen, sondern führte auch technisch bravouröse und inhaltlich anspruchsvolle Holzschnitte und Kupferstiche aus. Schauerte macht auf die neuartige Materialästhetik der Kupferstiche aufmerksam: „Haare und Fell, Baum und Busch,

Haut und Gewänder sind in ihrer realen Beschaffenheit so lebensnah wie nur möglich charakterisiert.“

Als Höhepunkt gelten die „drei Meisterstiche“ von 1513 und 1514: „Ritter, Tod und Teufel“, „Hieronymus im Gehäuse“

und „Melencolia I“. Die geflügelte Personifikation der Melancholie hat ihr Haupt in die linke Hand gestützt, während sie in der Rechten einen Zirkel hält. Dürer hat ihr zahlreiche Gegenstände zugesellt, darunter einen Hobel, eine Kugel, eine Leiter und eine Waage. Schauerte beurteilt diesen rätselhaften Kupferstich als eines „der Hauptwerke der Kunstgeschichte. Lange vor Abstraktion und Surrealismus ist hier offenbar das erste sinnvolle Kunstwerk entstanden.“

Die meisten Werke Dürers zeichnet jedoch Eindeutigkeit aus: Sie stehen im Dienst der frohen Botschaft. Die zentralen Themen sind Darstellungen der Passion Christi und Bilder der Gottesmutter.

„Besuche den Meister!“

Die Ehrung Dürers hat in Nürnberg eine lange Tradition. Hier ist ihm das älteste öffentliche Künstlerdenkmal Deutschlands gewidmet. Den Entwurf des 1840 enthüllten Bronzestandbildes lieferte der berühmte Berliner Bildhauer Christian Daniel Rauch. Bereits 1828 eröffnete die Stadt Deutschlands erste Künstlergedenkstätte: das am Tiergärtner Tor direkt unter der Kaiserburg gelegene Albrecht-Dürer-Haus. In ihm wohnte und arbeitete der Künstler von 1509 bis zu seinem Tod.

Schauerte, der von 2009 bis 2019 das Dürer-Haus geleitet hat, weist darauf hin: „Wo Dürer geschlafen, gegessen und vor allem gearbeitet hat, ist heute kaum mehr nachvollziehbar.“ Aber im Haus stellt eine Medienstation sein Leben und Werk vor. Im „Dürersaal“ sind wertvolle historische Kopien seiner berühmtesten Gemälde zu sehen. Und am 21. Mai geht ein neues Format an den Start: „Original Dürer!“ Von da an werden im viermonatigen Wechsel einige originale Druckgraphiken ausgestellt. Falls es die Corona-Lage zulässt, begeht das Haus Dürers Geburtstag mit der Aktion: „Besuche den Meister! Freier Eintritt bis Pfingstmontag.“

Zu den ersten Adressen für Bewunderer der Malerei Dürers gehört das Germanische Nationalmuseum mit Gemälden wie zum Beispiel der „Beweinung Christi“ (um 1499), dem fiktiven Porträt „Karls des Großen“ (um 1511/13) oder dem realen von „Kaiser Maximilian I.“ (1519), welcher der wichtigste Auftraggeber und Förderer des Künstlers war. Am Geburtstag Dürers offeriert das Museum von 17 bis 20 Uhr seinen anfangs erwähnten digitalen Gesprächs-Marathon. Neun Expertenduos greifen Themen aus Dürers Leben, Werk und Wirkung auf. Etwa sein Verhältnis zur Wahrsagerei oder die Prägung seines Schaffens durch die Bilderwelt seiner Pfarrkirche St. Sebald. Per Platzreservierung über das Internet kann man sich drei Expertengespräche auswählen, an denen man online teilnehmen möchte.

Auch Dürers Reisen sind Thema des digitalen Gesprächs-Marathons. Die letzte führte ihn 1520/21 zur Krönung Kaiser Karls V. nach Aachen sowie in die Niederlande. Ihr wird die Sonderschau in Aachens Suermondt-Ludwig-Museum nachgehen. Sie umfasst 40 Bilder und Skulpturen von Zeitgenossen Dürers sowie 100 Werke des Meisters selbst. Zu den Prunkstücken gehört das einzige Tafelbild, das Dürer auf der Reise malte: „Der heilige Hieronymus“ (1521), eine Leihgabe aus Lissabon. Es ist das am häufigsten kopierte Gemälde der älteren deutschen und niederländischen Kunstgeschichte, wie Schauerte darlegt.

● **Nürnberg** Das Albrecht-Dürer-Haus, Albrecht-Dürer-Straße 39, hofft auf baldige Wiedereröffnung: museen.nuernberg.de/duererhaus; www.gnm.de; **Aachen:** Die Ausstellung „Dürer war hier“ ist vom 18. Juli bis 24. Oktober im Suermondt-Ludwig-Museum geplant: suermondt-ludwig-museum.de. **Lesetipp** Thomas Schauerte, „Albrecht Dürer“, C.H. Beck Verlag, München 2020, 128 Seiten, 9,95 Euro



Konnte sich teure Mode leisten: Albrecht Dürer (1471–1528), „Selbstbildnis im Pelzrock“

KULTURLAND BRANDENBURG

An Arbeit mangelte es nicht

Brandenburg entdeckt die Industriekultur – Ehrgeizige Veranstaltungspläne in Zeiten der Pandemie

Die Industriekultur ist Themenschwerpunkt des diesjährigen der Veranstaltungsfestivals, welche unter der Marke Kulturland Brandenburg seit 1998 alljährlich in verschiedenen Orten des Bundeslandes und mit verschiedenen Schwerpunktthemen stattfinden. Stand schon vergangenes Jahr das Thema „Krieg und Frieden. 1945 und die Folgen in Brandenburg“ wegen der Pandemie unter keinem guten Stern, so bleibt auch dieses Mal vieles noch in der Schwebe. Einige Termine stehen aber schon fest.

Wegen der aus der Pandemie folgenden Unsicherheiten bei der Planung haben sich die Veranstalter entschlossen, in der Programmbroschüre keine Termine bekannt zu geben. Sicher aber scheint zu sein, dass die Eröffnung des Themenjahres unter dem Motto „Zukunft der Vergangenheit – Industriekultur in Bewegung“ am 4. Juni in der Borsighalle von Eberswalde ablaufen soll.

Die Stadt Eberswalde und das Finowtal gelten als die Wiege der Industrialisierung in Brandenburg und als das „märkische Wuppertal“. Die Region war lange Zeit ein Motor der industriellen Entwick-

lung in Brandenburg. Nach 1990 mussten viele Betriebe schließen. Mittlerweile gelingt es jedoch, mit modernen Produkten eine neue Industrie an traditionellen Standorten aufzubauen.

Seit dem 7. Mai kann man im Wustrauer Brandenburg-Preußen-Museum wieder die Ausstellung „(K)ein Kinderspiel – Kindheit und Industrialisierung“ betrachten. In der bis zum 5. Dezember laufenden Schau werden innovative Spielzeuge der Kaiserzeit ausgestellt und das Problem der Kinderarbeit im Industriezeitalter erörtert.

Im Museumsdorf Baruther Glashütte blickt man aktuell bis zum 15. August auf „Werkssiedlungen in Brandenburg“. Diese waren einst moderne Wohnformen des Industriezeitalters. Heute sind sie Orte des Kreativtourismus. Die Ausstellung blickt nicht nur auf die Entstehung und Entwicklung dieser besonderen Wohnformen. In der ehemaligen Baruther Arbeitersiedlung entsteht gleichzeitig eine Zukunftswerkstatt für Kreativschaffende.

Die ehemalige Selbstbedienungskaufhalle in Eisenhüttenstadt widmet sich vom 8. Juni bis 3. Oktober mit „Druschba

– Die Kulturkampagne zum Bau der Erdgasleitungen“ der „Druschba-Trasse“ (deutsch: Freundschaft), dem Abschnitt einer über 500 Kilometer langen Erdgasleitung in der DDR, welche damals zusammen mit den Sowjets gebaut wurde. Das Kunstarchiv Beeskow verfügt über eine größere Anzahl von Gemälden, Grafiken, Fotografien und Zeichnungen, die im Kontext der Trasse entstanden sind.

Von der Bronzezeit über die Eisenzeit bis zur Entstehung des Hüttenwerks in Peitz und dem Eisenhammer in Lauchhammer blickt das Stadtmuseum Cottbus mit der vom 1. Juli bis 7. November geplanten Ausstellung „3000 Jahre Lausitzer Industriekultur“. In Kooperation mit dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und dem Archäologischen Landesmuseum erklärt man die Wege der Energiegewinnung. Seien es Holz und Holzkohle, die den Bronze- und Eisenguss bestimmten, oder die Braunkohle und Braunkohlebriketts, ohne die das Textil- und Glasgewerbe nicht existiert hätte.

Das Landart-Projekt „Faser-Stoff-Papier 2.0“, das vom 4. bis 25. Juli am Bahnhof Großdörschau zu sehen sein soll,

stellt heute stillgelegte und teils als Denkmale erhaltene Industriebetriebe vor, die pflanzliche, tierische und chemische Fasern produzierten und verarbeiteten. Faserstoffe sind ein Querschnittsthema der Industriekultur im Nordwesten des Landes Brandenburg. Mit digital erfahrbar gemachten Objekten aus DDR-typischen Faserstoffen und Freiluft-Installationen bestücken Künstler die ehemalige Bahnstrecke in Großdörschau.

Weitere Veranstaltungen werden weitgehend digital ablaufen. So bündeln vier Museumsstandorte im Landkreis Ostprignitz-Ruppin mit dem Projekt „Papier, Spiegel, Schuhe & Kartoffel“ gemeinsame Interessen und präsentieren eine Ausstellung zur Industriekultur der Region, die nur online zu erleben ist. Dabei entsteht eine Route, die die teilnehmenden Museen – die Patent-Papierfabrik Hohenofen, das junge Museum Kyritz, das Wegemuseum Wusterhausen und das Technische Denkmal Gaswerk Neustadt (Dosse) – miteinander verbindet. *H. Tews*

● Aktueller Programmkalender

www.kulturland-brandenburg.de/events

● MELDUNGEN

In Verlängerung

Berlin – Die aktuelle Ausstellung „Rembrandts Orient“ des Museums Barberini wird um drei Wochen bis 18. Juli verlängert. Ursprünglich hätte die Schau nur bis zum 27. Juni laufen sollen. Um die durch die Lockdown-Unterbrechung hervorgerufenen finanziellen Verluste dieser aufwendigen Ausstellung in Grenzen zu halten, hat man sich mit den Leihgebern auf eine Verlängerung einigen können. *tws*

Napoleons Ende

Salenstein/Schweiz – Anlässlich des 200. Todestages von Napoleon Bonaparte am 5. Mai präsentiert das Napoleonmuseum Thurgau am Schweizer Bodensee bis 24. Oktober die Ausstellung „1821 Napoleons Ende: St. Helena, Arenenberg und die Geburt einer Legende“. Die Ausstellung auf Schloss Arenenberg, dem Exilsitz der Stieftochter und Erbin Napoleons, Hortense des Beauharnais, ist der einzige deutschsprachige Ausstellungsbeitrag zum weltweiten Napoleon-Jahr. Internet: www.napoleonmuseum.tg.ch *tws*

AMALIE DIETRICH

Die Sächsin forschte in Australien

Von 1863 bis 1873 sammelte und präparierte die sächsische Botanikerin und Naturforscherin Amalie Dietrich im Auftrag des Hamburger Unternehmers Johan Cesar Godeffroy in Australien Pflanzen, Tiere und indigene Kulturzeugnisse. Ihr Eifer und ihr Wagemut wurden legendär. Sie entdeckte rund 640 Pflanzenarten und präparierte 244 Vogelarten. Einige Käfer- und Schmetterlingsarten wurden nach ihr benannt. Kein anderer Forschungsammler hat in derart großem Umfang exotische Naturalien und ethnographische Objekte zusammengetragen.

Als Tochter eines armen Handschuhmachers kam Concordia Amalie Dietrich geborene Nelle am 26. Mai 1821 im sächsischen Städtchen Siebenlehn zur Welt. Dort heiratete sie 1846 den Apotheker und Naturforscher Wilhelm August Dietrich. Dieser gab seinen Beruf auf, um mit seiner Frau den gemeinsamen Lebensunterhalt als Naturaliensammler und -händler zu bestreiten. Von ihm lernte Amalie das Bestimmen, Sammeln und Präparieren von Pflanzen und Insekten. Die Herbarien und Insektenkästen lieferte das Ehepaar an Apotheken und Privatkunden in Sachsen und Berlin. Häufig unternahm sie monatelange Verkaufsreisen zu Fuß. Später zog Amalie allein mit einem Hundekarren bis ins Salzburger Land, durch Mittelddeutschland sowie nach Holland und Hamburg.

Die 1848 geborene Tochter Charitas war unterdessen bei fremden Menschen untergebracht. Charitas Bischoff geborene Dietrich veröffent-



Vor 200 Jahren geboren: Dietrich

lichte 1909 eine Biographie ihrer Mutter, die mehrfach aufgelegt wurde, jedoch als unzuverlässig gilt.

1861 trennten sich die Eheleute endgültig. Amalie lernte in Hamburg den wohlhabenden Überseehändler Cesar Godeffroy mit dem Beinamen „Südseekönig“ kennen, der ein privates Museum für Natur- und Völkerkunde einrichtete.

In seinem Auftrag stach sie im Mai 1863 in See. Die Fahrt führte sie ins heutige Brisbane. An der Ostküste Queensland unternahm sie ausgedehnte Sammeltouren. Den Ertrag, darunter auf Wunsch ihres Auftraggebers auch einige menschliche Schädel und Skelette, sandte sie nach Hamburg. Im März 1873 kehrte sie nach Hamburg zurück, wurde Kuratorin erst im Museum Godeffroy und später im Botanischen Museum in Hamburg. 1891 starb sie bei ihrer Tochter in Rendsburg an einer Lungenentzündung.

Nach dem Konkurs des Handelshauses Godeffroy 1879 wurde die Südseesammlung verkauft und zerstreut. Im Museum für Völkerkunde zu Leipzig befinden sich heute die ethnographischen Artefakte der Australiensammlung. *D. Jestrzemska*



Geeint gegen die Briten und die Juden: Der Großmufti von Jerusalem Mohammed Amin al-Husseini und Adolf Hitler 1941 in der Reichskanzlei in Berlin (v.l.) Foto: akg images

ZWEITER WELTKRIEG

„Die arabische Freiheitsbewegung ist unser natürlicher Bundesgenosse“

Im Geiste der Weisheit, dass der Feind eines Feindes ein Freund ist, reagierte Adolf Hitler vor 80 Jahren auf einen Hilferuf aus Bagdad mit der Weisung Nr. 30 für die Kriegführung (Mittlerer Orient)

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im April 1941 kam es in dem zum britisch beherrschten Teil Arabiens gehörenden Königreich Irak zu einem Militärputsch arabisch-nationalistischer Offiziere gegen das probritische Regime. Großbritannien reagierte auf den Putsch mit einer Verstärkung seiner Truppen im Irak und besetzte am 17. April 1941 das strategisch wichtige Basra. Die neue irakische Regierung reagierte hierauf ihrerseits, indem sie den großen britischen Luftwaffenstützpunkt in Habbaniya umstellen ließ. Angesichts der nun zu erwartenden Gegenmaßnahmen Londons richtete der Irak am 2. Mai 1941 ein offizielles Hilfsersuchen an das Deutsche Reich. Am Tag danach griffen britische Flugzeuge tatsächlich die irakischen Stellungen bei Habbaniya an.

Militärputsch in Bagdad

Berlin beschloss daraufhin die Entsendung einer Militärmission unter dem Kommando des Generals der Flieger Hellmuth Felmy. Dieser Sonderstab F sollte den Einsatz von Luftwaffeneinheiten im Irak koordinieren. Ihm unterstellt war das Sonderkommando Junck unter der Führung von Oberst Werner Junck mit zwölf Jagdbombern vom Typ Messerschmitt Bf 110 und zwölf Bombern Heinkel He 111. Darüber hinaus wurden mit Duldung des Französischen Staates Waffen, Munition und Kraftfahrzeuge für die neue irakische Regierung über das französische Völkerbundsmandatsgebiet Syrien und Libanon in den Irak geliefert.

Am 12. Mai 1941 sollte das Vorauskommando der Luftwaffe in Bagdad landen. Irrtümlicherweise beschlossen die Iraker die anfliegende He 111, wodurch Major Axel von Blomberg, der Sohn des früheren Reichswehr- und Reichskriegsministers Generalfeldmarschall Werner von Blomberg, ums Leben kam. Auch der

„Steigerung der Propaganda im Mittleren Orient ist Aufgabe des Auswärtigen Amtes, das hierzu mit dem Oberkommando der Wehrmacht (WFSt/WPr) zusammenarbeitet. Grundgedanke der Propaganda ist: ‚Der Sieg der Achse bringt den Ländern des Mittleren Orients Befreiung vom englischen Joch und damit Selbstbestimmungsrecht. Wer die Freiheit liebt, tritt daher in die Front gegen England ein.‘“

Adolf Hitler
in der Weisung Nr. 30 für die
Kriegführung (Mittlerer Orient)

Einsatz des Sonderkommandos Junck stand unter keinem guten Stern. Es mangelte an Ersatzteilen, Munition und Treibstoff, sodass den deutschen Maschinen letztlich nur einige Nadelstiche gegen die Briten gelangen.

Damit war die deutsche Intervention im Irak praktisch schon gescheitert, als Adolf Hitler am 23. Mai 1941 seine Weisung Nr. 30 für die Kriegführung (Mittlerer Orient) erteilte, in der er weitere Waffenlieferungen und „Hilfeleistung durch die Luftwaffe“ mit der Begründung anordnete: „Die arabische Freiheitsbewegung ist im Mittleren Orient unser natürlicher Bundesgenosse gegen England. In diesem Zusammenhang kommt der Erhebung des Irak besondere Bedeutung zu. Sie stärkt über die irakischen Grenzen hinaus die England feindlichen Kräfte im Mittleren Orient, stört die englischen Verbindungen und bindet englische Truppen sowie englischen Schiffsraum auf Kosten anderer Kriegsschauplätze.“

Dass Hitler so viele Hoffnungen auf die Araber setzte, resultierte nicht zuletzt aus einem im Radio gesendeten Aufruf des Großmuftis Mohammed Amin al-Husseini an sämtliche Muslime zum Heiligen Krieg gegen Juden und Briten.

Trotzdem gelang es den Briten, bis zum 30. Mai 1941 nach Bagdad vorzustoßen und die irakischen Putschisten zu entmachten. Daraufhin unterzeichnete der aus dem Exil zurückgekehrte probritische Regent Abd ul-Ilah einen Waffenstillstand mit London, während sich die Angehörigen des Sonderkommandos Junck und des Sonderstabes F über Rhodos nach Deutschland zurückzogen.

Erfolgreiche deutsche Intervention

Um zukünftige Bedrohungen der britischen Positionen im östlichen Mittelmeerraum durch arabische Nationalisten und Dschihadisten abzuwenden, ließ Großbritanniens Premier Winston Chur-

chill zwischen dem 8. Juni und dem 14. Juli 1941 das französische Völkerbundsmandatsgebiet Syrien und Libanon im Rahmen der Operation Exporter mit Waffengewalt besetzen.

Asyl für Großmufti in Deutschland

Hitler versuchte währenddessen weiterhin, die islamische Welt auf die deutsche Seite zu ziehen, getreu dem Motto, der Feind eines Feindes ist ein Freund. Eine Schlüsselrolle hierbei spielte al-Husseini, der sich im Herbst 1941 nach Deutschland absetzen konnte. Über den Berliner Sender „Stimme des Freien Arabertums“ rief der Palästinenser bis Kriegsende unablässig zur Vernichtung der Juden und ihrer Helfershelfer in England, Russland und Amerika auf. Darüber hinaus organisierte er Spionageeinsätze im Nahen und Mittleren Osten, traf Vorbereitungen für den Holocaust an den Juden in seiner Heimat nach einem Sieg der Achse in Nordafrika und unterstützte die Aufstellung muslimischer Kampfverbände der Wehrmacht und der Waffen-SS.

Das Personal dieser Verbände kam allerdings nur in den seltensten Fällen aus der arabischen Welt, sondern zumeist aus deutschen Kriegsgefangenenlagern. Viele in deutsche Kriegsgefangenschaft geratene muslimische Rotarmisten aus den mittelasiatischen Teilen und den Kaukasusrepubliken der UdSSR waren erbitterte Feinde Josef Stalins und bereit, gegen den sowjetischen Diktator zu kämpfen. Ebenso warb der Großmufti auch unter den Moslems des Balkans Freiwillige an.

Durch diese Waffenbrüderschaft von Moslems und Deutschen schufen die Nationalsozialisten letztlich die Grundlage für die Entstehung der ersten islamischen Gemeinden in der Bundesrepublik, denn nicht alle Angehörigen der muslimischen Hilfstruppen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten zwangsrepatriert oder liquidiert.

VON HEIDRUN BUDE

Religion sei „das Opium des Volkes“, diese Kritik von Karl Marx wurde schon Kindern in den Schulen der DDR gelehrt. Die Kirche war stets ein Konkurrent bei der ideologischen Vereinnahmung der Menschen. Misstrauen und eine subtile Kontrolle prägten das Verhältnis zwischen Staat und Kirche.

1982 unterbreitete ein Rostocker Pfarrer der Klinik für Innere Medizin den Vorschlag, einen unentgeltlichen Pflegedienst zur Verfügung zu stellen. Dieses Angebot wurde abgelehnt, und heute ist in den Akten der SED-Bezirksleitung nachzulesen, warum:

„Entsprechend den gesetzlichen Regelungen machen kirchliche Vertreter von der Möglichkeit Gebrauch, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen auf Wunsch von Patienten seelsorgerisch zu wirken. So finden beispielsweise in den Pflegeheimen Jessin und Griebenow regelmäßig kirchliche Kulthandlungen statt. Darüberhinaus gibt es Versuche von kirchlichen Kreisen, ihren Spielraum auszuweiten. Der Rostocker Pfarrer Kegebein hat z. B. der Klinik für Innere Medizin der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock angeboten, für einen unentgeltlichen Pflegedienst vor allem an Wochenenden und Feiertagen junge Menschen zur Verfügung zu stellen. Wir werten es als Ausdruck gewachsener politischer Reife und Geschlossenheit, daß solche und ähnliche Versuche und Provokationen, im Gesundheits- und Sozialwesen breiten Einfluß zu gewinnen, stets fehlgeschlagen sind.“

Inszenierung durch die SED

Offiziell entspannte sich das Verhältnis Staat-Kirche in den 80er Jahren. Intern sah das ganz anders aus. Pfarrer Peter Kegebein war Katholik, und seine Kirche stand dem SED-Staat stets kritisch gegenüber, was dazu führte, dass derartige soziale Engagement in öffentlichen Einrichtungen abgewiesen wurde.

Anders entwickelte sich das in der evangelischen Kirche. Nach einer Zeit der heftigen Auseinandersetzungen in den 50er und 60er Jahren kam die Formel „Kirche im Sozialismus“ auf. Bischof Albrecht Schönherr formulierte 1971: „Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein.“

Am grundsätzlichen Misstrauen der SED-Funktionäre änderte dieses Zugeständnis allerdings nichts. Insbesondere der Einfluss westlicher Kirchen war in der DDR gefürchtet. 1972, dem Jahr des Abschlusses des Grundlagenvertrages, regelte Innenminister Friedrich Dickel am 12. September in einer „Vertraulichen

Verschlusssache I 020 488“, dass Einreiseanträge kirchlicher Vertreter „gründlich geprüft werden“ mussten, und weiter: „Bei Bürgern der BRD ist vor der Entscheidung die Zustimmung des Staatssekretärs für Kirchenfragen einzuholen.“ Der SED-Funktionär Hans Seigewasser hatte dieses Amt von 1960 bis 1979 inne, gefolgt von Klaus Gysi.

In der „Vertraulichen Verschlusssache“ des Innenministers fallen diese Vorgaben besonders auf: „Anträge von Geistlichen, Amtsträgern und sonstigen Vertretern ‚gesamtdeutscher kirchlicher Gremien‘ und von ‚Patengemeinden‘ sind abzulehnen. ... Einreisen von Kirchenchören und kirchlichen Laienspielgruppen sind nicht zu genehmigen.“ Nur wenn der Staatssekretär für Kirchenfragen „in Ausnahmefällen“ eine Zustimmung erteilte, durften diese Personengruppen einreisen. Auch die Teilnahme westlicher Gäste an Kirchentagen in der DDR war von der Gunst des Staatssekretärs abhängig.

Wie groß das Misstrauen war, zeigt sich heute in den zugänglichen Akten der ehemaligen SED-Bezirksleitung Rostock. Vom 10. bis 12. Juni 1983 veranstaltete die evangelische Kirche eine „kirchliche Martin-Luther-Ehrung“ unter dem Thema: „Vertrauen wagen“. Eigentlich war die Zentrale Organisationsgruppe bei den Landeskirchen (ZORG) für die Vorbereitung dieser Veranstaltung zuständig. Doch die SED übernahm im Hintergrund die Oberaufsicht: „Zur parteimäßigen Koordinierung und Kontrolle der politischen Aktivitäten zum Kirchentag im Rahmen der Luther-Ehrungen 1983 wird eine Arbeitsgruppe bei der Bezirksleitung Rostock der SED ... gebildet. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, in Vorbereitung und Durchführung des Kirchentages auf die verantwortlichen kirchlichen Vertreter Einfluß zu nehmen, daß die vorgesehenen kirchlichen Aktivitäten mit den Interessen unseres Staates übereinstimmen, seine Politik unterstützen, daß vor allem die friedensbeschützende und friedensbewahrende Rolle unseres

DDR

Keine Partnerschaft auf Augenhöhe

Das Verhältnis zwischen dem „Opium des Volkes“ und dem „Arbeiter- und-Bauern-Staat“ war ambivalent. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der „Kirche im Sozialismus“ fand bisher kaum statt

sozialistischen Staates uneingeschränkt zur Geltung kommt.“

Diese Arbeitsgruppe der SED hatte 14 Mitglieder. Darunter der Abteilungsleiter für Agitation der Bezirksleitung, der Oberbürgermeister der Stadt, der Mitarbeiter für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes, der stellvertretende Leiter der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit und der Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei.

Zur Zielstellung der „massenpolitischen Arbeit“ bei der Vorbereitung des Kirchentages ist zu lesen: „Notwendig ist vor allem eine verstärkte Einflußnahme auf die Gemeindepfarrer, Kirchengemein-

des Rates des Bezirkes statt. Hier diktierte die SED ihre Bedingungen:

„– Einordnung in die politischen und gesellschaftlichen Zielsetzungen der Lutherlehre in der DDR

– Der Kirchentag muß den Geist und den Charakter des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, vom 6.3.78 widerspiegeln ...

– Sicherung einer hohen Organisation sowie eines ständigen Zusammenwirkens mit den staatlichen Organen

– Verhinderung jeglicher politischer, provokatorischer Aussagen“.

Von kirchlicher Seite gab es keinen Widerstand: „Bischof Rathke bezeichnete diese Kriterien auch als seinen Interessen entsprechend.“ Der Kirchentag durfte stattfinden, und in den Medien wurde über eine große kirchliche Veranstaltung berichtet. Die angewiesene Inszenierung durch die SED im Hintergrund fand keine Erwähnung.

Großzügiger waren die SED-Genossen nur, wenn sie dadurch erhebliche Vorteile hatten. So berichtete Kapitän Gerd Peters, dass das DDR-Urlauberschiff „Völkerfreundschaft“ im Dezember 1978 an das schwedische Unternehmen Stena-Line mit Besatzung verchartert wurde. Im Kinosaal des Schiffes fand jeden Sonntag ein Gottesdienst und jeden Morgen eine Andacht statt, die ein Geistlicher der schwedisch-lutheranischen Staatskirche vornahm. Höhepunkte der Reise waren drei kirchliche Hochzeiten mit Serviceleistungen durch das Bordpersonal. Dieses Geschäft verschaffte dem SED-Staat zwei Vorteile. Einerseits demonstrierten sie weltöffentlich eine Toleranz gegenüber der Kirche, die es tatsächlich in der DDR nicht gab, und andererseits nahmen sie die heißbegehrten Devisen ein, die sie dringend für die Unterhaltung der „Völkerfreundschaft“ brauchten.

Das Verhältnis zwischen Kirche und SED-Staat war ambivalent. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe war es nicht, und eine kritische Auseinandersetzung über die Rolle der „Kirche im Sozialismus“ fand bisher kaum statt.

„Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein“

Bischof Albrecht Schönherr
Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR
1969–1981

deräte, Synodale und kirchlichen Mitarbeiter. Sie sind zu veranlassen, mit ihren Erkenntnissen und Erfahrungen über den realen Sozialismus positiv auf den Verlauf des Kirchentages einzuwirken. Darauf sind alle Arbeitsgruppen ‚Christliche Kreise‘ bei den Ausschüssen der Nationalen Front zu orientieren. Das setzt auch eine noch wirksamere Einbeziehung der Freunde der CDU und der anderen Blockparteien voraus.“

Kein Widerstand seitens der Kirche

Am 18. Juni 1982, ein Jahr vor der Veranstaltung, fand ein Gespräch zwischen dem Landesbischof Heinrich Rathke und dem Genossen Haß von der Abteilung Inneres

ALOYSIUS MUENCH

Segensreicher Visitor aus den USA

Pius XII. hatte früh erkannt, dass Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut werden musste. Der Papst kannte das Land, in dem er zwölf Jahre als Nuntius gelebt hatte, aus erster Hand. Als erstes starkes Zeichen der Hochschätzung für das besiegte Deutschland hatte der Pontifex Maximus bereits am 16. Februar 1946 gleich drei Deutsche, die Bischöfe von Köln, Münster und Berlin, Josef Frings, Clemens August Graf von Galen und Konrad Graf von Preysing, ins Kardinalkollegium berufen. Zu seinem Vertreter in Deutschland wählte der Bischof



Wurde vor 75 Jahren Visitor für Deutschland: Aloysius Muench

von Rom den deutschstämmigen Bischof von Fargo, Aloysius Muench, der sein Bischofsamt im US-Bundesstaat North Dakota jedoch beibehielt.

Muench war 1889 in Milwaukee im US-Bundesstaat Wisconsin, einem Zentrum der deutschen Einwanderung in den USA, als Sohn deutscher Einwanderer zur Welt gekommen. Nach seiner Priesterweihe war er Professor am Salesianum in Milwaukee und 1929 Dekan der dortigen theologischen Fakultät geworden. Der Vertreter des „Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen“ in den USA wurde 1935 zum Erzbischof von Fargo ernannt. In seiner Diözese stellten Russlanddeutsche die Hälfte der Bevölkerung.

Am 15. Mai 1946 wurde Muench zum Apostolischen Visitor und Leiter der Päpstlichen Mission für die Flüchtlinge in Deutschland sowie zum Armeebischof der US-Streitkräfte in Deutschland ernannt. Als US-Armeebischof hatte er Privilegien und kam an Informationen, die deutsche Bischöfe nicht hatten. Von seinem Dienstsitz im Taunus in Kronberg in der Nähe des US-Hauptquartiers in Frankfurt am Main koordinierte er die Aufnahme der Vertriebenen und die Hilfsmaßnahmen für das zerstörte Deutschland.

Während sein Sekretär und seine rechte Hand, der deutsche Jesuit und Kirchenrechtler Ivo Zeiger aus Mömbris im Spessart, zunächst den Großteil der Arbeit im Zusammenhang mit Gefangenenbetreuung, Suchdienst und Flüchtlingsfragen erledigte, agierte Muench im Hintergrund. Er organisierte die ersten Hilfsleistungen für das kriegszerstörte Deutschland – zunächst Lebensmittel, später auch andere Güter – und legte die Grundlage dafür, dass vom Taunus aus die Aufnahme der Vertriebenen in ganz Westdeutschland organisiert wurde. 1949 wurde er der erste Nachkriegsnuntius in Deutschland. 1962 starb er in Rom. Bodo Bost



Nur äußerlich auf Augenhöhe: Der Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen mit Bischof Albrecht Schönherr (ganz rechts vorne) und Parteichef Erich Honecker (gegenüber) am 6. März 1978 in Berlin

Foto: SZ Photo

VON ERIK LOMMATZSCH

Klagen über die uns umgebende „Narrenbühne Welt“ sind derzeit Legion. Die „Rangordnung des Normalen“ werde ausgehöhlt, Gleichberechtigung mit Gleichstellung verwechselt, kritisiert der evangelische Theologe Friedemann Richert. Probleme der Einwanderung, die Unvereinbarkeit der offenen europäischen Gesellschaft „mit der geschlossenen tribalistischen Kultur der islamischen und afrikanischen Länder“ werden geleugnet. Nicht nur in Deutschland, auf dem Kontinent insgesamt sei „der Gedanke der Bewahrung der lateinisch geprägten Kultur Europas und der Heimat verloren gegangen“. Es werde eine „eigentümliche Erhebung zur selbstgewollten Heimatlosigkeit politisch, medial und institutionell zelebriert“.

Richert, seit 2011 Dekan des Kirchenbezirks Künzelsau, zeigt diese Problemlagen auf. Allerdings belässt er es nicht bei dieser Bestandsaufnahme. In seiner knizisen Darstellung „Das lateinische Gesicht Europas. Gedanken zur Seele eines Kontinents“ (Evangelische Verlagsanstalt Leipzig) wirft er auch einen Blick auf die Wurzeln dessen, was es zu bewahren gelte. Vieles davon ist gewohnt, alltäglich und selbstverständlich, aber das Wissen oder Bewusstsein, dass es sich um originäre Hervorbringungen des eigenen Kulturkreises handelt, ist kaum noch vorhanden.

Einzigartige Ideengeschichte

Herausgestellt wird das berühmte Diktum des Philosophen Odo Marquart „Zukunft braucht Herkunft“. Richert zitiert häufig aus der „Pariser Erklärung“, deren Thesen er mit seinen Betrachtungen untermauert. In jener Erklärung unter der Überschrift „Ein Europa, wo(ran) wir glauben können“ hatte 2017 eine Reihe namhafter konservativer Intellektueller aus verschiedenen Ländern (aus Deutschland beispielsweise Robert Spaemann) die gegenwärtige Entwicklung scharf kritisiert. In dem Text finden sich Sätze wie „Der Nationalstaat ist das Markenzeichen Europas“ oder die Feststellung, „Multikulturalismus funktioniert nicht“.

Richert postuliert, „der Dreiklang von Antike, Christentum und Aufklärung“ habe „Europa zu einem lebenswerten Kontinent gemacht. Und dieser Dreiklang sei es gewesen, der Europa sein „lateinisches Gesicht“ gegeben habe. Im Einzelnen handele es sich bei diesem lateinischen Erbe um die mit der Spätantike einsetzende Prägung durch die lateinische Kirche, die lateinische Schrift und das lateinische Recht.

Für Europa und seine Ideengeschichte sei das lateinische Christentum mit der lateinischen Kirche die „geistige Mutter“. Und der Theologe bleibt im Bild, wenn er ausführt, man könne die Mutter lieben und ehren oder sich distanzieren und ab-



„Entdecker der unaufhaltsam fließenden Zeit“: Kirchenvater Augustinus (M.) auf einem Gemälde aus der Renaissance-Zeit

Foto: Mauritius

EUROPA

Ein starkes Plädoyer für den Wert des Eigenen

Die Besinnung auf das „lateinische Gesicht“ des Kontinents sei dringend geboten, fordert der Theologe Friedemann Richert. Er nimmt die Fundamente unserer Kultur mit überraschender Schärfe in den Blick

schwören, aber los werde man sie letztendlich nicht.

Auf eine Vielzahl dieser geistig-kulturellen Fundamente, die man sich nur äußerst selten vergegenwärtigt, verweist „Das lateinische Gesicht Europas“. Da wäre die Sache mit der Zeitvorstellung. Das Christentum sei es gewesen, das die damals gängige Überzeugung abgelöst habe, der sich wiederholende Kreislauf sei eine feste Ordnung. Die vorherige Auffassung, eine stehende Vergangenheit sei lediglich zu bewahren und das Alte sei vor – als ausschließlich negativ betrachteter – Veränderung zu schützen, werde bis heute vom orthodoxen Islam vertreten.

Das Christentum hingegen setze auf eine gute Zukunft, zum Ausdruck gebracht werde dies etwa im Adventszyklus, der im Jahr 490 erstmals gefeiert wurde. Nach Richert wird der Advent in seiner Wirkungsgeschichte oft unterschätzt. Die Idee, dass sich Bestehendes in künftig Besseres wandeln lässt, könne als geistiger Ursprung „für die so typisch westliche Sozialkritik“

bezeichnet werden, auch wenn der Begriff selbst erst wesentlich später entstanden sei. Als „Entdecker“ der „linearen, unaufhaltsam fließenden Zeit“ gelte der Kirchenvater Augustinus, ebenso gehe auf ihn das Bewusstsein der Existenz des Entwicklungsabschnittes „Kindheit“ zurück sowie die „psychologische Erschließung des Ichs“. Das lineare Zeitverständnis sei auch Voraussetzung für den neuzeitlichen Geschichts- und Fortschrittsbegriff.

Unterschied zur islamischen Kultur

Der spätantike Gelehrte Boethius führte den Begriff des Abstrakten ein und vor allem den der „Person als Bezeichnung für die Würde des Menschen“. Dieser Würdebegriff habe sich nur dort durchgesetzt, wo „das lateinische Christentum die beherrschende Kultur war und ist“. Die Universalität sei „eine Erfindung aus dem Geist der lateinischen Kirche par excellence“.

Der mittelalterliche Scholastiker Thomas von Aquin habe die Kategorien Glaube und Vernunft „miteinander ins Ge-

spräch“ gebracht. Verbunden mit Martin Luther und mit der Reformation sei der Gedanke, dass es jedem einzelnen möglich sei, sich auf die Freiheit des Gewissens zu berufen. Gewissen wiederum führe in Verantwortung. Die Beichte, so Richert, könne „als Geburtsort des Individuums verstanden werden“.

Das Heimatstiftende der Schrift, für Europa der lateinischen Schrift, ist nach Richert von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Zehn Gebote zählten zum „sittlichen Grundbestand Europas“. Dass einmal geschlossene Verträge einzuhalten sind, sei „ein Grundstein der europäischen Rechtskultur“. Hier bestehe ein wesentlicher Unterschied zur islamischen Kultur, dort sei das ethische Maß zur Einhaltung eines Vertrages „primär der Nutzen für den Islam“.

Der Ewige Landfrieden, verkündet 1495 unter Maximilian I., sei ein Meilenstein auf dem Weg zum Gewaltmonopol des Staates gewesen. Diese Idee habe sich „nur im christlich geprägten Kulturkreis

Europas“ durchgesetzt. Ein weiterer Strang ist laut Richert die geistesgeschichtliche Entwicklung über den Humanismus, verbunden mit der Idee der gegenseitigen Anerkennung, der Einsicht, auch der Andere könne recht haben. „Diese Einsicht aber ist die Grundvoraussetzung für die in Europa viel gepriesene Toleranz, eine Haltung, die dem Islam völlig fremd, ja zuwiderlaufend ist.“ Ebenso sei die Aufklärung eine „rein europäische Geistes- und Bildungsgeschichte“, die „dem mündigen Menschen, der aufklärten Vernunft, der Religionsfreiheit und dem weltanschaulich neutralen Staat das Wort redet“.

Das Gesicht Europas, so Richert, leuchte jedem freundlich entgegen, der seine Kulturgeschichte, Traditionen, sein Recht, seine Sitten und seine „lateinische Prägung“ respektiere. Sein Buch ist aber vor allem ein starkes Plädoyer für die dringend nötige Rückbesinnung Europas auf das Eigene. Man darf auch ruhig das Wort „Leitkultur“ verwenden.

VEREINIGTE STAATEN

US-Bundesstaaten stellen sich gegen linke Rassenlehre

„Kritische Rassentheorie“ trifft auf immer mehr Widerstand: Idaho verbietet die Ideologie von den Schulen, weitere Staaten folgen

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt im Januar begann der neue US-Präsident Joe Biden Entscheidungen seines Amtsvorgängers Donald Trump rückgängig zu machen. Mitbetroffen von der Rückabwicklungswelle war auch Trumps Anordnung, dass Bundesbehörden keine „Vielfalts-“ („Diversity“-)Schulungen mehr anbieten, die auf der „Kritischen Rassentheorie“ („Critical Race Theory“) beruhen.

Basierend auf Bidens Erlass aus dem Januar legte das Bildungsministerium im April einen Vorschlag zur Aktualisierung des Unterrichts zur US-Geschichte vor. Als Ziel nannte das Ministerium ausdrücklich wieder die Einbeziehung von

diversen rassischen, ethnischen und kulturellen Perspektiven in den Unterricht. Doch vor allem in Bundesstaaten, die von den Republikanern regiert werden, wächst trotz solcher Bemühungen der Biden-Regierung der Widerstand gegen die Verbreitung der „Kritischen Rassentheorie“.

Ausdrücklich gegen „Wokeness“

Der republikanische Gouverneur von Idaho, Brad Little, unterzeichnete im April ein Gesetz, das den Schulen in seinem Bundesstaat untersagt, die Schüler im Unterricht mit der „Kritischen Rassentheorie“ zu indoktrinieren. Das Gesetz gibt Schulen und Universitäten Idahos

zudem vor, Schüler und Studenten nicht dahin zu lenken, dass sie sich direkt für Aktionen verantwortlich fühlen, die in der Vergangenheit von Angehörigen desselben Geschlechts, der selben Rasse, Ethnie, Religion, Hautfarbe oder nationalen Herkunft begangen wurden. Ähnliche Gesetze gegen die Verbreitung der „Kritischen Rassentheorie“ gibt es inzwischen auch in Tennessee, Texas, Oklahoma, Arizona und Arkansas.

Auf große Akzeptanz stößt zudem eine Internet-Lernplattform namens „American Scholars“, die sich ganz ausdrücklich von der „Woke“-Ideologie abgrenzt. Das Projekt wurde vor einigen Monaten von

Matthew Pohl ins Leben gerufen. Pohl hat früher an der Universität von Pennsylvania als Verwaltungsbeamter für Zulassungen gearbeitet. Wie nun berichtet wird, haben Hunderte Lehrkräfte, darunter auch prominente Namen, angeboten, bei dem Online-Bildungsangebot mitzuarbeiten. Gründer Pohl sieht sein Unternehmen als Gegenpol zur quasi-marxistischen „Wokeness“-Ideologie, die an immer mehr Schulen und Universitäten der USA um sich greift.

„Gefährdet den Zusammenhalt“

Im US-Repräsentantenhaus hat Anfang Mai der republikanische Abgeordnete

Mark Green einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die „Kritische Rassentheorie“ von Ausbildungseinrichtungen des US-Militärs verboten werden soll. Green, selbst Absolvent der renommierten Militärakademie in West Point, sagte zu seinem Vorstoß: „Die Militärakademien der Vereinigten Staaten sind dafür vorgesehen, Führer und Kämpfer für das Gefecht auszubilden – Männer und Frauen jeder Rasse, Herkunft und Religion. Die Trennung durch die ‚Kritische Rassentheorie‘ zerstört den nötigen Zusammenhalt, der notwendig ist, um im Gefecht zu gewinnen und die Nation zu verteidigen.“

Norman Hanert



MUSEUMSERÖFFNUNG

Postkarten im ehemaligen Brückenwärterhaus

Nach Pächterwechsel: Der Innenraum wurde renoviert und steht der Öffentlichkeit zur Besichtigung frei

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die meisten der Museen und Ausstellungen, die in den letzten Jahren in Königsberg und der Region unter Beteiligung privater Investoren eröffnet wurden, sind in historischen Gebäuden, Bastionen und Toren untergebracht. Jedes von ihnen hebt auf die eine oder andere Weise die Geschichte der Region hervor.

Vor Kurzem wurde in Königsberg ein neues privates Museum eröffnet, das im kleinsten Gebäude des Stadtzentrums untergebracht ist, das jedem Einwohner der Stadt bekannt ist und das durch seine architektonische Besonderheit auffällt. Es handelt sich um das ehemalige Brückenwärterhaus am Pregel, das schon immer durch sein anmutiges Profil und seine kompakte Größe auf sich aufmerksam gemacht hat.

Lange Zeit vernachlässigt

Gebaut wurde das Gebäude im späten 19. Jahrhundert. Damals wurde in Königsberg die Hohe Brücke, welche die Insel Lomse mit der Vorstadt verband, umgebaut. Der Hebemechanismus war zuvor auf einem der Pfeiler der Brücke platziert. Dies erwies sich für die Wartung als ungünstig, sodass in der Nähe ein kleines neugotisches Gebäude für die hydraulischen Pumpen und Maschinen gebaut wurde. Das elegante Häuschen mit einem Turm gleicht einem winzigen Schloss. Den Zweiten Weltkrieg hat es heil überstanden, doch in der Nachkriegszeit stand es lange Zeit leer. In den frühen 2000er Jahren wurde das Gebäude in Ordnung gebracht, und im Jahr 2007 erhielt es per Erlass der Königsberger Gebietsregierung den Status eines Kulturerbe-Objekts von regionaler Bedeutung. Dennoch wurde es in den vergangenen Jahren nicht genutzt.

Seit Kurzem hat ein privates Postkartenmuseum seine Türen für die Öffentlichkeit geöffnet. Die Idee zur Gründung einer solchen Ausstellung hatte der Unternehmer und neue Pächter Michail Popow bereits 2018. Das leerstehende Ge-



Schmuck restauriert: Im Inneren des Hauses, das früher die Brückenmechanismen beherbergte, lockt eine Ausstellung Foto: J.T.

bäude konnte er aber nicht sofort nutzen, da noch Verhandlungen mit den Vormietern liefen.

Im neuen Postkartenmuseum befinden sich im Erdgeschoss ein Café und ein kleiner Ausstellungsraum. Die eigentliche Ausstellung befindet sich aber eine Etage höher. Aktuell besteht die Sammlung des Museums aus etwa 650 Postkarten, von denen die älteste aus dem Jahr 1871 stammt. Sie wurde von Irland nach London geschickt. Es gibt eine Postkarte aus dem zaristischen Russland aus dem Jahr 1878. Die meisten Postkarten sind jedoch in deutscher Sprache geschrieben und wurden meist von Königsberg aus in andere deutsche Städte verschickt.

Die ersten kompletten Postkartensätze der Nachkriegszeit erschienen in Königsberg erst in der zweiten Hälfte der

300.000

Exemplare einzelner Ansichtskarten von Königsberg wurden in den 1980er Jahren in Moskauer Verlagen gedruckt und auch erfolgreich verkauft

1980er Jahre. Während der Perestrojka wurde es möglich, architektonische Strukturen aus der Vorkriegszeit, zivile Gebäude, Festungen, Bastionen und Villen auf Fotografien darzustellen. Bis dahin gab es die Vorschrift, sie in gedruckten Ausgaben nicht abzubilden. Wenn man bedenkt, dass mit dem Wiederaufbau und der akti-

ven Restaurierung der Reste des Königsberger Zentrums erst in den späten 1970er Jahren begonnen wurde, wird klar, warum vorher keine Ansichtskarten veröffentlicht werden durften.

Erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erschienen mehrere Postkartensätze von Königsberg, die in Moskauer Verlagen in – für heutige Verhältnisse – riesigen Auflagen gedruckt wurden. Einige von ihnen erreichten 300.000 Exemplare. Sie sollten die wachsende und sich entwickelnde Stadt bekannt machen.

Diese Postkarten mit modernen Ansichten von Königsberg waren bei den ersten Touristen aus der Bundesrepublik, die in den 1990er Jahren kamen, sehr beliebt. Ihnen war es zu verdanken, dass diese riesigen Auflagen sehr schnell ausverkauft waren. Diese bekannten Postkarten

kommen in der Ausstellung des Brückenwärterhauses jedoch nicht vor, was ziemlich seltsam anmutet.

In Königsberg verschwinden Postkarten immer mehr aus den Schaufenstern der Souvenir-Kioske und Buchläden. Das erste, was man in den Souvenirläden anderer europäischer Städte findet, ist normalerweise eine riesige Auswahl an Postkarten mit bunten Sehenswürdigkeiten. Nur nicht in Königsberg. Am Eingang des neuen Museums gibt es einen kleinen Souvenirladen, in dem der Besucher Poster mit Stadtansichten sowie Kalender und heißen Kaffee kaufen kann. Aber es gibt keine Ansichtskarten der Stadt, was man in einem Postkarten-Museum eigentlich erwarten dürfte.

Exponate wirken noch ungeordnet

Die Ausstellung selbst macht zurzeit noch einen provisorischen und ziemlich unübersichtlichen Eindruck. Die Informationstafeln wirken wie zufällig zusammengestellt. Die ausgestellten Postkarten sind ohne begleitende Informationen über ihre Urheberschaft, ihr Ausgabejahr oder ihre Beschreibung aufgeklebt, obwohl diese Informationen eigentlich bekannt sein sollten. Tatsächlich handelt es sich um eine Ausstellung der Privatsammlung des Initiators der Ausstellung, Michail Popow.

Es wäre wünschenswert, dass es ein echtes Museum mit Postkarten wird, das der Geschichte und der Moderne Königsbergs, seinen Epochen und seinen bemerkenswerten Sehenswürdigkeiten im Stadtzentrum gewidmet ist. Schließlich verändert sich die Stadt ständig, und ihre Entwicklung ist in den Kunstpostkarten, die seit 30 Jahren von Fotografen herausgegeben werden, anschaulich festgehalten worden.

Das Gebäude des Brückenwärterhauses selbst ist nach dem Einzug der Ausstellung im Inneren sehr gut gepflegt. Und die Anwesenheit eines Dauermieters, der sich um das Gebäude kümmert, wird es möglich machen, es weiter zu verbessern.

FRÜHLING

Das nördliche Ostpreußen putzt sich heraus

Landschaftsbauarbeiten in der gesamten Region – „Gartenstadt 2.0“ soll an Sowjetzeit anknüpfen

Im vergangenen Frühjahr war es recht warm, und die Pflanzen haben kräftig geblüht. Wegen der angeordneten Corona-Quarantäne hatten die meisten keine Chance, sich daran zu erfreuen. In diesem Jahr sind die Maßnahmen zwar gelockert, aber das kühle April-Wetter mit Hagel und Nachtfrösten hat den Blütenbeginn verzögert. Die Pflanzen, die Anfang Mai dann zu blühen begannen, zogen großes Interesse der Stadtbesucher und Touristen auf sich. Die Blüten der Japanischen Kirschbäume auf dem Gelände des Ozeanmuseums in Königsberg entpuppten sich als dessen beliebtesten „Ausstellungsstücke“.

Trotz des kalten Wetters verlief die Bepflanzung der Blumenbeete in der Stadt planmäßig. Zuerst wurden die Blumenbeete auf dem Hansaplatz bepflanzt, dann die in der Nähe des Gebäudes der Gebietsregierung am Unterteich sowie an

anderen belebten Orten und Sehenswürdigkeiten. Die Stadt hat umgerechnet knapp 9000 Euro aus ihrem Haushalt für

die Anpflanzung von mehr als 65.000 Stiefmütterchen zugeteilt. Mehr als 50.000 Tulpen, die im vergangenen

Herbst in den Blumenbeeten der Hauptstraßen und in der Nähe des Schillerdenkmals gegenüber dem Schauspielhaus gepflanzt wurden, gingen in Blüte.

Nicht nur die Gebietshauptstadt, sondern die gesamte Region schmückt sich derzeit mit bunten Blumenbeeten. Überall finden Landschaftsbauarbeiten statt, um einen „grünen Rahmen“ zu schaffen. Die Gebietsregierung hat ein Programm mit dem ambitionierten Namen „Gartenstadt 2.0“ angekündigt. Zu Sowjetzeiten wurde Königsberg so genannt, und es gab eine Hymne der Stadt mit den Worten: „Meine Stadt, blühende Gartenstadt, Kalingrad ...“.

Diese Verschönerungsmaßnahmen können zwar nicht die Folgen der chaotischen Bebauung der Stadt und den damit einhergehenden Verlust der Grünflächen rückgängig machen, aber es ist ein Versuch, sie lebenswerter zu machen. J.T.



Besuchermagnet: Japanische Kirschbäume vor dem Ozeanmuseum

Foto: J.T.

Bereit für die Wasser-Saison

Der Oberländische Kanal ist seit Anfang Mai für die Schifffahrts-Saison bereit. Die Schleusen und die geneigten Ebenen sind in Ordnung gebracht worden. Wie zu Beginn einer jeden Saison wurde die Anlage technisch überprüft, um den Weg für die Schiffe freizumachen. Überprüft wird vor allem die Sicherheit der Einrichtungen, erklärt Boguslaw Pinkiewicz vom Danziger Regional-Wasserwirtschaftsamt. Es wurden technische und mechanische Proben durchgeführt, da für die Zulassung des Kanals für den Schiffsverkehr eine Gewähr für die technische Transport-Überwachung vorliegen muss. Alles geschehe rechtmäßig und alles sei sicher für die Nutzung, so Pinkiewicz. Ab diesem Monat sind die Schleusen ebenfalls geöffnet und alle Wasserwege der Region bereit für den Saisonstart. Die diesjährige Saison auf dem Oberländischen Kanal dauert bis Ende September. PAZ

**ZUM 101. GEBURTSTAG**

Bombor, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 21. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Cramer, Ursula, geb. **Hecht**, aus Wehlau, am 21. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bendig, Erich, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Dagott-Becker, Ilse, geb. **Dagott**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 21. Mai
Daul, Eva, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Müller, Gerda, geb. **Kunkel**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 26. Mai
Schettkat, Gerda, geb. **Borm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Baden, Elsbeth, geb. **Knopp**, aus Treuburg, am 22. Mai
Leipacher, Edith, geb. **Schaade**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Mosner, Erna, geb. **Hoffmeister**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Scheffler, Liselotte, geb. **Tersch**, aus Wehlau, am 26. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Koppetsch, Erika, geb. **Fuchs**, aus Mecken, Kreis Ebenrode, am 23. Mai

Sievers, Emmi, geb. **Kowalewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 22. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Köring, Elisabeth, geb. **Romoth**, aus Treuburg, am 27. Mai
Masurek, Käthe, geb. **Sahmel**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Schröder, Fritz, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 27. Mai
Schubert, Gertrud, aus Lyck, am 25. Mai
Tanbach, Willi, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hebel, Herta, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 24. Mai
Jamrowski, Eberhard, aus Groß Thierbach, Kreis Preußisch Holland, am 20. Mai
Kraus, Kurt, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 23. Mai
Losch, Erika, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai
Sczesny, Hildegard, geb. **Kiyek**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 25. Mai
Zimpel, Erika, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Flath, Frieda, geb. **Szillat**, aus Kieslau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Gentek, Anneliese, geb. **Jakob**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. Mai
Priebe, Gerda, geb. **Sych**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 27. Mai
Schäfer, Maria, aus Lyck, am 25. Mai
Scharf, Käte, geb. **Habacker**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Schulz, Franz, aus Altdamm, Kreis Wehlau, am 22. Mai
Strunz, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

Trinker, Paul, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Döhring, Heinz, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Hanschke, Hannelore, geb. **Davideit**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Kemstedt, Edith, geb. **Augustin**, aus Lyck, am 26. Mai
Köpernik, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Knura, Luise, geb. **Engelhard**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Mai
Lukowski, Paul, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Meier, Liesbeth, geb. **Kasuballa**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Munier, Christa, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai
Pender, Irmgard, geb. **Rast**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai
Plewka, Erich, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Plügge, Heinz, aus Goythenen, Kreis Fischhausen, am 24. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dombrowski, Irma, geb. **Sczech**, aus Sareikin, Kreis Lyck, am 26. Mai
Hömkle, Hildegard, geb. **Werner**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 23. Mai
Knoll, Edith, geb. **Krause**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Mai
Lätsch, Else, geb. **Perbandt**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 21. Mai
Lange, Erwin, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Missonnier, Irmgard, geb. **Bromberg**, aus Neidenburg, am 27. Mai
Rudzki, Ilse, geb. **Kleimann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 23. Mai
Tobe, Fritz, aus Wehlau, am 27. Mai
Vogler, Gertrud, geb. **Lerbs**, aus Rollnau, Kreis Mohrungen, am 24. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Benoni, Marianne, geb. **Kalweit**, aus Lyck, am 24. Mai
Christoph, Reinhold, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 23. Mai
Kelpe, Erika, geb. **Nagaitchik**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. Mai
Möhrke, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Mai
Neumann, Hildegard, geb. **Melza**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 21. Mai
Puppik, Ruth, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 23. Mai
Sielski, Gerda, geb. **Luxa**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Utschakowski, Gert, aus Fischhausen, am 23. Mai
Wendel, Christa, geb. **Geruschkat**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Wulf, Elli, geb. **Faust**, aus Königsberg, am 25. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Flöß, Siegfried, aus Treuburg, am 27. Mai
Götze, Traute, geb. **Reetz**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 23. Mai
Johst, Eva, geb. **Kohse**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
Junga, Heinz, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 23. Mai
Kobusch, Hannelore, geb. **Schlenther**, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Kuphal, Horst, aus Wehlau, am 23. Mai
Lorenschat, Kurt, aus Warthenhöfen, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Lyssewski, Rudolf, aus Lyck, Hindenburgstraße 64, am 24. Mai
Messinger, Gerdi, geb. **Reinke**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Mai
Meyer, Hans, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 22. Mai
Mielke, Karl, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Moselewski, Martha, geb. **Nistral**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai
Prorok, Hartmut, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Santvliet van, Elfriede, geb. **Makoschey**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Todzi, Brigitte, geb. **Moll**, aus Ortelsburg, am 25. Mai
Westphal, Elfriede, geb. **Schnell**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Zeil, Hildegard, geb. **Dahlmann**, aus Neidenburg, am 21. Mai

**ZUM 85. GEBURTSTAG**

Brandhöfer, Klaus-Dieter, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 24. Mai
Dallmann, Lieselotte, aus Bladlau, Kreis Heiligenbeil, am 25. Mai
Dietrich, Christel, geb. **Schmidtke**, aus Mohrungen, am 23. Mai
Eder, Fritz, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai
Grimm, Edeltraut, geb. **Christensen**, aus Lyck, am 26. Mai
Gusek, Marlies, geb. **Buchholz**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 22. Mai
Junga, Herbert, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 26. Mai
Klaus, Dorothea, geb. **Czyperreck**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 21. Mai
Krippner, Renate, geb. **Lapschies**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Krüger, Christel, geb. **Tuchlinski**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 21. Mai
Kyte Greystones, Dorothea, geb. **Peterson**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Merchel, Herbert, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Mai
Nowitzki, Edith, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 24. Mai
Pentzek, Günther, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 24. Mai
Rutzen, Erika, geb. **Naschokin**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 27. Mai
Schröder, Rose-Luise, geb. **Riech**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 24. Mai
Schirrmann, Klaus-Dieter, aus Richau, Kreis Wehlau, am 25. Mai
Schneider, Dora, geb. **Lau**, aus Mohrungen, am 21. Mai
Schulze, Helga, aus Lyck, am 26. Mai
Theilmann, Erika, geb. **Schwab**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 25. Mai

Wenzel, Erika, geb. **Borm**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 27. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Barth, Heidrun, geb. **Bunge**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Bastigkeit, Dieter, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 22. Mai
Broß, Helga, geb. **Cziehso**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 22. Mai
Christochowitz, Udo, aus Langheide, Kreis Lyck, am 21. Mai
Dugnus, Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Elsner, Brigitte, aus Ebenrode, am 24. Mai
Fügner, Gisela, geb. **Martzial**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 26. Mai
Kayss, Reinhard, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 22. Mai
Lasarzik, Christel, aus Milucken, Kreis Lyck, am 27. Mai
Petric, Peter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Rehberg, Herbert, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Riemer, Ilse, geb. **Schulz**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
Schnittka, Ernst-Otto, aus Lyck, am 23. Mai
Schulz-Eisenhardt, Ulrich, aus Ortelsburg, am 27. Mai
Topp, Gisela, geb. **Rockel**, aus Serpallen, Kreis Preußisch Eylau, am 26. Mai
Twardowski, Brigitte, geb. **Augustin**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 22. Mai
Wilner, Siegmund, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Grashoff, Eberhard, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. Mai

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 22/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 22/2021 (Erstverkaufstag 4. Juni) **bis spätestens Montag, den 24. Mai**

an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der Landsmannschaft Ost-

preußen (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: ostpreussen.de/lo/seminare.html

Hinweis

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburg Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte. Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei

Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-

geschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Ostdeutscher Markt

Stuttgart – Sonnabend, 5. Juni, Haus der Heimat: Ostdeutscher Markt des BdV

Liebe Vorstände, liebe Landsleute der Landsmannschaften Ostpreußen und Westpreußen, die Corona-Pandemie hat uns noch immer im Griff. Unsere ganzen Lebensgewohnheiten sind dadurch sehr eingeschränkt. Dies betrifft auch das gesamte Vereinsleben. Die Ministerpräsidentenkonferenz mit Angela Merkel hat am 3. März dem öffentlichen Druck nachgegeben und weitgehende Öffnungsschritte vereinbart, allerdings ist das Vereinsleben und kulturelle Veranstaltungen davon noch immer nicht betroffen. Das Haus der Heimat in Stuttgart ist geschlossen, sodass auch der geplante Ostermarkt am 13. März nicht stattfinden kann. Der BdV plant; am 5. Juni einen „Ostdeutschen Markt“ durchzuführen, Voraussetzung ist allerdings, dass das Haus der Heimat wieder geöffnet ist. In der Hoffnung, dass wir uns in einigen Wochen wieder zu einer kulturellen Veranstaltung treffen können, wünsche ich Ihnen gute Gesundheit und verbleibe mit besten Grüßen. Uta Lüttich



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaefft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

70-jähriges Bestehen

Düren – Die Landsmannschaft Ostpreußen Kreisgruppe Düren wurde am 28. April 1951 gegründet. Die Gründungsversammlung fand im Restaurant „Zur Altstadt“ in Düren statt. Die Gründungsversammlung führte Rechtsanwalt Dr. Handel durch. Zum Vorstand wurden gewählt: Vorsitzender wurde Herr Dr. Handel, Stellvertreter: Oberpostsekretär Herr Kienapfel, Kassensführer: Steuerinspektor Herr Köhler, Schriftführer: Techn. Reichsbahninspektor Herr Löffelbein, zum Kulturausschuss: Studienrätin von Fournier, Oberpostsekretär Herr Kienapfel und Frau Elisabeth Mays.

Der Sinn der Landsmannschaftlichen Vereinigung war die Betreuung der Vertriebenen und Hilfe bei der Eingliederung. Es bestand damals großes Interesse der Ostpreußischen Jugend, die sich mehr und mehr an den Zusammenkünften beteiligten. Es wurden Gesang und Tanzgruppen gebildet, Filmaufführungen sowie Lichtbilder-Vorträge gehalten. Es wurden Gedenkfeiern und Ausstellungen organisiert. Im Jahre 1973 fand im Dürener Rathaus eine Aus-

stellung über Copernicus statt. Durchs Kant-Jahr 1974 zog sich mit Veranstaltungen und Vorträgen das Gedenken an den 250. Geburtstag des Philosophen aus Königsberg. Der von den Landsleuten spendete Gedenkstein „Für die Toten der Heimat, aber auch fern der Heimat als Soldaten, Verschleppte oder Vertriebene“ wurde am 24. September 1978 auf dem neuen Friedhof in Düren eingeweiht.

Im Jahr 1992 gab es die Zweite Ausstellung über Copernicus im Haus der Stadt. Es wurde 1998 im Dürener Rathausfoyer von Bürgermeister Josef Vosen eine von der Landsmannschaft gestiftete Gedenktafel zur Erinnerung an die Vertreibung enthüllt. Im Jahr 2007 zeigten wir erfolgreich im Foyer des Dürener Rathauses die Ausstellung „Kurt Schumacher“.

Seit 1998 wird das Haus des Deutschen Ostens von der Landsmannschaft Ostpreußen genutzt, aufgrund damals in die Hunderte gehende Mitgliederzahl, war es jedoch für die Heimatabende zu klein, so wurden über 40 Jahre alle Veranstaltungen im Restaurant „Zur Altstadt“ bei Hünerbein durchgeführt.

Mit bescheidenen Mitteln, durch Spenden der Mitglieder und Gönnern sowie viel Eigenleistungen, wurde 1999 das Haus des Deutschen Ostens umgebaut. Heute werden alle Veranstaltungen im Haus des Deutschen abgehalten, da die Mitgliederzahl sehr rückläufig ist, was nun natürlich ist.

Es waren in den Jahren als Vorsitzende:

- 1951–1953 Herr Dr. jr. Handel
- 1954 Herr Kienapfel
- 1955 Herr Wieczorek
- 1956 Herr Oberndorf
- 1957–1976 Herr Fritz Neumann
- 1977–1994 Herr Herbert Frenzel
- 1995–2000 Herr Gerhard Graw
- 2001–2016 Herr Manfred Barsuhn
- seit 2016 Frau Gerda Wornowski

Nun besteht die Gruppe der Landsmannschaft Ostpreußen schon seit 70 Jahren, und wir hoffen, dass wir noch recht lange uns unserer Heimat widmen können,

um das ostpreußische Kulturerbe zu bewahren und an die junge Generation weitergeben können. Leider kann durch die Corona-Pandemie das 70-jährige Bestehen nicht gefeiert werden sowie auch nicht alle anderen Veranstaltungen. Wir hoffen auf baldige bessere Zeiten.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Umland zum Trost

Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Gruppe Neumünster – Es ist nicht so leicht, nach so langer Corona-Pandemie fröhliche Pfingstgrüße zu senden. Bleiben Sie gesund und genießen Sie den Frühling mit der aufblühenden Natur.

Viele Veranstaltungen sind Anfang des Jahres 2021 ausgefallen: Der Filmvortrag über Ostpreußen in Wort und Bild im Januar, unser traditionelles Königsberger Klopssessen im Februar und auch die Jahreshauptversammlung im März fand nicht statt. Der Jahresabschlusskassenbericht ist fertig und der nächsten Veranstaltung – vielleicht voraussichtlich im Herbst zum Erntedankfest – wird der Kassenbericht den Mitgliedern vorgelegt und so verschiebt sich die Jahreshauptversammlung mit vollständigen Ablauf.

Haben Sie bitte Verständnis, ich kann nichts ändern. Es ist auch nicht möglich in diesem Frühjahr – wie von einigen angeregt – im Stadthallengarten mit Abstand und Maske sich zu treffen. Was ist, wenn es regnet oder die linden Lüfte erwachen? Hierzu noch das kleine Gedicht „Frühling“ von Ludwig Uhland:

*Die linden Lüfte sind erwacht,
sie säuseln und weben Tag und Nacht,
sie schaffen an allen Enden.
O frischer Duft, o neuer Klang!*

*Nun, armes Herz, sei nicht bang!
Nun muss sich alles, alles wenden.*

*Die Welt wird schöner mit jedem Tag,
man weiß nicht, was noch werden mag,*

*das Blühen will nicht enden.
Es blüht das fernste, tiefste Tal;
nun, armes Herz, vergiss der Qual!
Nun muss sich alles, alles wenden.*

Wir verzagen nicht. Wir haben ganz andere Zeiten überlebt und überstanden. Denken wir einmal nach, wie gut wir es doch haben. Ein warmes Stübchen, Essen und Trinken reichlich und können friedliche Luft schnuppern. Wie sagt Kant? Drei Dinge helfen die Mühseligkeiten des Lebens zu ertragen: Die Hoffnung, der Schlaf und das Lachen.

In Ostpreußen wurde zu Pfingsten doch im Haus und vor der Haustür mit viel Birkengrün geschmückt. Es wurden die „Söckchen“ angezogen und oft gab es für die Mädchen ein neues Kleid. Ja, das sind so kleine Erinnerungen.

Heute so viel Poesie! Auch die Corona gibt uns Ruhe, Zeit zum Lesen und zur Besinnlichkeit.



Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Tel.: 05261 - 8 81 39, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Wegen der Beschränkungen durch die COVID-19-Pandemie muss das Ostpreußentreffen wie auch unsere Kreistagssitzung und Mitgliederversammlung und Öffnung der Heimatstube am 19. und 20. Juni in Winsen/Luhe wieder ausfallen. Die neuen Termine werden im nächsten Heimatbrief und auf der Homepage bekannt gegeben. Wir wünschen Ihnen allen weiterhin gute Gesundheit. Der Vorstand

Günther Papke gestorben

Herr Papke, geboren am 6. Oktober 1930 in Sodagren, war über

Jahrzehnte eine führende Persönlichkeit in unserer Kreisgemeinschaft. Als Kirchspielvertreter von Bilderweihen, als Vorstandsmitglied und stellvertretender Kreisvertreter und zuletzt als Kreisältester. 2006 wollte er sich aus Gesundheitsgründen zurückziehen und erhielt das Ehrenzeichen der Kreisgemeinschaft in Gold. Als aber die Kreisgemeinschaft 2009 personell in Not geriet, stellte er sich mit preußischem Pflichtgefühl wieder zur Verfügung – bis zum bitteren Ende.

Er beherrschte die ostpreußische Mundart und bereicherte unsere Veranstaltungen mit humorvollen Darbietungen, öfter auch mit seinem Handwerkerchor und übte nach einem Text von Erna Krohm ein Heimatlied für unseren Kreis ein, das auf Festen und Fahrten gesungen wurde. An seinem Grab auf dem Friedhof von Bad Segeberg-Rickling wurde sein Gedicht „Friedlings-Vägel“ zum Abschied vorgetragen. Wir trauern mit den Angehörigen.



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Erster Stellvertretender Kreisvertreter** (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin/Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Arnold Hesse wird 70 Jahre

Arnold Hesse wurde am 18. Mai 1951 als Sohn von Hinrich Hesse und Ehefrau Erna, geb. Werner, in Stickhausen, Kreis Leer geboren, wohin es seine Mutter nach Ende des Krieges verschlagen hatte.

Seine Mutter wurde am 3. Februar 1930 auf Julienhof im Kreis Heiligenbeil geboren. Sie war das 4. von 13 Kindern der Eheleute Ernst Heinrich Werner aus Grünwalde und Anna Johanna Hesse aus Abbau Lank. Die Familie mütterlicherseits wohnte und arbeitete bis zur Flucht 1945 auf dem Gut Klein Windkeim im Kirchspiel Bladiu. Bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2016 war Arnold Hesse als Zollbeamter in Emden tätig. Seit 2016 ist er verwitwet, hat zwei erwachsene Töchter, zwei erwachsene Söhne und drei Enkelkinder.

Seit über 30 Jahren ist Arnold Hesse in verschiedenen Ämtern im Schützenverein und im Fischereiverein in Detern tätig, in denen er seit vielen Jahren das Amt des Vorsitzenden ausübt. Seit Mitte der 1970er Jahre befasst er sich mit Familienforschung, was im auf der väterlichen Seite auch überwiegend gelungen ist. Auf der mütterlichen Seite aus Ostpreußen gestaltete sich dieses etwas schwieriger. Im Zuge dieser Familienforschung kam er auch mit der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und etlichen Landsleuten in Kontakt, die ihm in vielen Fragen weiterhelfen konnten.

Mehrmals hat er die Heimat seiner Mutter und der Familien Werner und Hesse besucht, einmal

im Jahre 2010 mit seiner verstorbenen Frau und seinem Onkel Ernst Werner. Viele Erinnerungen sind ihm an das schöne Ostpreußen geblieben. Nach Abschluss der zweiten Reise hat Arnold Hesse sich daran gemacht, alle Erkenntnisse und Forschungsergebnisse über die Herkunft, die Flucht, und den Neuanfang der Familie mütterlicherseits in einem Familienbuch unter der Überschrift „Die Heimat Ostpreußen und die neue Heimat Rhade in Ostfriesland“ zusammenzufassen.

Über den eher zufälligen Kontakt zu Brunhilde Schulz wurde die Verbindung zur Kreisgemeinschaft intensiver, und als man ihn sprach, ob er nicht Interesse daran hätte, als Nachfolger von Frau Petra Wegner die Heimatkreiskartei zu übernehmen, hat er nach einer kleinen Bedenkzeit zugesagt. Die Wahl erfolgte im April 2017 während der Kreistagssitzung. Für einen Familienforscher ist es natürlich sehr interessant, neben der anspruchsvollen Tätigkeit als Betreuer der Heimatkreiskartei auch einen Einblick darüber zu erhalten, welche Familien im Kirchspiel Bladiu und in den anderen Kirchspielen des Kreises Heiligenbeil gewohnt und gelebt haben. Im Jahr 2018 war dann auch noch das Amt des Kassenwartes neu zu besetzen, und da er in diesem Bereich über hinreichende Erfahrungen verfügte, übernahm er das Amt ebenfalls und führt dieses bis heute zur vollsten Zufriedenheit.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil ist froh, Arnold Hesse für diese beiden Ämter gewonnen zu haben. Wir wünschen Arnold zu seinem 70. Geburtstag alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit in diesen schwierigen Zeiten, und hoffen, dass er der Kreisgemeinschaft noch recht lange erhalten bleibt. Brunhilde Schulz,



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Virtuelle Präsentation

Aufgrund der Pandemie ist die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Ortelsburg in der Musikschule in Herne geschlossen. Eine Öffnung ist noch nicht absehbar, die Entwicklung in den nächsten Monaten wird es zeigen. Umso mehr freut es uns, dass besondere Exponate auch online zu sehen sind. Die Kreisgemeinschaft hat sich an dem Projekt „Eine virtuelle Präsentation der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ beteiligt. Gefördert wurde dieses Projekt vom Ministerium der Kultur und Wissenschaft des Landes NRW. Erreichbar ist die Seite unter <https://ostdeutsche-heimatsammlungen.de/>. Zu sehen sind dort ausgewählte Exponate, sowie ein Rundumblick in das „Wohnzimmer“ der Kreisgemeinschaft, in dem wir hoffentlich bald wieder unsere ostpreußische Gastfreundschaft ausleben können. Wir freuen uns auf unsere Gäste, aber auch darauf, dass unsere gute Stube einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

Der Tod ist das Tor zum Licht am Ende eines mühsam gewordenen Weges (Franz von Assisi)

Siegfried Waschull
* 05.04.1933 † 05.05.2021

In Liebe und Dankbarkeit
Dein Sohn Siegfried mit Sema
Deine Enkel Barbara, Siegfried und Thore
Die Beisetzung erfolgte im engsten Kreis.

Ihre Heimat Ostpreußen trug sie im Herzen, bis ihr Lebenslicht erlosch.

Ilse Michelsen
geb. Grönick
* 10. September 1927 † 2. Mai 2021
Klein-Friedrichsgraben Hamburg

Wir danken Dir für alles,
was Du uns gabst und was Du für uns warst.

In Liebe gedenken wir Deiner
Dr. Dirk Michelsen und Sotiria Eleftheriadou-Michelsen
mit Aris
Dr. Silke Michelsen und Jörg Sarzio
mit Patrick und Annabell

Es besteht im Sinne unserer Mutter die Möglichkeit einer Spende an das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, Sparkasse Lüneburg, IBAN: DE93 2405 0110 0000 0319 89, Kennwort: Ilse Michelsen.

OSTPREUSSISCHE MUSEUMSSTÜCKE

Eine Flüchtlingskarriere in Lüneburg

Die Spedition Max Herzke steht stellvertretend für den beruflichen Wiederaufstiegswillen nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Bevölkerungszahl der Stadt Lüneburg stieg nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegenüber der Vorkriegsbevölkerung um mehr als ein Drittel an. Das lag auch an den vielen Flüchtlingen und Vertriebenen, die in der Lüneburger Heide angelangt waren, und die sich hier unter schwierigsten Bedingungen eine neue Existenz aufzubauen versuchten. Das Modellauto der Lüneburger Möbelspedition Max Herzke ist im Ostpreußischen Landesmuseum stellvertretend für einen beruflichen Wiederaufstieg in dieser Region ausgestellt.

Das metallene Modellauto, wohl in den 50er Jahren von der Firma GAMA Blechspielzeuge gefertigt, stellt einen Möbeltransporter mit Unterflurmotor dar. Auf der Frontpartie sind neben dem „A“ für „Ackermann-Aufbau“ die Farben blau-beige und das Firmensymbol – ein rotes Herz mit den Initialen MH – Max Herzke zu erkennen. Die echten Fahrzeug-Vorbilder für die Modelle wurden vor allen Dingen in Niedersachsen von dem Braunschweiger Automobilhersteller Büssing hergestellt.



In der Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums zu sehen: das Modellauto der Firma Herzke

Foto: OL

Flüchtlinge und ausgebombte Hamburger, die aus ihren notdürftigen Unterkünften in andere Teile des Bundesgebietes umzogen, wie zum Beispiel in die Nähe des VW-Werkes in Wolfsburg, wo sie Anstellung und Wohnung gefunden hatten.

Herzke lebte sieben Jahre ohne eigenen festen Wohnsitz in der alten Salzstadt Lüneburg, ehe er 1952 ein Pfarrhaus als Firmen- und Wohnsitz erwarb. Nach seinem Tod 1966 übernahmen seine beiden Töchter – selbst Speditionskauffrauen – das Unternehmen und führten es erfolgreich weiter, ehe es 2003 durch die letzte Eigentümerin Ursula Gohr-Herzke stillgelegt und die Möbelwagen verkauft wurden.

Die letzten Besitzer des Traditionsunternehmens Herzke – Flüchtlingskinder – fühlten sich heimisch in der Stadt und sind nach eigenem Bekunden echte Lüneburger geworden. Herzke konnte anders als viele andere Flüchtlinge in seinem angestammten Beruf weiterarbeiten. Andere, etwa die meisten Landwirte, mussten umsatteln. Viele wechselten in das aufblühende Dienstleistungsgewerbe. Der Grundstein der heute so lebendigen, bei Touristen beliebten, rasch wachsenden Hanse-, Universitäts- und Kulturstadt wurde nicht unerheblich durch die damaligen wiederaufstiegswilligen Flüchtlingsfamilien gelegt. *Eike Eckert*

Herzke beliebt durch Möbelrettung

Der Firmengründer Max Herzke stammte aus Bromberg in der preußischen Provinz Posen. Infolge des Versailler Vertrages wurde seine Heimatstadt 1919 vom Deutschen Reich abgetrennt und an das wieder gegründete Polen abgetreten. 1928 übernahm Max Herzke dort eine bestehende Spedition. Seine Firma verfügte zeitweilig über 30 Angestellte, 25 Pferde

und 36 Wagen, und seine Aufträge führten ihn bis nach Ostpreußen.

Am 21. Januar 1945 musste Max Herzke mit seiner Familie seine Heimat verlassen. Nach knapp zwei Monaten Flucht erreichte die Familie Herzke mit nur noch vier Pferden und zwei Wagen im März 1945 Lüneburg. Als Spediteur führte Herzke übrigens den Haushalt von 16 anderen Flüchtlingsfamilien während der

Flucht mit sich. Trotz großer Wohnungsnot kam die Familie zunächst bei Verwandten in Lüneburg unter. Diese Wohnung wurde jedoch von der britischen Besatzungsmacht requiriert. Die Familie lebte daraufhin für Monate im geliehenen Möbelwagen eines Kollegen, ehe sie im Dezember 1945 erstmals ein eigenes Zimmer zugewiesen bekamen.

Die Zerstörung des Lüneburger Wasserwerkes verhalf dem Spediteur zu ersten Aufträgen: Mit seinem Fuhrwerk lieferte er Wasser aus. Bekannt und beliebt machte ihn bei der Lüneburger Bevölkerung, dass er dieser in einer Nacht- und Nebelaktion half, ihre Möbel aus den vom britischen Militär besetzten Wohnungen zu transportieren. In den 50er Jahren machte die Firma Umzüge für

● **Dr. Eike Eckert** ist Kurator und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschaltischer Abteilung. www.ol-ig.de

Rätsel

kostbares Seidengewebe	Zuckerrohrbranntwein	Freizeitstätte im Haus	Wachszellenbau der Biene	matte, deckende Künstlerfarbe	Landkartenwerk	Musik: Übungsstück (franz.)	Handwerkervereinigung	Kopfschutz	Plattfisch	reißend schnell	Anrede und Titel in Großbritannien	kleinere Glaubensgemeinschaft	nordische Währungseinheit
Sinnbild; Kennzeichen		Mit-erfinder des Telefons		silberweißes Metall	Nord-europäer, Same	afrikanischer Strom		süd-europäisches Volk		Landungsbrücke, Anlegestelle			Erkältungssymptom
Ver-tiefung, Rille	Laubbaum, Ruster	kleiner Sprung (ugs.)	Vorort von Los Angeles	englisches Bier		deutsch-franz. Maler (Max)	tätig sein, mit-arbeiten		Haupt-schlag-ader		Gebärde	Sand-, Schnee-anhäufung	besetzt
				unver-fälscht	offener Laubengang			Textil-erzeugnis					
Stadt in Pakistan				Lockspeise zum Tierfang	dünne Unterlage zum Schlafen	Turn-übung		geripptes Baumwoll-gewebe			Wind-jacke		
unent-schieden (Schach)		Schiff-fahrts-hindernis				TV-, Radio-sender (Abk.)	Grund-stock, Bestand	Hülle					
			Fluss durch Lissabon	Vergeltung für Unrecht				prahlerisch reden (ugs.)					
						außer-ordentlich	deutsche Spiel-karte		britische Schrift-stellerin (Jane)				Hoch-schüler
				Segel am hintersten Mast	Kürbis-gewächs			römi-scher Liebes-gott	ein Wurf-pfeil-spiel				
						Teil des Mittel-meeres			rätsel-hafte Weis-sagung				Eng-lische Prin-zessin
				griechi-scher Meer-gott	italie-nisches Reis-gericht	leichter Pferde-zaum	dt. Fuß-ball-torwart (Manuel)	Rauch-fang, Schorn-stein	russi-sche Haupt-stadt				
							stehen-des Binnen-gewässer	Locken-strang, Haar-büschel					klein-körnige Getreide-art
				Kautabak	Schwert-wal	Außen-schicht bei Bäumen	ägypti-sche Hafen-stadt		Gedicht-zelle	auf den Bein-gelenken kauern			
				Abend-gesell-schaft				Verpackungs-gewicht		gewalt-sames Weg-nehmen	Name mehrerer engl. Flüsse		Vor-name Laurels
								Ver-fügung					Eng-lisch: eins
				Eng-stirnig, ein-gebildet	Abk. für Europa-meisterschaft	Nationa-litäts-zeichen Tunesien	menschliche Aus-strahlung			Ein-spruchs-recht, Einspruch			
								jap. Form des Ring-kampfs					eingeschaltet, nicht aus
				Bewohner eines großen Ortes	den Geist betref-fend				Süd-frucht				

Sudoku:

8	3	6	9	5	7	1	2	4
9	5	1	7	2	4	8	3	6
6	7	2	1	9	3	7	5	8
7	4	9	6	8	2	5	1	3
1	7	9	3	4	5	8	6	2
2	8	6	9	1	2	7	3	5
3	1	6	5	2	8	7	4	9
2	5	7	4	8	3	6	1	9
6	4	7	1	9	2	3	5	8

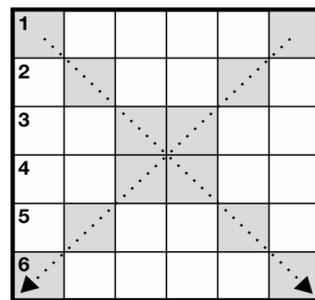
Diagonalrätsel: 1. Palast, 2. Massiv, 3. Faller, 4. Ottawa, 5. Devise, 6. Relikt – Palast, Ritter

Kreiskette: 1. Baisig, 2. Remise, 3. Visier, 4. Reitsig, 5. Grenze – reservieren

Sudoku

	9						3	
			4	8	3			
3				2				4
4	5	1		6	9			2
7								1
1		2	8	9	5			7
5				1				8
			3	4	7			
	7							2

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

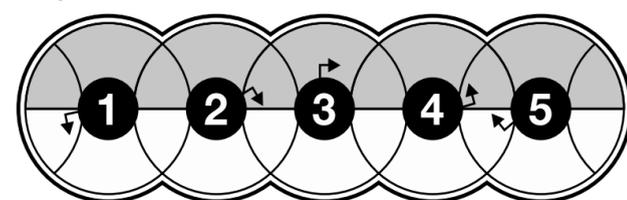
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen eine Residenz und einen Adligen.

- 1 Fehler, Ungeschicklichkeit
- 2 Gebirgsstock
- 3 Schmetterling
- 4 Hauptstadt von Kanada
- 5 Wahl-, Leitspruch
- 6 Überbleibsel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für freihalten, vorbestellen.

- 1 Schaumgebäck, 2 Wagenschuppen, 3 Einrichtung zum Zielen, 4 dünnes Zweigholz, 5 Trennlinie



JUBILÄUM

Als deutsches Vereinsleben wieder möglich wurde

Von 30 Jahren wurde die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) gegründet

Vor 30 Jahren, am 17. Juni 1991, unterzeichneten Bundeskanzler Kohl und der polnische Ministerpräsident Bielecki sowie die beiden Außenminister Genscher und Skubiszewski den Deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag oder im vollen Wortlaut „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“. Dieser Vertrag ermöglichte der deutschen Bevölkerung in Polen, sich zu organisieren und Vereine zu gründen. Einer der ersten Vereine war die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM), die bereits am 4. Januar 1991 im Vereinsregister eingetragen wurde.

Die erste Geschäftsstelle

Der Anfang war alles andere als einfach. Die ersten Treffen des neu gegründeten Vereins fanden in der Wohnung des damaligen Vorsitzenden Walter Angrik statt und zur ersten Mitgliederversammlung erschienen nur wenige Mitglieder. Aber

bereits im Sommer 1991 wurden dem Verein von der Stadt Geschäftsräume zur Verfügung gestellt.

Am 18. Juni 1991 bezog die AGDM die Räume in der Gartenstraße. Auch wenn die Räume bescheiden waren, war die Freude groß, denn nun hatte der Verein eine Bleibe und die Arbeit konnte beginnen. Die Mitglieder der Gesellschaft hatten die Ärmel hochgekrempt, die Wände gestrichen und die Räume auf Hochglanz gebracht. Die Eröffnungsfeier fand im Stehen statt, da noch Möbel fehlten. Nach bewegenden Worten des Vertreters der Landsmannschaft Ostpreußen, Gerhard Prengel, und des Vorsitzenden Walter Angrik wurde das „Ostpreußenlied“ angestimmt. Die Mitglieder der AGDM hatten Tränen in den Augen – nach 45 Jahren konnten sie sich endlich zu ihrer Nationalität bekennen.

Die Vereinsarbeit musste erst gelernt werden, aber mit großer Begeisterung aller Beteiligten und vielfacher Unterstützung von bundesdeutscher Seite wurden alle Hürden genommen. Ich erinnere

mich noch sehr gut an meinen ersten Besuch in der Gartenstraße, einige Zeit nach dem Bezug. Voller Stolz führte mich die damalige Geschäftsführerin Renate Barczewski durch die Räumlichkeiten. Die notwendige Büroausstattung war bereits vorhanden, und es gab sogar schon eine gut sortierte Bibliothek.

Haus Kopernikus

Ein neues Kapitel der Vereinsgeschichte wurde mit dem Haus Kopernikus geschrieben. Anfang 1996 erwarb die Stadtgemeinschaft Allenstein das Gebäude in der ehemaligen Bahnhofstraße, das zur deutschen Zeit das Finanzamt und zur polnischen Zeit die Polizei beherbergte, als Zuhause für die AGDM.

Nach Überwindung einiger bürokratischer Hürden – das Haus war nicht im Besitz der Stadt, sondern des polnischen Staates – konnte der Kauf zügig abgewickelt werden. Aber nun begann der schwierigste Teil, nämlich die Suche nach Sponsoren für die Renovierung des denkmalgeschützten Gebäudes. Dass dies schließlich gelang, war nicht zuletzt dem Nachbarschaftsvertrag zu verdanken. Denn eine wesentliche Maßnahme des Vertrags wurde noch im Jahre der Unterzeichnung umgesetzt: die Errichtung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, die ihre Mittel dem Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die Rückzahlung eines umfangreichen Kredits verdankte und dadurch in der Lage war, auch größere Vorhaben zu finanzieren. Die Zusage der Stiftung, das Projekt Haus Kopernikus zu fördern, war die Voraussetzung für die großzügige Unterstützung durch den Freistaat Bayern bei der Renovierung des Hauses. Auch die Landsmannschaft Ostpreußen und der Landkreis Osnabrück beteiligten sich an den Kosten der Renovierung. Am 30. September 2000, kurz vor ihrem zehnjährigen Bestehen, bezog die AGDM ihr neues Domizil.

Aber ohne ein gutes Team vor Ort wäre es nicht möglich gewesen, diese her-

ausfordernde Aufgabe zu bewältigen. Mit großem persönlichen Einsatz haben Hans Biernatowski, Kristine Plochanski und Renate Barczewski das Haus Kopernikus zu einem lebendigen Ort der Begegnung

bracht ihr ein hohes Maß an Respekt und Sympathie ein.

Die Stadtgemeinschaft Allenstein ist der AGDM seit ihrer Gründung freundschaftlich verbunden und steht ihr seit-



Seit September 2000 festes Domizil des deutschen Vereinslebens in Allenstein: Das Kopernikushaus

Fotos: Stadtgemeinschaft Allenstein



Als alles begann: Eröffnung der ersten Geschäftsstelle der AGDM in der Allensteiner Gartenstraße durch Gerhard Prengel, damals Vorsitzender der Allensteiner Stadtversammlung und stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

für die Angehörigen der deutschen Minderheit, aber auch für andere Bürger der Stadt gemacht. Ihre Verdienste wurden zum zehnjährigen Bestehen des Vereins mit dem Silbernen Verdienstkreuz der Republik Polen gewürdigt.

Intensive Projektarbeit

Mit Mitteln der Stiftung und mit der AGDM als deutschem Partner der Stadt konnten in Allenstein auch zahlreiche Projekte im sozialen Bereich verwirklicht werden, wie zum Beispiel die Beschaffung von Geräten für Allensteiner Krankenhäuser. Mit ihrem Einsatz für soziale Projekte zeigte die AGDM, dass sie sich nicht nur dem deutschen kulturellen Erbe verpflichtet fühlt, sondern sich als Teil der Gesellschaft versteht. Dieses Verhalten

dem mit Rat und Tat zur Seite. Das wird sie auch in Zukunft tun. Zum 30. Jahresjubiläum wünschen wir der AGDM, dass ihre Angehörigen als selbstbewusste Bürger des polnischen Staates auch in Zukunft ihre deutsche Identität vertreten und ihr kulturelles Erbe pflegen können. Wir hoffen, dass die Begeisterung der ersten Tage weiterhin erhalten bleibt und dass die zahlreichen Projekte und Aktivitäten nicht als Routine, sondern stets als neue Herausforderung betrachtet werden. Auf diese Weise wird die AGDM noch viele fröhliche Jubiläen feiern können und das Haus Kopernikus wird, trotz zunehmend anderer kultureller Angebote, ein wichtiger Ort der Begegnung in der Stadt Allenstein bleiben.

Gottfried Hufenbach

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

WISSENSCHAFT

Forscher auf dem Dach der Welt

Der im Kreis Preußisch Eylau geborene Karl Wienert erkundete Ende der 1930er Jahre Tibet – im Auftrag Heinrich Himmlers

VON WOLFGANG KAUFMANN

Erdmagnetische Messungen, das heißt die Ermittlung der lokalen Intensität und Ausrichtung des Magnetfeldes unseres Planeten, sind von großer praktischer Bedeutung. So deuten Abweichungen von den Durchschnittsparametern oft auf die Existenz von unterirdischen Erzlagerstätten hin. Darüber hinaus spielen die erhobenen Werte auch eine zentrale Rolle beim Navigieren zur See und in der Luft. Einer der Pioniere auf diesem wichtigen Gebiet der Geophysik war Karl Wienert, der am 30. März 1913 in Serpallen im Kreis Preußisch Eylau geboren wurde.

Wienert studierte an der Universität Königsberg und promovierte 1938 mit einer Arbeit über erdmagnetische Messgeräte. Unmittelbar danach nahm er an der „Deutschen Tibetexpedition Ernst Schäfer“ teil, die unter der Schirmherrschaft des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, stand und das damals noch vielfach unerforschte Hochland nördlich des Himalaya erkunden sollte.

Ins „verbotene“ Lhasa

Dass der Chef von Hitlers Schutzstaffel hier als Unterstützer auftrat, hing einerseits mit seinem persönlichen Interesse an Tibet als möglichem Rückzugsort der „arischen Rasse“ zusammen. Andererseits wollte sich Himmler aber auch als Förderer der Wissenschaften profilieren, um das Ansehen der SS aufzupolieren und neue Kompetenzen zu erlangen.

Nach einigen Anlaufschwierigkeiten gelang es Schäfer und dessen Mitstreitern Karl Wienert, Bruno Beger, Ernst Krause und Edmund Geer Anfang 1939, von Britisch-Indien aus in die für Ausländer eigentlich strikt „verbotene“ tibetische Hauptstadt Lhasa zu gelangen. Danach wurden dort erstmals diplomatische Kontakte zwischen Deutschland und dem da-



Expeditionsteilnehmer in Kalkutta, von links: Karl Wienert, Ernst Schäfer, Bruno Beger, Ernst Krause und Edmund Geer (1938)

Foto: Bundesarchiv, Bild 135-KA-01-039 / CC-BY-SA 3.0

mals noch formell unabhängigen Tibet geknüpft. Allerdings trafen die Fünf dabei nicht mit dem Dalai Lama zusammen, sondern nur mit dem Regenten Reting Rimpoche. Der besorgte für den 1935 geborenen, also noch sehr kindlichen Gottkönig Tibets die Regierungsgeschäfte.

Wienert fungierte während des Unternehmens, welches wenige Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges endete, als Stellvertreter des ebenso choleroschen wie durchsetzungsfähigen Expeditionsleiters Schäfer. Er bestimmte an insgesamt 650 Standorten in Nordindien und Südtibet die geomagnetischen Werte und schloss damit die Lücke in der Mess-

kette des größten deutschen Geophysikers aller Zeiten, Wilhelm Filchner, der zwischen 1903 und 1937 abertausende Kilometer durch West-, Nord- und Osttibet gezogen war.

Schwerer Neustart nach 1945

Im Anschluss an die Rückkehr aus Zentralasien sollte Wienert dann eigentlich umgehend seine Forschungsergebnisse aufbereiten und publizieren. Das zog sich allerdings bis 1944 hin, weil er abweisend vom Wetterdienst der Luftwaffe und von Himmler in Anspruch genommen wurde. Der SS-Chef betraute die Teilnehmer der Schäfer-Expedition zu-

nächst mit der Vorbereitung eines militärischen Geheimunternehmens, dessen Ziel darin bestehen sollte, die tibetische Armee zum Kampf gegen die Briten in Indien zu animieren. Jedoch erwies sich dieses megalomane Vorhaben als vollkommen unrealisierbar, woraufhin der Reichsführer SS Wienert befahl, anderen Projekten nachzugehen.

Zuerst musste der Geophysiker am Ufer einiger oberbayerischer Flüsse nach Gold suchen, danach oblag ihm die wissenschaftliche Begutachtung der diversen absonderlichen Geräte zur Ortung unterirdischer Lagerstätten, welche Scharlatane wie Friedrich Schröder-

Stranz an die SS verkaufen wollten. Und zum Schluss ging es erneut um das Aufspüren von Bodenschätzen zum Nutzen der Wehrwirtschaft des Dritten Reiches: Erst schickte Himmler Wienert im Oktober 1944 ins Wartheland, um dort Erdölvorkommen zu ermitteln, dann befahl er ihm, Konzentrationen von reinem Eisen in den Alpen zu lokalisieren, die aus Meteoriteneinschlägen resultieren.

Von Mai 1945 bis Dezember 1947 saß Wienert wegen seiner Zugehörigkeit zur SS – zuletzt im Rang eines Hauptsturmführers – in diversen Internierungslagern. Danach stand der hochqualifizierte Geowissenschaftler ohne Beschäftigung da, obwohl er am Ende zweier Entnazifizierungsverfahren vor der Lagerspruchkammer Regensburg und der Haupt-spruchkammer München als reiner „Mittläufer“ eingestuft worden war.

Bis 1978 in der Wissenschaft aktiv

1951 versicherte sich dann jedoch die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) der Dienste des arbeitslosen Spezialisten und schickte ihn nach Pakistan, wo er bis Ende 1954 das erdmagnetische Observatorium Quetta aufbaute. Im Anschluss daran wechselte Wienert nach Ägypten und schulte dort die Mitarbeiter des Heluan-Observatoriums.

Währenddessen setzte in Bayern ein Umdenken ein, was die Einstellung des nunmehr international anerkannten Experten betraf. Daher konnte dieser schließlich 1958 an das Geophysikalische Institut der Universität München wechseln. Dort avancierte er in der Folgezeit zum Akademischen Direktor. Gleichzeitig wurde Wienert Oberobservator am Observatorium in Fürstfeldbruck, wo er bis 1978 arbeitete. Eine Professur blieb dem gebürtigen Ostpreußen, dessen Lebensweg am 24. August 1992 endete, hingegen trotz seiner wissenschaftlichen Verdienste verwehrt.

LANDESKUNDE

Gedenken an einen großen Ostpreußen

Der Fördererkreis des Ostpreußischen Jagdmuseums erinnerte an das Werk des Museumsgründers Hans-Ludwig Loeffke

Am 3. Mai gedachten die Ostpreußen in Lüneburg aus Anlass des 115. Geburtstages von Forstmeister a.D. Hans-Ludwig Loeffke in dankbarer Erinnerung seines Lebens und seines Werkes: das auf seine Initiative gegründete Ostpreußische Jagdmuseum – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens e.V. in Lüneburg, das am 7. Dezember 1958 unter großer Beteiligung nicht nur der Ostpreußen im Alten Kaufhaus, das die Stadt Lüneburg großzügig zur Verfügung gestellt hatte, eröffnet werden konnte. Es war die erste museale Erinnerungsstätte Ostdeutschlands.

Die Idee zur Gründung eines Ostpreußenmuseums hatte Hans-Ludwig Loeffke auf der Internationalen Jagdausstellung in Düsseldorf 1954, wo er die „Gedenkschau Deutscher Osten“ mit großem Erfolg der Öffentlichkeit präsentieren durfte. Doch schon nach einjährigem Bestehen war alles vorbei. Durch Brandstiftung wurden am 22. Dezember 1959 das Alte Kaufhaus und die in ihm geborgenen Schätze fast total vernichtet.

Erste ostdeutsche Erinnerungsstätte

Die Stadt Lüneburg hatte vorausschauend erkannt, welche Bedeutung einem „Ostpreußenmuseum“ zukommt, und

zögerte nicht, schon am Tag nach dem Brand Hilfe für den erneuten Aufbau des Museums zuzusagen. In einem alten Lüneburger Patrizierhaus, das die Stadt Lüneburg wiederum zur Verfügung stellte, wurde das Ostpreußische Jagdmuseum zu neuem Leben erweckt.

Und so konnte am 18. Oktober 1964, fünf Jahre nach dem Brand, das Ostpreußische Jagdmuseum wiedereröffnet werden. 1969, fünf Jahre später, wurde der erste und 1974 der zweite Erweiterungsbau eingeweiht, wenige Wochen vor dem Tod von Hans-Ludwig Loeffke. „Wenn ich im Ostpreußischen Jagdmuseum bin, bin ich in Ostpreußen“ sagte der damalige Landrat Dr. Martens.

Für die Ostpreußen war das Ostpreußische Jagdmuseum zum „Wallfahrtsort“ geworden, doch nicht nur die Ostpreußen kamen, sondern auch zahlreiche „Nicht-Ostpreußen“. Viele Jäger und Reiter kamen von weit angereist, um einen Blick auf das ferne Ostpreußen und seine Einmaligkeit zu werfen. Dank Loeffkes unermüdlichen Einsatzes für Ostpreußen, der Unterstützung durch treue Helfer, der Stadt und der vom Bund gewährten Zonenrandmittel wuchs das Museum weiter, bis dann durch die „Grundsatz-



Schuf mit der Gründung des Ostpreußischen Jagdmuseums die Grundlagen für das heutige Landesmuseum in Lüneburg: Hans-Ludwig Loeffke

Foto: privat

konzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit“ in den 80er Jahren eine Basis geschaffen worden war, die die Grundlage für das „Ostpreußische Landesmuseum“ schuf und zum Neubau für das Museum in der Ritterstraße führte. Das Haus reicht heute bis zur Heiligengeiststraße und wird schon bald in

einem Erweiterungsneubau Kants Leben erzählen und durch sein Werk führen.

Die Museumsgründung, der Wiederaufbau nach der Vernichtung und die Erweiterungen zur Darstellung der Provinz Ostpreußen waren die Stationen, die zum Ostpreußischen Landesmuseum führten. Eigeninitiative und Tatkraft, gepaart mit

der Verbundenheit zur Heimat und Patriotismus, schufen allen Widerständen zum Trotz die Wurzeln für eine beispielhafte Kultureinrichtung, die nicht nur die Ostpreußen auf ein wunderbares Stück Deutschlands zurückblicken lässt.

Ins „verbotene“ Lhasa

Wer heute, vielleicht zum ersten Mal, durch das Ostpreußische Landesmuseum geht, ahnt nicht, welch steiniger Weg seit 1957 bis zum heutigen Tag durchschritten werden musste. Der Tatkraft eines Ostpreußen, dessen Familie nachweislich seit 1622 im Osten ansässig war, ist es zu danken, dass wir heute in Lüneburg an das unvergessene Ostpreußen erinnern können. Hans-Georg Tautorat schrieb 1981: „Durch seine Existenz (des Ostpreußischen Jagdmuseums) trägt es auf seine Weise dazu bei, daß Ostpreußen in dem Bewußtsein des deutschen Volkes erhalten bleibt.“

Am Grab von Hans-Ludwig Loeffke erinnerte Dr. Karsten Uffhausen, Stellvertreter der Vorsitzenden im „Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum - Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e.V.“ mit Worten des Gedenkens an Loeffkes bleibende Verdienste für Ostpreußen.

Dr. Barbara Loeffke

EINE TROJABURG IN POMMERN

Das Windelbahnfest der Stolper Schuhmacher

Veranstaltet wurde es immer am Dienstag nach Pfingsten – 1908 fand das letzte ursprüngliche Fest statt

VON BRIGITTE STRAMM

Auf die mysteriös anmutenden Steinsetzungen trifft man in ganz Europa, vorzugsweise jedoch in Skandinavien. Es sind Pseudolabyrinth, die Trojaburgen genannt werden. Bereits auf einer etruskischen Vase aus dem 7. Jahrhundert v. Chr. fand man die Bezeichnung „Truia“ eingegraben. Auf griechischen Münzen, auf einer Wandzeichnung in Pompeji, in mittelalterlichen Kirchenmalereien in Dänemark, Schweden, Frankreich und Italien, aber auch in Peru und bei den Hopi-Indianern tauchen sie auf.

Die meisten noch bestehenden Trojaburgen sind wohl aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Eine genaue Altersbestimmung ist schwierig, auch warum man sie anlegte, ist nicht exakt belegt. Seit dem 19. Jahrhundert begannen sich Archäologen und Völkerkundler für diese Stätten zu interessieren.

Windelbahn = Trojaburg

In den 1930er Jahren erschien in Deutschland eine Veröffentlichung über die Trojaburgen. Eine fehlte jedoch, und zwar die zu Stolp in Pommern. Siegfried Sieber schrieb dazu, das wäre den Forschern wohl entgangen, weil diese den seltsamen Namen „Windelbahn“ (Wendelbahn) und nicht Trojaburg führte und weil dort nicht Bauern oder Kreuzritter, wie an den preußischen Jerusalemshügeln, sondern einfache Schuhmachergesellen ihren eigenartigen Tanz aufführten. Ihm verdanken wir die Schilderung des Festes.

Das Windelbahnfest der Schuhmacher war ein echtes Maifest, es wurde am Dienstag nach Pfingsten begangen und hatte überdies mit anderen deutschen

Pfingstveranstaltungen die Wahl eines Maigrafen gemein. Nicht nur Patriziersöhne, auch Handwerkergelesen haben in norddeutschen Städten dieses Frühlingsvorrecht der Jungmannschaft ausgeübt. Nachdem am Vormittag zwei Gesellen als Narren verkleidet in alter Weise Gaben für das Fest erbeten hatten, erfolgte nachmittags der feierliche Aufzug der Gesellen mit ihrer Fahne. Daneben schritten zwei Fahnenjunker, dahinter kamen der Maigraf mit den beiden Lademeistern der Innung, ferner die gewählten beiden Ober- und Unterschäffer, danach die Gesellen, ein sogenannter Schreiber, und endlich, auf Tragbahnen von den Lehrlingen getragen, die beiden Narren.

So war es in Stolp: Die Teilnehmer waren gekleidet, wie es bei Zunft- und Gesellenfesten üblich war. Man marschierte zu der Anlage der Windelbahn an der Kreuzung der späteren Aucker- und Büto- werstraße. Hier hatten die Gesellen einen niedrigen Wall angelegt, etwa 120 Schritte im Umfang, und außen waren in Abständen Bäume gepflanzt. Dieser Platz war in der Nähe des Rosengartens und des Lokals Schweizergarten.

Seltsamer Kiebitzanz

Die Stolper Schuhmachergesellen pflanzten, an der Windelbahn angekommen, ihre Fahne auf. Dann sprach der Maigraf eine Rede in Versen und begann danach im „Kiebitzschritt“ auf der mit Blumen oder frischem Sand bestreuten Bahn seinen Tanz (der Kiebitz hüpfte etwa einen Meter vor, bleibt auf einem Fuß stehen und stützt den anderen ein wenig). Nach etwa einer Viertelstunde hatte der Maigraf die Hälfte der Bahn durchtanzt und hielt inne. Sogleich überbrachte ihm der Altgeselle einen Pokal, den der Maigraf

unter dem Jubel der Menge leerte. Dann ging der Tanz in derselben Weise weiter, bis der Tänzer an dem Ende der Bahn aus ihr herausschritt. Nach ihm tanzten die beiden Oberschäffer.

Einer fing seinen Tanz von innen an, der andere von außen. In der Mitte trafen sie aufeinander, begrüßten sich und tranken aus den vom Altgesellen überreichten Gläsern. Dann trat jeder dem anderen die Bahn ab, die er selbst schon

durchlaufen hatte. Es war nicht leicht, aus den verschlungenen Windungen herauszufinden, und wer etwa eine falsche Windung betrat oder den Ausgang nicht finden konnte, wurde weidlich ausgelacht. Nach weiteren Ansprachen traten auch die beiden Narren auf, um mit altherkömmlichen Schusterwitzen die Zuschauer zu belustigen. Nach feierlichem Umzug um die Windelbahn zog man zum Festball in ein Gasthaus.

Das Wesentliche am Windelbahnfest sind nicht die zeitgebundenen Festbräuche wie Reden, Trunk, Umzug oder Festball; diese sind Zutaten der späteren Entwicklung und stammen aus der Festkultur der Handwerker. Die Fahne, die an der Bahn aufgepflanzt wird, auch das Auftreten der Narren gehören schon in ältere Schichten des Brauchtums.

Einzigartig aber ist die Anlage der Tanzbahn und der offenbar uralte Tanzschritt, hier Kiebitzschritt genannt, nach dem eigenartigen Hüpfen. In anderen Teilen Europas ist diese Art Tanz nicht unbekannt. Auch das Kinderspiel „Himmel und Hölle“ scheint damit in Zusammenhang zu stehen.

Die Stolper Schuhmacher erklärten ihr Fest als Stiftung eines ihnen besonders gewogenen Fürsten Kroy. Das Stolper Windelbahnfest zeigte, dass selbst in den Kreisen des städtischen Handwerks das altüberlieferte Brauchtum noch lange nachwirkte.

Nachdem 1908 das letzte Windelbahnfest dort gefeiert wurde, hat die Stadt den Platz aufgekauft, der bis dahin der Schuhmacherring gehörte, und hat die Kostüme, Geräte und den alten Grundriss der Tanzbahn ins Museum bringen lassen. Im Jahr 1935 soll man das Fest wiederbelebt haben, wie in verschiedenen Veröffentlichungen dokumentiert ist.

● Eine Trojaburg im Norden kann man im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide von Schneverdingen/Ehrhorn, Abzweigung Heimbuck erwandern und im Süden etwa in Uckersdorf in Markt Schwarzhofen in der Oberpfalz am sogenannten „Radlerbahnhof Schwarzhofen“ bei Uckersdorf besuchen. Anlagen gibt es in Schweden, Dänemark, Finnland und Norwegen

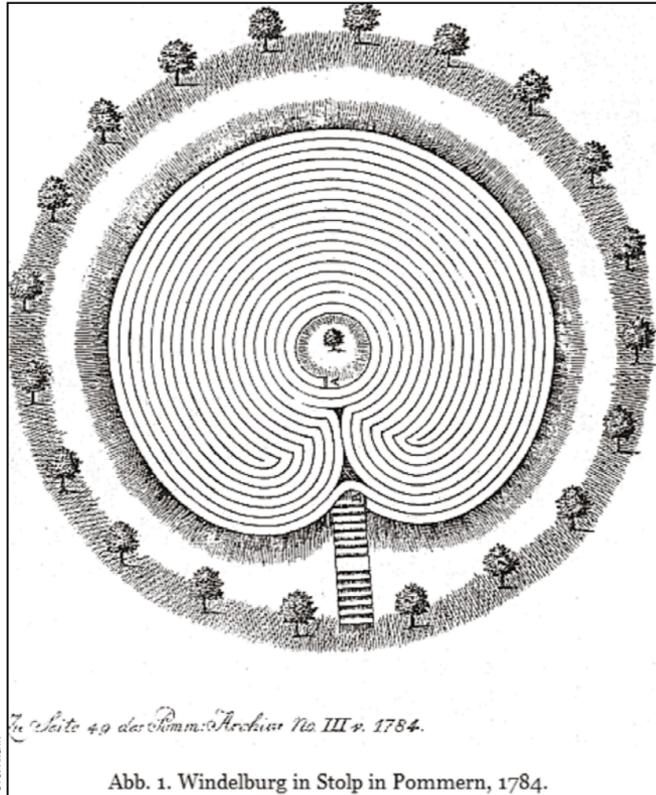


FOTO: ARCHIV

Zu Seite 49 der Pommer. Archiv No III v. 1784.

Abb. 1. Windelburg in Stolp in Pommern, 1784.

FERNSEHPIONIER

Paul Nipkow in Lauenburg

Auf seinen Spuren im Blauen Ländchen

Anlässlich einer Fahrradtour war ein Übernachtungsort Lauenburg [Lebork] im pommerisch-westpreußischen Grenzraum. Hier machten wir die Entdeckung, dass Paul Nipkow, der Vater des Fernsehens, unvergessen geblieben war. Er wurde in Lauenburg 1860 geboren und starb 1940 in Berlin. Schon mit 24 Jahren meldete er ein Patent für eine Scheibe an, auf der auf spiralförmig angeordneten Löchern bewegte Bilder zerlegt werden konnten. Diese Scheibe wurde nach ihm benannt.

In Lauenburg gibt es eine „Trasa Paula Nipkowa“, an der man entlangwandern



FOTOS: KLESZCZWSKI

Ein Exemplar des Nipkow-Wegweisers durch die Stadt und ein Blick in das Museum mit der bekannten Scheibe

kann, um an die Stätten zu gelangen, die von ihm und seiner Familie berichten. Die Hinweisschilder besitzen einen Rahmen, der einem Fernseher ähnelt. Der Informationstext ist auf Polnisch, Englisch und Deutsch. In dem Elternhaus des Technikers und Erfinders befindet sich ein Museum. Hier kann der Besucher auch die berühmte Nipkow-Scheibe betrachten.

Brigitte Kleszczwska

● Lauenburg liegt inmitten des „Blauen Ländchens“, malerisch am Fuße der Wilhelmshöhe, einem bis 200 Meter hohen Hügelland. Besonders hier kehren die Farben Blau und Weiß immer wieder: klarer blauer Himmel und breiter, weißer Strand; blaues Meer und weiße Wanderdünen

Aber auch im Landesinneren lag unter den aufgetürmten weißen Wolken ein bläulicher Schimmer über dem Land, daher der Name „Blauen Ländchen“. Lauenburg (damals Lewinburg) verlieh der Deutsche Ritterorden 1341 Stadtrecht. Das Ordenshaus, die Jakobikirche, Reste der alten Stadtbefestigung, der Efeuturm und die Altstadt sind die Sehenswürdigkeiten. Über die „Stadt der vier Türme“ ragte als fünfter der Bismarckturm auf der Wilhelmshöhe heraus. Er war das Wahrzeichen, von dem man weit ins Land hineinsehen konnte. Heute ist dort ein Museum untergebracht.

BS



FOTO: WIKIPEDIA/CHRON-PAUL

Die Lontzke-Düne bei Leba



Im blauen Ländchen rund um Lauenburg und Leba erstreckt sich die zauberhafte Landschaft Pommerns, die wir auf unserer Reise wiederentdecken. Ein einzigartiges Landschaftsbild aus Wanderdünen und feinen Sandstränden, Steilküste, duftendem Küstenwald und traditionsreichen Seebädern zeigt sich uns auf unserer Reise im spätsommerlichen Schein.

Traumhafte, ruhige Alleen führen entlang unzähliger Seen und durch entlegene Dörfer des Hinterlandes, in denen die Hühner noch über die Straße laufen. Lassen Sie sich vom unverwechselbaren Charme einfangen auf unserer Reise und von der Herzlichkeit und Gastfreundschaft der Menschen, denen wir begegnen. Versteckte Dörfer, kleine Städte, verwunschene Herrensitze und malerische Küstenstreifen und unsere Heimatdörfer oder die unserer Vorfahren laden ein, entdeckt zu werden, so z.B. Leba, Lauenburg, die Halbinsel Hela und Danzig.

15. Heimatreise

SOMMERFRISCHE AM MEER

12. - 22. September 2021

ANMELDUNG & INFORMATION

Bund der Lebaer e.V.
02226 1575787 oder 0170 4810703
bd@leba-online.de



„Die Wechselstimmung ist tatsächlich spürbar“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Mir ist noch immer die Szene aus dem Film ‚Quo Vadis?‘ in Erinnerung, wie Nero mit einem Schälchen seine Tränen auffing. Diese sind im Brand von Rom verdampft wie jetzt die abendländische Kultur“

Michael Holz, Playa del Ingles zum Thema: Peter der Weise (Nr. 15)



Ausgabe Nr. 18

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

GRÜNER SCHARLATAN?

ZU: FETT, FILZ – BEUYS, (NR. 18)

Joseph Beuys war Aktionskünstler, Zeichner, Bildhauer und Professor an der Kunstakademie Düsseldorf; er wurde zwischen beiden Weltkriegen geboren. Wer da in solchen unruhigen, sehr braunen und auch Nazi-düsteren Zeiten aufwachsen musste, dem könnte natürlich viel Pech am Filzkleben, denkbar wäre das schon.

Der Künstler Beuys war vielleicht mehr Scharlatan denn ein Künstler, aber eines, das war er ganz sicher auch: ein Klimaschützer, ein Freund der Natur, kurzum, ein „Grüner“ der allerersten Stunde. Im Jahre 1982 hat er auf der „documenta 7“ in Kassel sein Landschaftskunstwerk der 7000 Eichen „Stadtverwaltung statt Stadtverwaltung“ vorgestellt; seither ist die Stadt Kassel um 7000 Eichen grüner geworden.

Beuys verkaufte einfach den geldgeliebten Reichen im Lande Dinge des alltäglichen Lebens als seine Kunst, warum auch nicht? Damit hatte er einen riesengroßen Erfolg. Wie schrieb der „Spiegel“ kürzlich? „Beuys erklärte fast nie, warum und wozu er tat, was er tat!“ Ich sage und schreibe dazu: Warum sollte er auch erklären, was er tat und wozu er das tat?

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

DIE OPTION MAASSEN NUTZEN

ZU: PANIK BEI CDU UND FDP (NR. 16)

Die CDU schickt mit Herrn Maaßen ihren wohl integersten und qualifiziertesten Kandidaten ins Rennen um die Mandate des im September neu zu wählenden Bundestages. Das sollte endlich auch der linke Flügel der Partei erkennen. Sonst droht der durch und durch sozialdemokratisierten Union wirklich eine Wahlschlappe. Denn Merkel hat aus ihr, das gilt auch für die CSU, eine Multikulti-Partei mit sozialistischer Ausrichtung geschaffen.

Kapitalmärkte, Gesellschaft und alles, was diesen Staat trägt, hat diese Frau mit

der Professionalität einer ehemaligen FDJ-Funktionärin umgebaut. Widerstand kam innerhalb von CDU/CSU nur kurz unter Horst Seehofer auf. Mit dem neuen CSU-Chef Markus Söder ordnete sich auch der bayerische Unionsabteiler der Bundeskanzlerin unter.

Fazit: Spätestens im Spätsommer 2015 hörten die Schwarzen auf, eine konservative Partei zu sein. Das kam bei ihren Wählern nur noch nicht richtig an. Mit Maaßen hat die Union noch einmal die Chance zu zeigen, dass sie auch für klassisch-konservative Menschen attraktiv sein kann. Diese Option sollte sie nutzen, wenn sie die konservativen Wähler nicht weiter in die Arme der AfD treiben will. Hieß es nicht früher einmal, dass rechts von CDU/CSU kein Platz für Demokraten mehr sein darf? So sieht es nun aber wirklich nicht mehr aus.

Claus Reis, Schwabach in Franken

GRÜN ALS WELLNESSPRODUKT

ZU: DAS SCHEIN-DUELL (NR. 16)

Die Grünen mit ihrer Spitzenkandidatin Annalena Baerbock mögen inhaltlich für wenig stehen, aber „irgendwie“ anders und frischer wirken sie im Vergleich zur Union, die nach 16 Jahren Merkel am Boden liegt, und zur „alten Tante“ SPD, die kaum noch eine Rolle spielt, doch.

Die viel beschworene Wechselstimmung ist tatsächlich spürbar. Aber eine Wechselstimmung eher in dem Sinne, dass viele Menschen unzufrieden sind mit der aktuellen Ausrichtung der Politik und sich eine andere wünschen.

Selbst als die deutsche Wirtschaft noch brummte, konnte man spüren, wie sehr dieses Land politisch, sozial und kulturell auseinanderdriftete und die Gräben immer tiefer wurden. Bereits vor Corona war erkennbar, dass Deutschland mit seinem chronisch unterfinanzierten Bildungssystem, seinem Mangel an öffentlichen Investitionen und seiner zunehmend maroden Infrastruktur dabei ist, seine wirtschaftliche Spitzenposition auf immer mehr Feldern zu verlieren.

Das miserable Corona-Management, die verpfuschte Impfstoffbeschaffung und die immer neuen Lockdowns, während viele europäische Nachbarländer allmählich wieder öffneten, gaben der Stimmung in der Bevölkerung schließlich den Rest.

Je weniger man von Parteien erwartet, desto wichtiger wird die Frage, wie man sich bei der Wahl einer Partei selbst fühlt.

Wer will schon Parteien wählen, die öffentlich mies dastehen? Die Grünen haben es mit geschicktem Marketing, Psychologie und viel medialem Rückenwind geschafft, sich als neue „Wohlfühlpartei“ zu gerieren. Die Partei vermittelt ihren Wählern das Gefühl, ein moderner, verantwortungsbewusster, klimafreundlicher, weltoffener – kurzum ein guter Mensch zu sein. Wer „grün“ wählt oder dies vorhat, hebt also zugleich sein Selbstwertgefühl.

Die Grünen sind für viele Menschen zu einem derzeit stark nachgefragten „Wellnessprodukt“ geworden. Moden kommen und gehen. Stil und Werte aber sind unvergänglich. Alfred Kastner, Weiden

VIEL PLATZ FÜR WILLKÜR

ZU: VERLÄSSLICHE POLITIK (NR. 14)

Bei Verstorbenen wird keine Untersuchung durchgeführt, um festzustellen, ob sie an oder mit oder nur in der Corona-Zeit verstorben sind. Somit ist und bleibt der politischen Willkür Tür und Tor geöffnet. Manfred Voss, Oldendorf

VERHÄLTNIS ZU RUSSEN PFLEGEN

ZU: „DER SCHREI EINES VERZWEIFELTEN“ (NR. 13)

Nehmen Sie meinen herzlichen Dank für Ihren hervorragenden Beitrag (über die deutsch-russischen Beziehungen, d. Red.), der mir eiskalt den Rücken herunterlief und mich fassungslos macht.

Warum? Weil wir Deutsche essentiell für unsere Sicherheit ein gutes Verhältnis zu den Russen haben müssen. Das lehrt

nicht nur die Geschichte (1888 und 1890), sondern in Kombination dazu der Blick auf die europäische Landkarte.

Wir sind immer mittendrin und haben genügend bittere Erfahrungen mit Zweifrontenkriegen gemacht. Wenn wir auch mit unseren westlichen europäischen Nachbarn gut auskommen, so muss das ja nicht so bleiben.

Denken wir an den französischen Politiker Pierre Mendès-France, der uns 1954/55, also zehn Jahre nach Kriegsende, noch das Saarland entreißen wollte. Oder an Sarkozy 2004. Selbst wenn es auch keinen Krieg in Europa mehr geben sollte, was ich vermute, ist ein gutes Verhältnis zu den Russen absolut sinnvoll und empfehlenswert.

Wenn wir Deutsche den Russen mit Anmaßung entgegentreten, sie hochnäsiger und herablassend behandeln, ist das absolut inakzeptabel, weil uns das die Russen ganz sicher zu Feinden macht. Das ist so selbstverständlich wie das Amen in der Kirche. Denn Arroganz ist eine der Hauptsünden, was mir sicherlich jeder Leser dieser Zeilen bestätigen wird, weil mit der Arroganz die Ehre jedes Menschen verletzt wird. Überheblichkeit sitzt tief und kann kaum vergessen werden.

Werner Felix Schoor, Leichlingen

DIE GRANDKARTE ZIEHEN

ZU: NACH DEM BEBEN (NR. 11)

Sie mögen ja hie und da recht haben. Wer so dämlich ist und obendrein noch seine einzige Waffe (Stimmrecht) aus der Hand legt und nicht mal wählen geht, der hat den Lockdown, die Asylwellen, Auflösung von innerer und äußerer Sicherheit oder No-Go-Areas voll verdient. Wenn ich Veränderung haben will, muss ich auch mal dazu bereit sein, über meinen Schatten zu springen und die wählen, die mir nicht so „am Herzen“ liegen.

Nicht wählen ist keine Lösung. Wie sagte mal Carl Zuckmayer? „Wer Grand spielt, der muss auch mit den Jungs rauskommen!“ Anders geht's nicht! Axel Schröder, Pärnäs/Finland

ANZEIGE

Freiheit oder Knechtschaft: Warum wir uns jetzt entscheiden müssen!

■ 30 Jahre nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Kommunismus erhebt die Tyrannei erneut ihr Haupt. Die Mächtigen holen zum endgültigen Schlag gegen den freien und selbstbestimmten Menschen aus. Und das nicht geheim oder im Verborgenen. Sie machen überhaupt keinen Hehl aus ihren revolutionären und menschenfeindlichen Absichten.

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet im »merzogenen« Deutschland die Instrumente entwickelt und ausprobiert werden, mit deren Hilfe die Nationalstaaten und der Individualismus abgeschafft werden sollen. Mit einer ganzen Reihe von Vertrags-, Gesetzes- und Verfassungsbrüchen setzt sich Angela Merkel ungestraft über den demokratischen Rechtsstaat hinweg und hat damit das Tor zu einer Hölle aufgestoßen, von der wir glaubten, wir hätten sie ein für alle Mal hinter uns gelassen. Welche Herrschaftsform auch kommt, sie wird totalitär sein, und zwar in einem Ausmaß, wie wir es bislang nicht gekannt haben.

Die Demokratie hat bereits schweren Schaden genommen.

Mehr denn je stehen wir am Scheideweg zwischen Freiheit und Knechtschaft. Jetzt entscheidet sich das Schicksal der kommenden Generationen.

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Dr. C. E. Nyder

Great Reset

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

KOPP

Mit ihrer schonungslosen Analyse legen die Autoren offen:

- Welche unheilvolle Rolle Angela Merkel beim »Great Reset« spielt
- Warum nur noch eine »genetisch optimierte« Elite regieren soll
- Wie nicht legitimierte Organisationen staatliche Aufgaben übernehmen
- Warum die Energiewende gleich in zweifacher Hinsicht für den »Great Reset« von Bedeutung ist
- Welche Rolle die große Enteignung des Mittelstands dabei spielt
- Warum wir kurz vor einem molekularen Bürgerkrieg stehen
- Welche Rolle der Verfall des Rechtsstaates und der Inneren Sicherheit spielt
- Warum der »Great Reset« eine ideologisch ausgerichtete Polizei braucht
- Welche wichtige Rolle die Corona-Krise für den »Great Reset« spielt
- Wie die Klimahysterie mit der Corona-Krise verbunden ist
- Wie sich die Mächtigen als Retter einer Krise inszenieren, die es ohne sie nie gegeben hätte.

Lässt sich der »Great Reset« noch stoppen?

Der Umbau des Staates ist bereits bedrohlich vorangeschritten. Die Freiheit gewinnt ihren Wert aus der Tatsache, dass wir um sie kämpfen müssen! **Jetzt kommt es auf jeden Einzelnen an.**

KOPP VERLAG Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de

Dr. C. E. Nyder: Great Reset • gebunden
384 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 983 500 • 22,99 €

GARTENKUNST

Viktorianische Extravaganz

England blüht – zumindest auf dem Lande, wo die Gartensaison kunstvoll verspielte Blüten trägt



Natur, Kunst und Architektur im Einklang: Ein Blütenmeer auf dem Landsitz Waddesdon Manor in der britischen Grafschaft Buckinghamshire

Foto: pa

VON HELGA SCHNEHAGEN

Die Gartensaison ist eröffnet, und da kann ein Blick über den Kanal nach England mit seinen Hunderten im ganzen Land verteilten wunderschönen und einzigartigen Gärten lohnen. Dort sind inzwischen Besuche der Gärten des Landadels mit Zeitfensterkarten möglich. Zudem ist die Außengastronomie geöffnet.

Viele Gärten sind mit prominenten Namen verbunden. Ein herausragendes Beispiel viktorianischer Extravaganz ist Waddesdon Manor and Gardens, für das der frankophile Bankier, Politiker und leidenschaftliche Kunstsammler Baron Ferdinand de Rothschild (1839–1898) aus der berühmten Rothschild-Dynastie verantwortlich war. Im Herbst 1874 kaufte er vom Herzog von Marlborough Land im Dorf Waddesdon in Buckinghamshire, einer Grafschaft, die südöstlich an den Großraum London grenzt. Heute gehört Waddesdon der britischen Denkmalpflege-Organisation National Trust.

Aus dem „Nichts“ von Wiesen und Äckern gestaltete Baron Ferdinand einen Landsitz, der zur exklusiven Party-Destination wurde. Seine legendären Wochenend-Einladungen wurden der Treffpunkt der damaligen Prominenz, sodass selbst Königin Victoria nicht umhinkam, den Baron als „eine der außergewöhnlichsten Figuren Englands“ zu bezeichnen.

Am 14. Mai 1890 machte sie persönlich einen Ausflug nach Waddesdon, nicht nur um ihre Neugier auf Ferdinands reiche Kunstschatze zu stillen, sondern auch um den ultramodernen Komfort des Herrenhauses zu bewundern: Es war zu jener Zeit bereits vollständig mit elektrischem Licht ausgestattet. Dies verhinderte jedoch nicht, dass auch die Königin nach altherwürdigem Brauch vor ihrer Abreise einen Baum auf dem Gelände pflanzte.

Um seine Gäste aus dem Staunen nicht herauskommen zu lassen, hatte der verwitwete Baron das Herrenhaus Waddesdon Manor in Anlehnung an die

Loire-Schlösser erbauen lassen. Auch den Garten ließ er ideenreich in Anlehnung an französische Gärten gestalten, mit Skulpturen bevölkern und künstlichen Felsarbeiten bestücken. Neben mehreren Grotten boten andere Felsformationen Bergziegen und Lamas ein Zuhause. Ein wahres Schmuckstück wurde die gusseiserne Voliere. Gerne fütterte Ferdinand die darin lebenden exotischen Vögel vor seinen Gästen. Heute ist der vergoldete Vogelkäfig ein registrierter Zoo für gefährdete Arten samt Zuchtprogramm.

Ein Kapitel für sich sind die Beete, die regelmäßig neu bepflanzt werden. Erste Farbe in die Frühlingsbeete bringen im März Blausterne, während auf den Wiesen frühe Narzissen blühen. Im April präsentiert sich der Parterre- und Volierengarten in einer Mischung aus Tulpen und Vergissmeinnicht. Andernorts leuchten zahllose Mauerblümchen, Narzissen und Gänseblümchen.

Ende Mai werden die Beete mit Sommerblumen bepflanzt. Außerhalb spritzen Glockenblumen und Maiglöckchen. Im Juni besticht das Parterre mit einem Mix aus Grün, Rosa und Gelb. Dabei erblüht jedes Jahr auch ein neues Teppichmotiv, das entweder der Sammlung entnommen ist, wie etwa schon der Apollo-Kopf aus dem hauseigenen Savonnerie-Teppich, oder sich auf kommende Ausstellungen bezieht. Dazu steht der Rosengarten in voller Blüte.

Im Juli und August entfalten die Zierbeete ihre größte Pracht. Im September bestimmen Herbstzeitlose das Parterre. Im Oktober entfernt man die Sommerpflanzen, setzt Frühlingszwiebeln und Blütenpflanzen – und der Kreislauf beginnt von vorn.

Sissinghurst Castle Garden

Mitten auf dem Land liegt Sissinghurst Castle Garden. Dennoch zieht es pro Jahr über 180.000 Besucher nach Südostengland, um das Lebenswerk des legendären Ehepaars Vita Sackville-West (1892–1962) und Harold Nicolson (1886–1968), zwei

Schriftsteller aus dem englischen Adel, zu bewundern.

Auf der Suche nach einem alten Haus mit genügend Land für einen großen Garten war Vita an einem regnerischen Tag im April 1930 mit ihrem Sohn Nigel nach Sissinghurst gekommen und verliebte sich sofort in das verfallende elisabethanische Anwesen. Innerhalb von drei Wochen war sie stolze Besitzerin des Hauses sowie des umliegenden Ackerlandes von über 160 Hektar in der unberührten Landschaft von Kent.

Der Doppelturm aus dem 16. Jahrhundert ist alles, was von dem großen Herrenhaus übrig geblieben ist. Er wurde Vitas Zuflucht, wo sie Ruhe fand und ihre Bücher schrieb. Der Weg zur Aussichtsplattform erlaubt einen Blick in ihr Refugium. Das South Cottage hingegen wurde zu Harolds Bereich.

Vom Turm überblickt man das gesamte fünf Hektar große Areal und seinen „natürlichen“ Übergang in die umgebende Landschaft. Besser als am Boden erkennt man die Unterteilung des Gartens



Geplanter Wildwuchs: Sissinghurst Cottage Garden mit Turm Foto: Schnehagen

durch Mauern und Hecken in zehn geschlossene thematische Räume wie etwa den Weißen Garten, den Rosengarten, den Kräutergarten, den Lindenweg und den Cottage Garden. Durch diese Aufteilung wirkt der Garten größer als er mit seinen 2,5 Hektar ist.

Eine Berühmtheit ist der Weiße Garten, der inzwischen vielerorts Nachahmer gefunden hat. Rosen, Clematis, Tränende Herzen, Anemonen und andere Pflanzen mehr blühen hier in allen Schattierungen von Weiß. Das Ehepaar suchte den Garten gerne in der Dunkelheit auf, um sich von der Leuchtkraft der Pflanzen verzaubern zu lassen. Der Rosengarten zeugt von Vitas Schwäche für alte Rosensorten. Die dazu gepflanzten Stauden setzen diese geschickte in Szene und erlauben gleichzeitig eine längere Blütezeit des Gartens. 1967 überschrieb Harold dieses Idealbild eines Gartens des britischen Landadels dem National Trust.

Europas größtes Gartenbauprojekt

In Salford in Englands Nordwesten eröffnet die renommierte Royal Horticultural Society (RHS) am 18. Mai 2021 mit dem Garden Bridgewater Europas aktuell größtes Gartenbauprojekt. Es ist der fünfte RHS-Garten auf der Insel. Der 154 Hektar große Leuchtturm für Garten-Inspirationen, Schulung und Beratung liegt nur rund 13 Kilometer von Manchester entfernt. Mehr als eine Viertelmillion Pflanzen sind vor der Eröffnung in den Boden gesetzt worden, was einen enormen Schub für die biologische Vielfalt in der Region bedeutet. Die Wiederbelebung der Gärten des historischen Worsley New Hall Estate mit Küchengarten, Obstgarten, therapeutischem Garten und als Herzstück dem ummauerten Garten umschließen alle wieder weitere Gärten.

● Virtuelle Besichtigungen

1) www.waddesdon.org.uk; 2) www.nationaltrust.org.uk/sissinghurst-castle-garden/features/sissinghurst-castle-virtual-tours; 3) rhs.org.uk/gardens/bridgewater

SCHLÖSSER UND GÄRTEN

Der Große Kurfürst lädt wieder ein

Nach der Corona-bedingten Schließung im November sind die Schlösser Rheinsberg (Ostprignitz-Ruppin) sowie Caputh (Potsdam-Mittelmark) und Oranienburg (Oberhavel) wieder geöffnet. In Caputh und Oranienburg kann man außerdem wieder die Ausstellung „Machtmensch. Familienmensch. Der Große Kurfürst“ besichtigen, die anlässlich des 400. Geburtstages von Friedrich Wilhelm von Brandenburg im vergangenen Jahr gestartet war und nach dem Lockdown jetzt bis zum 31. Oktober verlängert wurde.

Grundlage für die Öffnung sind die Vorgaben des Infektionsschutzgesetzes: In den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Oberhavel und Ostprignitz-Ruppin hat die Anzahl der Positivtests mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 den Sieben-Tage-Inzidenzschwellenwert von 100 unterschritten. Über die Öffnung weiterer Schlösser will die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten (SPSG) in Abhängigkeit von den Inzidenzwerten und den behördlichen Anordnungen jeweils kurzfristig entscheiden.

Einschließlich der Pfaueninsel in Berlin bleiben alle Park- und Gartenanlagen der SPSG weiterhin zugänglich. Durch Beschilderungen und Markierungen sowie durch das Personal wird vor Ort auf die Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen hingewiesen. Festgelegt ist zudem die maximale Anzahl der Personen, die sich gleichzeitig in den Schlossräumen aufhalten dürfen, um den vorgeschriebenen Mindestabstand nicht zu unterschreiten. In den Schloss- und Museumsräumen sowie auf der Fähre zur



Wieder offen: Schloss Oranienburg

Pfaueninsel ist das Tragen einer FFP2- oder KN95-Maske Pflicht. Allerdings werden bis auf Weiteres weder Gruppenführungen noch Führungen für Einzelbesucher angeboten.

Für die Besuche in den Schlössern ist eine vorherige Terminbuchung erforderlich. Für das Schloss Rheinsberg werden Eintrittskarten neben dem Verkauf vor Ort im Ticketshop online unter tickets.spsg.de/ angeboten. Die Karten kann man maximal eine Woche vor dem Besuchstermin erwerben.

In Caputh und Oranienburg können Eintrittskarten ausschließlich an den Schlosskassen erworben werden. Die Karten sind zeitgebunden und mit einer Einlasszeit versehen. Der letzte Einlass ist jeweils um 17 Uhr. Schloss Caputh ist das älteste erhalten gebliebene Lustschloss aus der Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg in der Potsdamer Kulturlandschaft. Das Edikt von Potsdam 1685 und die Aufnahme tausender Hugenotten, den Religionsflüchtlingen aus Frankreich, hat den Kurfürsten weit über die Grenzen Brandenburgs hinaus bekannt gemacht. Die Ausstellung in Caputh und Oranienburg ist nicht nur aus diesem Grund überaus lohnenswert. SPSG, H. Tews

● FÜR SIE GELESEN

Volksfeindliche Ziele einer Elite

Beim größten Online-Buchhändler Deutschlands nicht lieferbar – so, so ... Da hat der Verlag wohl eine zu kleine Auflage herausgebracht oder das Werk mit dem Titel „Angriff auf den freiheitlichen Staat“ war den Amazon-Zensoren zu „heikel“. In Anbetracht seines Inhaltes muss man dabei wohl vom Letzteren ausgehen. Denn der Philosoph und Politologe Lothar Fritze, bis 2019 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und zugleich auch Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz, hat hier nicht mehr und nicht weniger als ein Kompendium vorgelegt, in dem er sämtliche Gebrechen unseres angeblich so wohlgeordneten Staatswesens in der Endphase der Ära Merkel beschreibt und in ihren fatalen Auswirkungen analysiert.

Fritze beginnt mit einer Bestandsaufnahme der desolaten geistig-kulturellen beziehungsweise politischen Situation in der Bundesrepublik und schildert dabei die Zukunftsvorstellungen einer Elite, welche sich von denen der Masse des Volkes unterscheiden wie die Nacht vom Tage. Was aber zu keinem Umdenken oder gar Umsteuern führt, weil die repräsentative Demokratie den an der Macht befindlichen Kosmopoliten genügend Möglichkeiten bietet, den Staat zu kapern und für ihre Zwecke zu missbrauchen.

In den nachfolgenden Abschnitten schildert Fritze dann in aller Ausführlichkeit, welche Kampfmethoden dabei zum Einsatz kommen: Manipulation der Sprache, Zwang zur „Politischen Korrektheit“, Tabuisierung bestimmter Themen, Indoktrination und Manipulation des Volkes, Diffamierung und Stigmatisierung des politisch-ideologischen Gegners bis hin zur Existenzvernichtung, Verwendung des Populismus-Vorwurfes, Anmaßen nicht vorhandener Kompetenzen und Gleichschaltung der Medien.

Das alles geht auch mit einer Selbstschädigung einher, denn es führt auf Seiten der Herrschenden und ihrer Entourage zu gravierenden Realitätsverlusten, Selbstverdummung und Selbstverrat sowie moralischer Erpressbarkeit durch das Ausland und Fundamentalisten im Inneren. Das hindert die selbsternannten Eliten aber nicht daran, ihre volksfeindlichen Ziele sukzessive zu erreichen. Diese beiden Aspekte bringt Fritze ebenso zur Sprache, wobei er wiederum in brillanter Schärfe herausseziert, wie durch Machtmissbrauch und die Verletzung des Neutralitätsgebotes seitens des Staates sowie Untergrabung der Gedanken- beziehungsweise Meinungsfreiheit und Einschränkung essenzieller Bürgerrechte eine „totalitäre Demokratie“ entsteht.

Für den Politikwissenschaftler geht die Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung somit nicht von „rechts“ oder „links“ aus, sondern von einem staatlichen Hegemon, der den völlig legitimen Kampf der Ideen und Interessen zugunsten seiner eigenen Agenda abzuwürgen versucht. *Wolfgang Kaufmann*

Lothar Fritze: „Angriff auf den freiheitlichen Staat. Über Macht und ideologische Vorranghaft“, Basiliken-Verlag, Marburg an der Lahn 2020, gebunden, 284 Seiten, 24,80 Euro.



REISEFÜHRER



Lieblings-Urlaubsregion

Nach Bayern ist Mecklenburg-Vorpommern das beliebteste Reiseziel der Deutschen. Mondäne Seebäder, Natur und Kultur beschreibt der Baedeker

Magische Momente lassen sich nicht nur an Mecklenburg-Vorpommerns Stränden erleben, wenn die Sonne untergeht, sondern auch das Hinterland hat viel Interessantes zu bieten. Hansestädte, Schlösser, Bauernhöfe

und einsame Flecken in einer wundervollen Natur laden dazu ein, entdeckt zu werden. Die Neuauflage des Baedekers gibt zahlreiche Anregungen neben einem Exkurs in die Geschichte und praktischen Tipps. *MRK*

Christian Nowak/Jürgen Sorges: „Baedeker Mecklenburg-Vorpommern“, 14. Auflage, MairDumont Verlag, Ostfildern 2021, flexibler Einband mit herausnehmbarer Karte, 402 Seiten, 22,95 Euro

POLITIK

Demokratie in den letzten 200 Jahren

Die Historikerin Hedwig Richter polarisiert mit ihrer Sicht der Geschichte die Fachwelt – Auf den Bestseller reagieren viele ihrer Kollegen empört

VON DIRK KLOSE

Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt – Schillers Diktum über Wallenstein trifft auch auf das Demokratiebuch von Hedwig Richter zu: In kürzester Zeit erreichte es Platz 1 der „Spiegel“-Bestsellerliste; zugleich aber wurde es von mehreren Fachhistorikern geradezu gnadenlos zerrissen, was wiederum von anderen empört zurückgewiesen wurde. Lange hat kein Buch so aufgeregt.

Die so sympathisch jugendlich und unbekümmert wirkende Autorin – sie ist Professorin an der Bundeswehrhochschule München – hat längst in den sozialen Medien eine treue Gemeinde. Ihr Buch über die „deutsche Affäre“ ist in einem vergleichsweise heiteren und optimistischen Ton geschrieben. Verkürzt gesagt ist die Demokratie nach Richters Auffassung seit 1800 immer vorangekommen, und heute können wir alles in allem ruhig zufrieden sein: „Demokratie ist eine wunderbare und wunderliche Geschichte. Sie ist eine Affäre voller Krisen, aber auch voller Glück und Neuanfang, gerade für die Deutschen.“

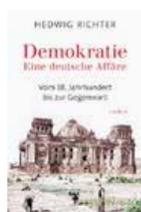
Letztlich rekapituliert die Autorin die deutsche Geschichte der letzten 200 Jahre unter diesem Aspekt. Wie ein Pfadfinder entdeckt sie Wege demokratischen Gedankenguts: im Mitleid für Arme und Kranke, was zumal Frauen in die Politik trieb; in den Kriegen von 1813; im Paulskirchenparlament von 1848/49; in der wachsenden Proletarisierung ab den

1870er Jahren; im 20. Jahrhundert in den Schrecken der Weltkriege; in den Jahrzehnten nach 1945, als ein „Konsenskapitalismus“ die Deutschen, „Konservative und Linke und Liberale, Alte und Junge“ einte.

Immer wieder kommt sie, was etwas befremdlich wirkt, auf die „Befreiung des Körpers“ zu sprechen. Das steht symbolisch für die Abschaffung der Sklaverei in Europa, für die allmähliche rechtliche Gleichstellung der Bauern, für den Schutz der Kinder vor zu früher Arbeit und vor allem für die langsame, aber unaufhaltsame Emanzipation der Frau. Nicht von ungefähr wirken diese Passagen mit besonderem Nachdruck geschrieben.

Es ist ein Buch, das man in ständigem Pro und Contra liest, denn nicht alles überzeugt, aber das kennzeichnet ein gutes Buch. Das Buch sei ein „veritables Ärgernis“ urteilte der renommierte Münchner Historiker Andreas Wirsching; sein Trierer Kollege Christian Jansen konstatierte „fragwürdige Kategorien und Bewertungen“. Was also tun? Da hilft nur eins: selber lesen! Es liegt bereits die dritte Auflage vor.

Hedwig Richter: „Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart“, C.H. Beck Verlag, München 2020, gebunden, 400 Seiten, 26,95 Euro



ANTIKE MYTHEN

„Er Ist, Der Er Ist“

Handwerkliches Fingerspitzengefühl und ein bisschen Dada – Raoul Schrott übersetzt vier große Tragödien des Euripides

VON HARALD TEWS

Einige Übersetzungen ins Deutsche haben kanonischen Charakter, das heißt, sie sind bis in die heutige Zeit unverzichtbar geworden. Dazu gehören die Luther-Bibel, die Schlegel-Tiecksche Shakespeare- oder die Voss'sche Homer-Übersetzung.

Die moderne Übertragung eines anderen antiken Klassikers hat das Zeug, ebenfalls kanonisch zu werden: Raoul Schrotts Verdeutschung der „Großen Stücke“ des griechischen Dramatikers Euripides. In Zeiten, da das schwierige Handwerk von Versübersetzungen antiker Literatur aus der Mode gekommen ist, hat sich Schrott so etwas wie eine Monopolstellung aufgebaut. Als Literaturwissenschaftler, Romanautor („Finis Terrae“, „Tristan da Cunha“) und Lyriker hat er sein Fingerspitzengefühl für Übersetzungen von babylonischen („Gilgamesch-Epos“) und antiken Werken (Homers „Ilias“) bereits ausgiebig bewiesen können.

Dieses zeigt er einmal mehr bei den Tragödien „Alkestis“, „Bakchen“, „Elektra“ und „Orestes“. Es wäre müßig über griechische Versmaße zu reden wie den jambischen Trimeter oder den Daktylus, über die Besonderheiten der Metrik mit der Zäsur in der Versmitte oder den hymnischen Dithyrambos in der Chorlyrik. Einerlei: Schrott beherrscht das alles, weshalb er auch nicht den einfachen Weg einer Prosaübertragung ging. Das geht keineswegs zulasten der Verständlichkeit, auch wenn manches leicht „dada“ klingt:

„Er Ist, Der Er Ist, Dionysos, Der, Der Er Ist.“ Schrott hat sich viel mit Dadaismus beschäftigt, das merkt man seiner Nachdichtung an, schaden tut es aber nicht. Es wirkt eine Frischluftzufuhr.

Entsprechend sinniert Oliver Lubrich im Nachwort über „Die Modernität der Tragödie“ bei Schrott/Euripides. Gleiches lässt sich sicher auch von vielen anderen Klassikern behaupten. Das bacchantische Gelage der vom Gott Dionysos mit einer Überdosis berauschten Bakchen, der Opferod der Alkestis, die für ihren geliebten Mann Admetos in die Unterwelt geht, sowie der Rachemord der Elektra und ihres Bruders Orestes an ihrer Mutter Klytämestra, die ihren Mann, König Agamemnon, töten ließ, nehmen in Schrotts Version durchaus feministische Züge an. Spaß zu lesen macht es trotzdem.

Etwa 18 Stücke sind von Euripides erhalten, darunter Klassiker wie „Medea“, „Iphigenie in Aulis“ oder „Die Schutzfehenden“. Schrott hat da noch viel zu tun, um sie für ein Lesepublikum aufzufrischen, denn in den Theatern sind attische Tragödien wie auch die von Sophokles und Aischylos leider immer seltener zu sehen.

Euripides: „Die großen Stücke. Alkestis, Bakchen, Elektra, Orestes“, übertragen von Raoul Schrott, dtv, München 2021, gebunden, 408 Seiten, 30 Euro



Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
 Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb

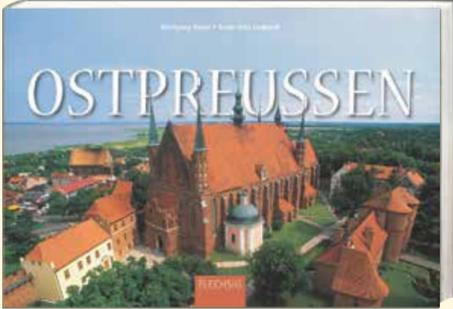


Ulrich Jakobzik
Sensburg
 Stadt unseres Herzens
 Mit 400 zum Teil farbigen Abb.
 392 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1089 **9,95 €**

Ulrich Jakobzik hat in diesem Band ein Fülle von Bildern, Texten und Dokumenten zu Sensburg zusammengestellt. Neben der Chronik der Stadt sind ein Stadtplan, das Fernsprechverzeichnis aus dem Jahr 1940, Informationen aus dem Kultur- und Wirtschaftsleben der Stadt, Heimatdokumente und viele, viele Erzählungen, in Prosa und Reinform rund um Sensburg und Masuren in diesem Buch enthalten. Ein masurisches Tanzliedchen, Abbildungen aus 33 Ortschaften aus dem Kreis Sensburg und „Große Mutter Masuren“ – eine Heimathymne in 24 Bildern, runden das Werk ab. Ein Muss für jeden der sich gerne an die Heimat erinnert.



Heimat deine Sterne
 Mit unvergessenen Film- und Schlagerstars
 Ilse Werner, Lale Andersen, Zarah Leander, Heinz Rühmann, Hans Albers, Willy Schneider, Paul Hörbiger, Melitta Kepac u.v.m.
 (Lauftzeit 64 Minuten)
 Nr. P 5855 **CD 12,80 €**



Wolfgang Korall (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Ostpreußen – Ein Panorama-Bildband
 Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 239 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Ostpreußen wie es heute ist.
 Nr. P 542016 Gebunden mit farbigem Überzug **14,95 €**



Lorenz Grimoni u. Walter Daugsch
Museum Stadt Königsberg in Königsberg
 Mit zahlreichen Abbildungen im Text. Kartoniert/192 Seiten
 Nr. P 1016 **6,95 €**

Das ehemalige „Museum Stadt Königsberg“ war ein höchstes Ansprüche genügendes Schaufenster in die Geschichte und Kultur der alten ostpreußischen Provinzhauptstadt, und es wurde zu einem Ort der Begegnung zwischen Königsbergern, Duisburgern und Kaliningradern, an dem gemeinsam gelernt, gesprochen und aus der reichen Vergangenheit Königsbergs für das heutige Kaliningrad die geistigen Fundamente bewusst gemacht wurden. Der vorliegende Band informiert ausführlich über die Geschichte der Stadt, seine Architektur und städtebauliche Entwicklung, das Kunsthandwerk, die Wissenschaft, die Wirtschaft und den Verkehr und zeigt viele Exponate, zum Teil in Farbe.



Walter Dignath/Herbert Ziesmann
Die Kirchen im Samland
 Mit 156 S/W-Abbildungen. 232 Seiten/Gebunden mit SU
 Nr. P 1046 **6,95 €**

Diese reichhaltig illustrierte Dokumentation vermittelt in Wort und Bild eine umfassende Übersicht über die Kirchen im Samland, über ihre Geschichte und über die Menschen, die in ihnen gewirkt haben. Ebenfalls enthalten sind die Kirchen der Gemeinden, die später zu Königsberg gehörten. Das Buch ist so angelegt, dass in einem ersten Teil nach gleichbleibendem Schema zu jeder Kirche die erforderlichen Angaben gemacht werden, und dann in einem zweiten Teil unter der Überschrift „Bemerkungen“ historische und sonstige Besonderheiten der jeweiligen Kirchengemeinde wiedergegeben werden. Viele historische Abbildungen runden das Werk ab.

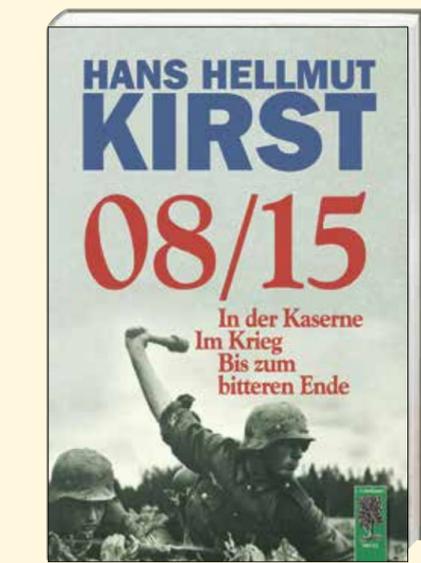


Heimat deine Sterne
 Lili Marleen und der Soldatensender Belgrad
 Marlene Dietrich, Ilse Werner, Lale Andersen, Wilhelm Strienz, Herbert Ernst Groh, Kary Barnett, Suzy Solidor, Magda Hain, G. Böhnert und viele mehr. (Lauftzeit 72 Minuten)
 Nr. P 5856 **CD 12,80 €**

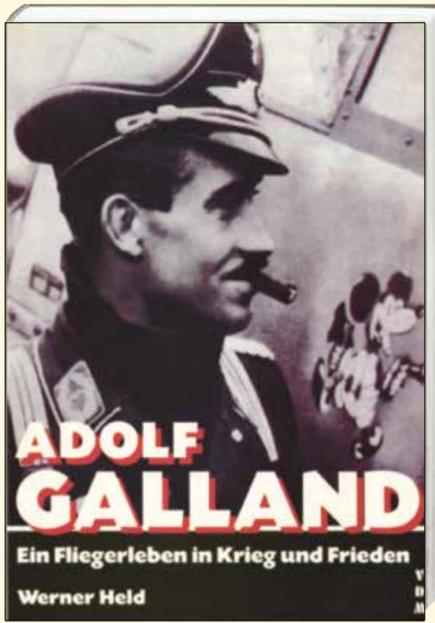


Thomas Medicus
Melitta von Stauffenberg
 Ein deutsches Leben
 416 Seiten
 Taschenbuch
 Nr. P A0631 **9,99 €**

Schwägerin des späteren Hitlerattentäters, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Flugpionierin. Als Stukatestypilotin mit zweitausend Sturzflügen hat sie den Bombenkrieg der Luftwaffe perfektioniert – eine tragische Himmelsstürmerin: Melitta von Stauffenberg lebte gefährlich und stets am Limit. Ihre Liebe zum feingeistigen Althistoriker Alexander von Stauffenberg war ebenso bedingungslos wie ihre Hingabe an die Fliegerei, die ihr am 8. April 1945 zum Verhängnis wurde. Thomas Medicus beschreibt mit Hilfe bisher unbekannter Quellen dieses ebenso faszinierende wie radikale Leben. Ein einzigartiges Frauenschicksal – und ein dramatisches Kapitel deutscher Geschichte.



Hans Hellmut Kirst
08/15
 Trilogie: In der Kaserne, Im Krieg, Bis zum bitteren Ende
 Null-acht-fünfzehn war ein Universalgewehr des deutschen Soldaten. Der Name wurde zum Synonym für ständig wiederkehrende Typen, Dinge und Geschehnisse seines Alltags, über Routinehandlungen, die ihren Sinn längst verloren hatten, über Schikanen und Qualen, die man hinnahm, ohne mit dem „Warum“ zu fragen. Hass und Eulenspiegelerei, Anklage und ein unerschütterlicher Glaube an die Würde des Menschen und den Sieg des gesunden Menschenverstandes geben diesem einmaligen Buch vom deutschen Soldaten das Gepräge. Entscheidend aber bleibt die bedingungslose Absage des Autors an den Krieg, an die Unmenschlichkeit und an die Mächte des Chaos.
 890 Seiten
 Nr. P A1528 Gebunden **38,00 €**



Werner Held
Adolf Galland
 Ein Fliegerleben in Krieg und Frieden
 Das Porträt von Adolf Galland mit vielen Bildern der frühen Jahre, bis zu den ersten Missionen im Spanischen Bürgerkrieg, den Einsätzen 1939 und 1940 gegen britische Spitfires und Hurricanes, seine Beförderung zum General. „Wo bleiben unsere Jäger?“. war eine Frage, die die Bevölkerung und Truppe in den Jahren der schweren alliierten Luftangriffe immer wieder gestellt haben. In vorliegendem Buch wird einer der berühmtesten vorgestellt. Er wie seine Kameraden haben ihren Dienst bis zur Selbstaufgabe durchgeführt, und sich für ein verbrecherisches Regime in Gefahr gebracht.
 Nr. P A1628 Kartoniert **10,10 €**

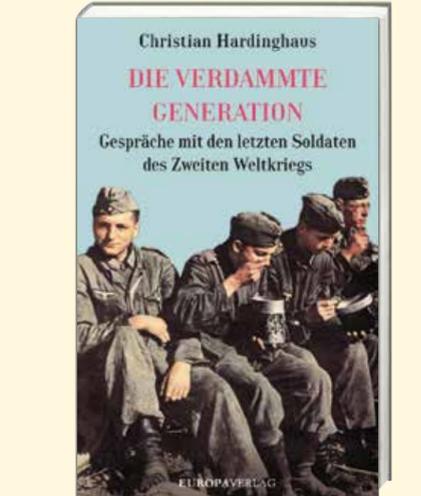


Heimat deine Sterne
 Mit unvergessenen Stars aus Oper und Operette
 Marika Rökk, Benjamino Gigli, Heinrich Schlusnus, Erna Berger, Herbert Ernst Groh, Alfons Flügel, Maria Cebotari, Heinz Goedecke, Karl-Schmitt-Walter u.v.m. (Lauftzeit 68 Minuten)
 Nr. P 5854 **CD 12,80 €**

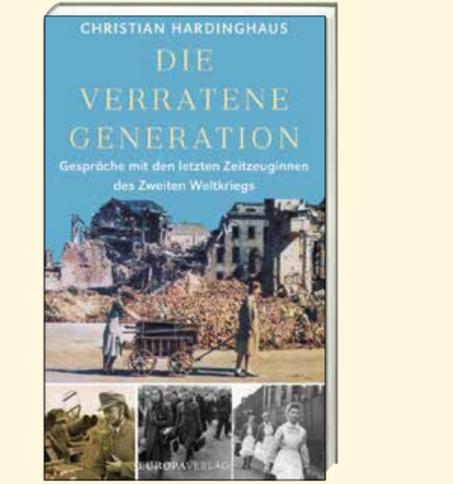


Anton G. Keller
Der verhinderte Jagdflieger
 Abenteuer eines Fluglehrers im 2. Weltkrieg
 280 Seiten/Kartoniert
 Nr. P A1652 **9,95 €**

Bei Kriegsbeginn war der Autor sechzehn Jahre alt, also noch Schüler. Im Alter von achtzehn Jahren wurde er Soldat, und wie viele in seinem Alter war er besonders begeistert von den Fliegern. Als er dann eingezogen wurde, war es sein großes Ziel, selbst Pilot zu werden. Der Weg zu seinem Ziel, von der Aufnahmeprüfung über die Ausbildung bis zu seinen Abenteuern als Fluglehrer schildert er in diesem Buch. Wie es ihm in den vier Jahren erging, vom Mai 1941 bis zum Mai 1945 wird hier geschildert, aufgelockert durch die humorvolle Beschreibung der Ereignisse um das Kasernenleben. Der Leser kann erfahren, wie ein einzelner kleiner Soldat der damaligen „Luftwaffe“ jene Zeit in Wirklichkeit erlebt hat. Wahrscheinlich wird er aus dem Staunen nicht herauskommen.



Christian Hardinghaus
Die verdamnte Generation
 Gespräche mit den letzten Soldaten des Zweiten Weltkrieges
 Während Holocaust und Judenverfolgung seit Jahrzehnten ihren berechtigten Platz besetzen, haben wir vergessen, die Soldaten, die auf deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben, zu fragen, wie das alles wirklich war im Krieg. Ein Versäumnis, das Ende der 1960er-Jahre seinen Anfang nahm, als rebellische Studenten damit begannen, ihre Elterngeneration pauschal als Nazis zu verdammen. Alle bisherigen Versuche einer differenzierten Betrachtung unserer dunkelsten Geschichte scheiterten. Die Legende einer sauberen Wehrmacht ist zur Legende einer verbrecherischen Wehrmacht verkommen. Dabei haben historische Erkenntnisse nie bezweifelt, dass nur ein geringer Teil der Wehrmachtsoldaten an Kriegsverbrechen und Holocaust beteiligt war. 13 Zeitzeugen der bedeutendsten Schlachten des Zweiten Weltkrieges bitten letztendlich darum, gehört zu werden. Sie öffnen sich und sprechen schonungslos ehrlich über alles, was sie erlebten. Hören wir ihnen zu, anstatt sie zu verdammen. 328 Seiten
 Nr. P A1549 Gebunden **20,00 €**



Christian Hardinghaus
Die verratene Generation
 Gespräche mit den letzten Zeiteuginnen des Zweiten Weltkrieges
 Nach dem Erfolg seines Buches Die verdamnte Generation über die Stigmata, denen die letzten Soldaten des Zweiten Weltkrieges ausgesetzt waren, lässt Historiker Christian Hardinghaus nun 13 der letzten Zeiteuginnen einer verratenen Generation sprechen, die erst von den Nazis, dann von alliierten Soldaten missbraucht worden sind und bis heute gesellschaftlich als vermeintliche Mittäterinnen eines Verbrecherregimes gebrandmarkt werden. In historisch umfassenden und mutigen Einleitungen widerlegt er Vorurteile und appelliert an ein Überdenken unserer Erinnerungskultur. Die Thematisierung der Verbrechen gilt gesellschaftlich als Tabuthema – ebenso wie die Diskussion darüber, ob die alliierten Flächenbombardements mit 600000 Todesopfern Kriegsverbrechen waren. Der Großteil der zivilen Opfer war weiblich. Vergleichsweise wenig ist in der Wissenschaft über die Rolle der Frau im Nationalsozialismus geschrieben worden.
 336 Seiten
 Nr. P A1653 Gebunden **20,00 €**



L. Studenroth/W. Kraska
Meine Reise nach Masuren
 Oma Lucie erzählt von ihren Kinder- und Jugendjahren in Ostpreußen
 272 Seiten
 Nr. P 533177 **16,95 €**

Wenn Oma Lucie, eine über 90-jährige Ostpreußerin, erzählt, erwachen augenblicklich Bilder aus längst vergangenen Tagen zu neuem buntem Leben. Rührend schöne Erinnerungen an ein Kinderparadies werden greifbar, aber genauso die Widersprüche des Erwachsenwerdens in einem totalitären Staat sowie die unbarmherzigen Grausamkeiten des Kriegsendes. Zusammen mit ihrem Neffen Wolfgang hat sie ihre Erinnerungen zu einer Art Reisebericht zusammengestellt. Die Reise führt zurück in ein untergegangenes Land, in dem die kleine Lucie zunächst eine traumhaft schöne Kindheit in Radostowen im Landkreis Ortschaften verlebte. Später siedelt die Familie in die Allensteiner Gegend um. Je erwachsener Lucie wird, umso mehr erkennt sie die harten Zwänge der Wirklichkeit, bis sie mit ihrer Familie Ostpreußen verlassen muss.



Heimat deine Sterne
 Der Soldatensender Oslo – Lieder, Märsche und Reportagen
 Lieder: Heimat deine Sterne; Flottenmarsch; Lass es, ach lass es hören; Ach so fromm; Sterne in dunkler Nacht; Hohe Nacht der klaren Sterne; Prinz Eugen; U-Boot-Lied; Grüß mir das blonde Kind am Rhein; Das Löwengeschwader; Rheinlied; Fliegerfanfare; Süddeesgeschichten; Einmal nach Bombay; Wer die Heimat liebt u.v.m. Laufzeit: 77 Minuten
 Nr. P 9269 **CD 12,80 €**



Goedecke/Krug
Wunschkonzert für die Wehrmacht
 224 Seiten/Kartoniert, zahlr. Abbildungen
 Nr. P A1601 **12,95 €**

Die Neuauflage der Originalausgabe „Wir beginnen das Wunschkonzert für die Wehrmacht“; Geschichte und Geschichten rund um das „Wunschkonzert für die Wehrmacht“ in einem Reprint der Ausgabe 1941. Viele ganzseitige Abbildungen von beliebten Künstlern der damaligen Zeit und die Entstehungsgeschichte des „Wunschkonzerts“ zeichnen diesen Titel aus. Das „Wunschkonzert“ war eine Sendung, die in den Jahren des Krieges die Front mit der Heimat verbunden hat. Und wenn dann der unvergessene Sprecher Hans Goedecke das Schlusswort sprach, hatte so mancher Soldat und auch mancher zu Hause eine Träne in den Augen. Hier stellt sich eine harmoniebedürftige Zeit dar.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
 Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenspauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

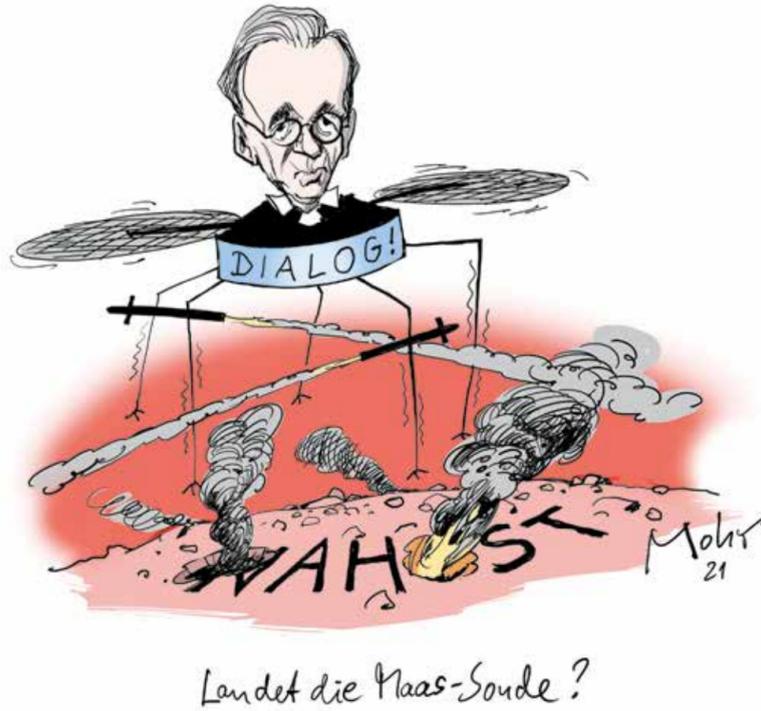
PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

Heißt es nicht immer, auf Querdenker-Demonstrationen würden Journalisten angegriffen? Zumindest für den umgekehrten Fall existiert ein im Internet abrufbares Video, entstanden in Weimar am 1. Mai. Zu sehen ist ein Demonstrant, der vor der Polizei flüchtet. Ein Mann läuft gezielt auf ihn zu und bringt ihn mit einem Tritt zu Fall. Zur Rede gestellt, antwortet dieser Mann, sein Name sei Sebastian Scholz und er habe dem Demonstranten kein Bein gestellt, er sei nur „nicht rechtzeitig weggekommen“. Eine offensichtliche Lüge. Bei Scholz handelt es um einen freiwilligen Helfer der Ordnungskräfte. Neben der Gewalttätigkeit an sich gab die Tatsache, dass er Geschäftsführer des Landesverbandes Thüringen des Deutschen Journalisten-Verbandes ist, Anlass zu erheblicher Kritik. Sein Verband weist diese vehement zurück. Dort vertritt man vielmehr die Ansicht, eine „beispiellose Welle des Hasses“ sei über Scholz hereingebrochen, der sich „dieser Person zivilcouragiert in den Weg gestellt“ habe. *E.L.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmannsegg warnt in einem langen Essay für die „Frankfurter Allgemeine“ (17. Mai) vor dem Erstickten der offenen Gesellschaft unter der Knute der Politischen Korrektheit:

„Die Formel ‚gegen Rechts‘ hebt die Unterscheidung zwischen einem demokratiekonformen, vielleicht sogar der Demokratie bekömmlichen Konservatismus und einem demokratiefeindlichen Rechts-extremismus bewusst auf ... die Strategie zielt ... darauf, das Spektrum legitimer politischer Standpunkte im demokratischen Wettbewerb zu halbieren ... Es bleibt ein Rätsel, dass gerade Universitäten nicht begreifen, wohin der Weg der Gesinnungsschulungen und Gesinnungsprüfungen führt: in die Welt von ‚1984‘.“

Hamed Abdel-Samad stellt auf seiner Facebook-Seite (15. Mai) unangenehme Fragen:

„Haben Cancel Culture, das Gendern und die Sprachpolizei ein einziges Problem dieser Gesellschaft gelöst, oder eher die Debattenkultur und das Zusammenleben geschadet? Hat die Verniedlichung von Minderheiten einen Beitrag zu deren Integration geleistet oder hat (es) dazu geführt, dass nun die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland eine türkische ist und dass jeder Kritiker des Islamismus nun unter Polizeischutz leben muss?“

TV-Moderator Peter Hahne steht staunend vor der deutschen Doppelmoral. Im Portal „Kath.net“ (15. Mai) bemerkt er:

„Die schwäbische Seniorin im Nachmittagskostüm und die Mutter mit Kleinkindern werden als gefährliche, staatszersetzende Querdenker-Nazis vom Wasserstrahl der Berliner Polizei weggefeht. Der Muslim-Marsch mit dem Schlachtruf ‚Hamas, Hamas, Israel ins Gas!‘ auf dem Kurfürstendamm dagegen von derselben Polizei geschützt ... Nebenbei: Die Eintracht-Frankfurt-Profis Amin Younes und Almany Touré posten bei Instagram Propaganda für die palästinensischen Aggressoren: ‚Möge Allah mit euch sein!‘ War das nicht der Verein, der keine AfD-Wähler auf der Tribüne dulden wollte?! Irre!“

Gabor Steingart fährt im „Focus“ (14. Mai) schweres Geschütz gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz auf:

„Ein sozialdemokratischer Finanzminister, der die Geldflutungspolitik der EZB begrüßt, die Preissteigerungen bei der Bahn im Kabinett absegnet, die Strompreise mutwillig in die Höhe treibt und sich nun aus ökologischen Gründen für die Verteuerung der Billigflieger starkmacht, verletzt die Kerninteressen der kleinen Leute. Im Grunde begeht er damit das, was man unter Anwälten Mandantenverrat nennt.“

● WORT DER WOCHE

„Die Kraft der Dummheit nicht zu verstehen, das wäre gefährlich ‚dumm‘ von denen, die sich für ‚klug‘ halten.“

Dushan Wegner warnt in seinem Blog (18. Mai) davor, die Grünen nur wegen ihres offensichtlichen Unverstandes nicht ernst zu nehmen

DER WOCHENRÜCKBLICK

Irritierende Nachrichten

Wie sich das Virus nicht um unsere Maßnahmen schert, und was wir nicht hören wollen

VON HANS HECKEL

Haben diese Halunken denn noch nie etwas von europäischer Solidarität gehört? Wir haben unseren südeuropäischen „Freunden“ in der EU ja sowieso nie so recht getraut. Aber was uns die Spanier gerade antun, übersteigt das Maß des Tolerierbaren.

Während wir uns tapfer und gehorsam noch immer durch den Lockdown quälen, hatten die Schulen in Madrid den ganzen Winter geöffnet und die Restaurants und Geschäfte laden ebenso zum Ausspannen und Einkaufen ein. Trotzdem gehen die Corona-Zahlen dort runter wie bei uns. Karl Lauterbach war sichtlich enttäuscht, als er bei „Hart aber Fair“ zugeben musste, dass die Zahlen auch dort sanken, wo man „unvernünftig“ handele.

Den Medien in Deutschland kommt jetzt eine ganz besondere Verantwortung zu. Sie müssen um jeden Preis verhindern, dass eine Debatte losbricht darüber, was Maskenpflicht und Schulschließungen oder das staatlich befohlene wirtschaftliche Massaker an Einzelhandel, Kultur und Gastronomie eigentlich gebracht haben. Denn beileibe nicht nur aus Spanien erreichen uns verstörende Nachrichten, die absolut nicht hilfreich sind für das Vertrauen der Bundesbürger in die Weisheit ihrer politischen Führung.

Üble „News“ aus Übersee

Aus den USA schießen noch üblere „News“ über den Atlantik. Dort blieb das Verhängen von Maßnahmen die gesamte Zeit hindurch strikt Ländersache, weshalb man nun sehr gut vergleichbare Nachbarstaaten gegeneinanderhalten kann, um den Erfolg von Lockdown und Co. unter die Lupe zu nehmen. Etwa im Falle von Nord- und Süd-Dakota. Beide Staaten sind der Fläche und der Einwohnerzahl in etwa gleich groß und liegen in derselben Region Grenze an Grenze.

Während in einem der beiden strenge Restriktionen für die Wirtschaft und Maskenpflicht verhängt wurden, verzichtete der andere Staat auf beides. Doch siehe da: Die Zahlen und Kurvenverläufe sind nahezu gleich. Das Virus hat sich nicht im Geringsten von den Eingriffen in die Freiheit beeindruckt lassen, es fraß sich einfach durch, infizierte und tötete Menschen hier wie dort. Den Vergleich kann man durch die gesamten USA ziehen, durch große und kleine, dicht und dünn

besiedelte Staaten: Es ist immer der nahezu gleiche Befund. Schon Anfang des Jahres hatten ja Forscher der Uni Oxford eine weltweite Studie vorgelegt, zu der sie etliche Länder der Welt mit ganz unterschiedlich harten Maßnahmen oder eben Nicht-Maßnahmen untersuchten mit dem Ziel, die Wirkung von Lockdowns zu ermitteln. Sie fanden keine solche Wirkung.

Bleiben wir fest im Glauben!

Ja, und was soll das jetzt bitteschön heißen? Etwa, dass alles nahezu umsonst war? Niemals, damit finden wir uns nicht ab! „Ich glaube, dass es schon etwas gebracht hat“ wird unsere neue Losung lauten, mit der wir uns über diesen Abgrund von Enttäuschung retten werden. Denn wenn man sich nur fest genug an einen solchen Glauben klammert, wird er mit der Zeit ganz von selbst zur unverrückbaren Überzeugung, die wir uns auch von noch so vielen Daten, Vergleichen und Forschungsergebnissen nicht wieder rausprügeln lassen.

Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher gibt sich sicher, dass die besonders günstigen Zahlen in seiner Stadt auch eine Folge von nächtlicher Ausgangssperre und Maskenpflicht im Freien seien. Woher er das weiß? Nun, weil die Zahlen in anderen Gegenden ohne Ausgangssperre schlechter ausfielen. Das beweist zwar gar nichts, zumal der Unterschied zwischen einem holsteinischen Landkreis und der Millionenstadt Hamburg etwas ausgeprägter sein dürfte als der zwischen Nord- und Süd-Dakota. Aber wenn man einen Beweis benötigt, ohne einen zu haben, muss das eben reichen.

Uns jedenfalls genügt das. Denn eigentlich wollen wir diese gruseligen Nachrichten über die mögliche Wirkungslosigkeit der harten Einschränkungen gar nicht hören. Dabei kommt unsere besondere deutsche Mentalität den Regierenden sehr entgegen. Kurt Tucholsky hatte schon Anfang des 20. Jahrhunderts erkannt: Wir Deutsche schimpfen viel lieber auf diejenigen, die auf den Mist hinweisen als auf diejenigen, die den Mist gemacht haben. Diese ruchlosen Hinweiser sollen was erleben!

Aber wir sind ja noch ganz am Anfang eines Resümées, daher stehen die Chancen recht gut, dass man eine solche schmerzhaft Aufarbeitung der Lockdown-Politik im Keim ersticken kann. Schließlich haben wir es in der Bundesrepublik zur Meisterschaft ge-

—
Ja, und was soll das jetzt bitteschön heißen? Etwa, dass alles nahezu umsonst war? Niemals, damit finden wir uns nicht ab!



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

bracht in der Kunst, unangenehme Fragen wirkungsvoll zu tabuisieren.

Angesichts der jüdenfeindlichen Exzesse in unseren Städten räumt sogar die Bundesregierung ein, dass man gegenüber dem „importierten Antisemitismus“ vielleicht ein wenig zu tolerant gewesen sei. In einem von kritischem Geist und offener Debatte durchsuchten Land käme in dem Moment die Frage auf, wer denn die Importeure jenes Antisemitismus gewesen sind und wer sie alles bei ihrem trüben Tun unterstützt hat. Und natürlich würden man in so einem Land auch gern wissen, ob es denn damals auch Kritik an dem Import gegeben habe und wie mit den hellsichtigen Kritikern umgegangen worden sei.

Kann Geschichte nicht witzig sein?

Aber nicht bei uns: Wir haben nämlich den Dreh raus, wie man jede kritische Frage zur Waffe gegen den Fragesteller umfunktioniert. Wir sagen einfach, dass nur „Rechtspopulisten“ solche Sachen in die Diskussion brächten, schon halten fast alle die Klappe. Wer es dann doch noch wagt, den frechen Mund aufzumachen, den erklären wir eben selbst zum „Rechtspopulisten“. Dann braucht der sich erst gar nicht mehr blicken zu lassen.

Und sollte er sich doch noch einmal aus dem Gehege der Verdammten trauen, schreiben wachsame Antisemitismus-Importeure nur ganz lapidar: „Das ist der XY, der seinerzeit mit rechtspopulistischen Äußerungen zum Thema Migration und Antisemitismus für Empörung sorgte.“ Was der XY tatsächlich geäußert hat, lassen sie natürlich weg. Dass er in Wahrheit sogar nur etwas gefragt hat, erst recht. Er hat ab jetzt das Etikett „umstritten“ am Hals, damit ist er raus, endgültig.

Übrigens: Die „importierten“ Antisemiten toben heute durch unsere Straßen, schreien „Sch... Juden“, attackieren Passanten, die sie für Juden halten und greifen sogar Synagogen an. Aber damals, es muss so gut fünf Jahre her sein, rückte man die Kritiker jenes Antisemiten-Imports ausgerechnet in die Nähe des Nationalsozialismus. Kann Geschichte nicht witzig sein? Allerdings nur für diejenigen, die über einen ziemlich robusten Humor verfügen. Also ziehen wir uns warm an, denn wo solche Witze gedeihen, sollte man sich auf allerhand gefasst machen. Die „Importierten“ nehmen dem schaurigen Anschein nach gerade erst Anlauf.